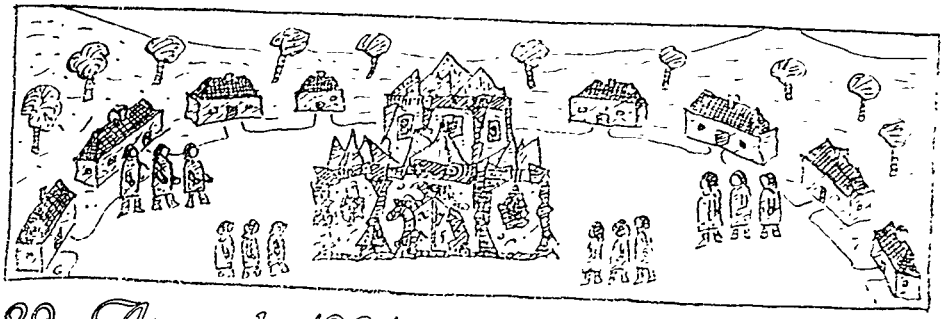

29. August 1921

JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCHE STEUER- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

WAS die deutsche Wirtschafts- und Steuerpolitik während des Krieges getan und nicht getan hat, ist nach dem Zusammenbruch von allen Regierungen bis heute getreulich fortgesetzt worden. Die Wirtschaft wurde der Spekulation überlassen: in der Hoffnung, es werde sich mit der Zeit schon alles ausgleichen, weil jeder von selbst tue, was für ihn am besten sei, und damit am Ende auch der Gesamtheit am besten diene. Gelegentliche Reden und Resolutionen vermögen an diesem Sachverhalt nichts zu ändern, auch wenn sie mit dem Ruf schlossen, daß die volle Überführung unserer Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft nach wie vor die eherne Forderung bleibe. Die Steuerpolitik lief in den selben Bahnen. Das zeigten und zeigen die Steuervorlagen der Reichsregierung, die zwar in den Details der Durchführung der Kritik der Parteien begegneten, im ganzen aber dem alten, in die neue Zeit hinübergeretteten Geist peinlich genau entsprachen, mit voller Deutlichkeit.

Das neueste Bündel von Steuerprojekten, das vor einer Woche der Öffentlichkeit übergeben wurde, bringt folgendes:

1. den Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes; an die Stelle des geltenden Besitzsteuergesetzes tritt unter Freilassung von Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark betragen, und eines Zuwachses, der 25 000 Mark nicht übersteigt, eine Besteuerung von 1 % für die ersten angefangenen 100 000 Mark, für jede weiteren 100 000 je 1 % mehr bis hinauf zu 10 %;
2. den Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit; die Abgabe beträgt für die ersten angefangenen 100 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 5 % und steigt bis 30 %;
3. den Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes: eine Steuer für die Begründung von Gesellschaftsrechten, die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer, eine Gewerbeanschaffungssteuer, die auf Erwerb von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen gelegt wird, ferner eine Ergänzung der Umsatzsteuer usw.;
4. den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes, durch den das Reichsnotopfer der fortschreitenden Entwertung der Mark und der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse (der es keine Rechnung trug) angepaßt werden soll, und zwar in der Weise, daß der nach dem Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrags eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich

begrenzten Zuschlag tritt, die von 0,05 bis 1 % steigen und bei nichtphysischen Personen $1^1/_2$ ‰ betragen soll, wozu auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag tritt, der für physische Personen 300 %, für nichtphysische 150 % der Vermögenssteuer ausmacht; jede Begünstigung des werbenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt, aber auch jeder Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz vermieden werden, es soll vielmehr dem eigenen wirtschaftlichen Entschluß überlassen bleiben, in welcher Weise die nicht regelmäßig aus eigenen Einkünften tragbare Steuerlast abgebürdet wird;
5. den Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Körperschaftssteuer, die bei den Erwerbsgesellschaften 30 % des gesamten steuerbaren Einkommens betragen soll; die bisher bestehenden steuerlichen Begünstigungen der Schachtelgesellschaften sollen abgeschwächt werden;
6. eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die eine Verdoppelung der Umsatzsteuer, dazu die Möglichkeit einer Vereinfachung der Luxussteuer bringt;
7. den Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes; die Steuer soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 10 Pfennig, auf bewegliche Gegenstände 40 Pfennig auf 1000 Mark betragen, unter entsprechender Berücksichtigung der Baunotversicherungen, für Lebensversicherungen und dergleichen 4 % der Prämie;
8. den Entwurf eines Kraftfahrsteuergesetzes: eine wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen;
9. den Entwurf eines Rennwettgesetzes; die ‹nunmehr zugelassenen› Buchmacher haben eine Wettabgabe von 10 % zu entrichten, die Totalisatorsteuer bleibt mit $16^2/_3$ %;
10. die Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 %, die aber der Finanzminister vorübergehend auf 25 % zu ermäßigen ermächtigt ist;
11. die Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm;
12. den Entwurf eines Süßstoffgesetzes;
13. den Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol mit Erhöhung der Hektolitereinnahmen von 800 auf mindestens 4000 Mark;
14. die Erhöhung der Leuchtmittelsteuergesetze sowie der Biersteuer auf das Vierfache, die Verdoppelung der Zündwaren- und Mineralwassersteuer auf das Vierfache und die Beseitigung der Ermäßigung im Tabaksteuergesetz;
15. die Erhöhung der Zollsätze für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Bananen, Datteln, Gewürze.

Zunächst eine Erinnerung: Bei der Veröffentlichung und Annahme der ersten Steuergesetze der Republik wurde in den Sozialistischen Monatsheften die ‹damals belächelte› Feststellung gemacht, daß alle diese Steuern im wesentlichen auf dem Papier existieren und sich als undurchführbar erweisen werden. Das selbe Urteil muß über die neuesten Steuerpläne gefällt werden. Wieder scheint es, als ob alle Steuererfahrungen der letzten 2 Jahre in Vergessenheit geraten sind. Und, um es kurz zu sagen, auch eine etwaige Erfassung der *Goldwerte* kann und wird an dem Endergebnis nichts ändern. Mit besonderer Leidenschaft verlangt die sozialdemokratische Partei jene Erfassung der Goldwerte, das heißt die direkte Besitz- und Ertragsbeteiligung des Reichs an allen privaten Unternehmungen. Dieses Verlangen entstammt zwar einer richtigen Beurteilung der neuen Steuerforderungen; man übersieht nur, daß auch im Fall einer Erfassung jener Goldwerte die zu erlangenden Mittel hinter dem notwendigen Bedarf zurückbleiben müssen.

Erwartet man eine Erhöhung der Reichseinnahmen durch die neuen Steuern auf etwa 80 bis 85 Milliarden Mark ‹und das wäre recht viel›, so bliebe nur auf Grund der ordentlichen Ausgaben und der Reparationsverpflichtungen, immer noch ein Defizit von etwa 70 Milliarden Mark bestehen. Aus dem zermürbten deutschen Wirtschaftskörper sind aber Steuersummen in der angenommenen Höhe nicht herauszupressen; mit ihnen zu rechnen ist eine unfromme Selbsttäuschung, die den Schein glänzender Schaufensterauslagen und sinnlos luxuriöser Lebensführung keineswegs kleiner Schichten der Bevölkerung als Wirtschaftsgesundung ansieht. Eine Beteiligung des Reichs an dem Sachbesitz brächte im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsführung neben üppigem Anschwellen des Heers der Steuerbeamten zu allernächst eine Reduzierung der verschiedensten Steuereinnahmen mit sich, ohne daß im Endeffekt eine irgendwie günstige Gesamtwirkung erzielt werden könnte. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß die Möglichkeit besteht die Beteiligung des Reichs an den einzelnen Unternehmungen ganz oder zu erheblichem Teil in flüssige Mittel umzusetzen und so besonders drückende Lasten zu erleichtern. Das wäre jedoch im Grund Bankerotteurwirtschaft, die schnell zum Ruin führen könnte. Um Mißverständnisse zu verhüten, sei noch ausdrücklich erklärt, daß nach den hier stets vertretenen Auffassungen und Forderungen die Nation zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz selbstverständlich auch die Heranziehung des Sachwertbesitzes in unbeschränktem Maß beanspruchen darf. Aber unter einer Voraussetzung: Die Geltendmachung dieses Anspruchs darf nur zu dem Zweck erfolgen die Leistung und das Vermögen der Nation zu steigern, die Produktivität zu erhöhen, die Substanz zu vermehren. Alles andere wäre Verschwenderpolitik, die nicht weniger gefährlich ist, wenn man sie in noch so guter Absicht betreibt.

Alles Suchen nach neuen Besteuerungsmöglichkeiten und alle Erhöhungen der Steuersätze müssen verlorene Liebesmüh bleiben. Die Steuern werden sich gegen einander aufheben oder sich als uneinziehbar erweisen, wenn nicht Produktion vermehrt, Produktivität vergrößert wird. Es ist ein erfreuliches Moment in unserm politischen und wirtschaftlichen Tohuwabohu, daß die freien Gewerkschaften in letzter Zeit mehrfach und eindringlich als Grundbedingung für eine wirtschaftliche Gesundung des deutschen Volkes die Beseitigung der unwirtschaftlichen Produktions- und Verkehrseinrichtungen forderten. Diesen Forderungen Leben und Gestalt zu geben muß auch das Ziel jeder Steuerpolitik sein, ein Ziel, das menschliche Kraft durchaus erreichen kann. Gewiß ist es richtig, daß diese Aufgabe ungeheuer schwierig ist. Aber diese Schwierigkeit entschuldigt nicht die Unzulänglichkeit der Mittel, mit denen bis heute die Lösung versucht wurde. Man spricht viel von den Opfern für den Wiederaufbau Deutschlands. Aber werden sie denn wirklich gebracht? In Wahrheit steht es so, daß ein jeder nimmt und errafft, was er zusammenbringen kann; und das gilt für jede Klasse. Opfer sind Leistungen, die bewußt gebracht werden. Wo sind die Unternehmer oder Arbeiter, die in diesem Sinn der Nation Opfer bringen? Eines ist gewiß: Die Partei, die von den von ihr vertretenen Gruppen solche wirklichen Opfer offen und rückhaltlos als Dienst am Volk verlangte, würde vermutlich zunächst ungeheuer unpopulär werden, und doch würde sie die Herrschaft im Reich gewinnen und auf die Dauer unangefochten behalten: weil sie die einzige wäre, die wirklich Sachwerte schüfe. Für die Arbeiterklasse ergibt sich daraus die unabweisbare Forderung: ihre Leistungen zu steigern. Man

darf nicht einwenden, daß eine Schichtverlängerung im Hinblick auf die ungünstigen Lebensbedingungen der Gegenwart abgelehnt werden müsse, weil sich sonst drohend die Gefahr einer Verkürzung der durchschnittlichen Lebenszeit erhebe. Die Arbeiterschaft muß sich zu einer Steigerung der Leistungen entschließen, weil sonst die durchschnittliche Lebensdauer der kommenden Generation um ein Mehrfaches verkürzt würde. Ein Verzicht auf die Arbeitssteigerung bedeutet den Verfall des ganzen Volkes, namentlich des Nachwuchses des Proletariats. Sie muß also unter allen Umständen bewirkt werden: auch unter Zurückstellung sozialpolitischer Errungenschaften, namentlich des ‹allzu schematisch aufgefaßten› Achtstundentags, einer Einrichtung, die als zielweisende Forderung ihre große historische Bedeutung im Klassenkampf der Arbeiter hatte, die aber bei ihrer Durchführung größter Differenzierung der Arbeitsarten, was Intensität, Kontinuierlichkeit und faktischen Kräfteverbrauch anlangt, strengster Scheidung von wirklicher Arbeit und bloßer Arbeitsbereitschaft bedarf, wenn sie nicht schon in guten Zeiten zu schlimmer Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen den einzelnen Arbeiterkategorieen, in Zeiten wie der jetzigen zu einer schweren Schädigung der Wirtschaft selbst werden soll. Sozialisten dürfen und müssen jene Forderung an die Arbeiterklasse stellen; denn sie unterstehen nicht dem Verdacht das Ergebnis der Mehrleistung in den Dienst individueller Profitinteressen stellen zu wollen. Die Verkünder der merkwürdigen These, die vom Unternehmertum so gern gehört wird, daß jeglicher nach höchstem Gewinn streben solle, weil damit der Allgemeinheit am besten gedient sei, haben dagegen übersehen, daß diese Parole natürlich auch den Arbeitern und Angestellten das Recht gibt ihre Leistungen nach Belieben herabzuschrauben und Anspruch auf erhöhten Lohn dafür zu stellen.

Es muß wiederholt werden, was schon einmal an dieser Stelle ausgesprochen worden ist: Ohne die Furcht vor dem Druck der Entente wäre unser wirtschaftlicher Niedergang noch größer gewesen. Der Zwang zu Reparationsleistungen hat manches werden lassen, was bei der herrschenden Arbeits- und Erwerbsmoral in voller Freiheit schwerlich geworden wäre. Das ist beschämend, aber Ableugnung wäre bedenkliche Selbsttäuschung, die nur das eigene Volk schädigte. Man ist in Deutschland leicht geneigt Nachrichten wie den durch Londoner Meldungen verbreiteten Glauben zu schenken, die Steuerentwürfe der deutschen Regierung hätten in englischen offiziellen Kreisen einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Dagegen beliebt man, in vollständiger Verkennung der Tatsachen, in der deutschen Presse zu behaupten, keinem fremden Staat stehe das Recht zu Einfluß auf die Steuerpolitik Deutschlands zu nehmen. Wie aber ist es mit der Erfüllung der Reparationsleistungen, die doch in denkbar höchstem Maß von der Art unserer Steuerpolitik abhängen? Die Deutschland benachbarten Länder, für die die Lebensfähigkeit des deutschen Wirtschaftskörpers Vorbedingung der eigenen Existenz ist, und die außerdem Ansprüche auf Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen an uns haben, werden sich durch solche Zurückweisungen am allerwenigsten bestimmen lassen passiv mitanzusehen, was Deutschland tut oder unterläßt. Und glauben vernünftige Menschen wirklich, England würde sich bei einem Versagen der deutschen Steuerpolitik durch Proteste gegen fremde Einmischung abhalten lassen eine Dette publique allemande zu errichten? Freilich könnte man fast annehmen, daß gewisse Wirtschaftskreise bei uns die Einsetzung einer englischen Zwangsvormundschaft als willkomme-

nen Ausweg aus dem Chaos betrachten. Solchen Neigungen kommen die Wege der deutschen Steuerpolitik mehr und mehr entgegen. In der gleichen Richtung bewegen sich die Einsprüche der englischen Politik gegen die Wiesbadener Besprechungen Rathenaus mit Loucheur, Einsprüche, die sich im Prinzip dagegen wenden, daß die französischen Reparationsansprüche durch Sachleistungen abgefunden werden, den einzigen, die für Deutschland möglich sind, wenn es sich erhalten will. Mit besonderer Klarheit tritt diese Tendenz der englischen Politik, die im letzten Grund auch die des deutschen Liberalismus ist, in den neuesten Ausführungen John Maynard Keynes' in den Sunday Times zutage, die die Unmöglichkeit der deutschen Reparationsleistungen darzulegen trachten. Ganz natürlich, da Keynes eben immer nur die Abgaben von dem Vorhandenen, nie die Erhöhung des Bestandes selbst durch vermehrte Produktion, ins Auge faßt. Bei alledem hört man nichts davon, daß dieser *Deutschenfreund* nun etwa den Verzicht englischer Forderungen befürwortet ‹der doch wahrlich, nachdem England nahezu alles von vornherein sich selbst genommen hat und es nun so leicht hätte großmütig zu sein, kein besonderes Opfer darstellte›. Mit Recht hat der Temps Keynes erwidert, daß solche Betrachtungen ja doch schließlich nur darauf hinauslaufen Frankreich um das ihm Zukommende zu kürzen. Es sei merkwürdig, daß, wenn man von englischer Seite die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfe, immer gerade auf Frankreich alles Unangenehme, das sich dabei ergebe, lasten bleibe. Sollte Deutschland außerstande sein sich im Lauf der nächsten Jahre die Summe zu verschaffen, die es brauche, um das Londoner Abkommen zu erfüllen, so sollte, meint der Temps, seine Verlegenheit die Alliierten veranlassen die Zahlungen in natura weiter auszubauen, und es jenes Abkommen den berühmten Artikel 10 enthalte, der diese Naturallieferungen einschränkt, so müsse man ihn eben revidieren. Diese deutliche französische Mahnung an seinen großen Alliierten dürfte von diesem ebenso wenig gehört werden wie die ‹häufig und auch in diesen Tagen› wiederholte Anspielung französischer Blätter darauf, daß, wenn England die Härten des Versailler Vertrags mildern und das deutsche Vermögen stärken wolle, es damit beginnen sollte Deutschland seine Kolonieen zurückzugeben. Die Keynesschen Betrachtungen über die deutsche Zahlungsfähigkeit ‹die in Deutschland womöglich gar als Unterstützung der deutschen Sache empfunden werden› tragen deutlich die Doppeltendenz: die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs durch Vereitelung oder Behinderung der Wiedergutmachung andauern zu lassen, gleichzeitig der deutschen Wirtschaft keinen Anlaß zu außerordentlicher Produktionsentfaltung zu geben, wodurch dann beider Abhängigkeit vom britischen Weltreich verstärkt oder gar verewigt und so der wirtschaftlich-politische Zusammenschluß des europäischen Festlands erschwert oder gar überhaupt verhindert wird.

Trotz Keynes wird man in Deutschland gut daran tun mit der Erfüllung der Reparationspflichten ‹die ja einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Europa ist› als mit einer unabänderlichen Tatsache zu rechnen und, statt überflüssigerweise unsere gar nicht bestrittene Steuersouveränität zu betonen, für eine Gestaltung des Steuersystems zu sorgen, die den Willen zu wirtschaftlicher Mehrleistung des Volksganzen erkennen läßt. Es genügt nicht immer unsern Willen zur Erfüllung zu betonen, der sich durch die Annahme des Ultimatums gezeigt habe. Mit der Annahme ist noch wenig geschehen, ebenso mit den bisherigen Zahlungen; nicht einmal der Rathenau-

sche Versuch der Bildung von Leistungsverbänden ist schon die entscheidende Tat. Es sollte nicht erst des erneuten Entwertungsprozesses der deutschen Valuta bedürfen, um das deutsche Volk aufzuschrecken; denn selbst eine abermalige Besserung der deutschen Mark würde an unseren Zuständen durchaus nichts ändern. Ebenso wenig fruchtbar ist die Hoffnung auf die Wirkung von Kreditoperationen und neuausgeklügelten Verrechnungsmethoden. Die Valutafrage ist eine Produktionsfrage, und nur die Kräftigung unseres Wirtschaftslebens, eine gewaltige Steigerung unserer Produktivität vermag unsere Währungsverhältnisse erträglicher zu gestalten. Hier liegt die Wurzel alles Notwendigen. Nicht Rechthaberei oder Lust an liebgewordenen Plänen zwingt immer von neuem die Verwirklichung des von den Sozialistischen Monatsheften vertretenen und auch vom 2. Rätekongreß angenommenen Aufbauprogramms für unsere Produktion zu fordern. Allein die Zusammenfassung jedes Gewerbes in Selbstverwaltungskörperschaften, unter paritätischer Beteiligung von Betriebsleitern und Arbeitern, kann dem Bestehen technisch unwirtschaftlicher Produktionseinrichtungen entgegenwirken und die Vorbedingungen wirklicher Rationalisierung erfüllen. Nur solche Körperschaften können als Steuerträger dienen, die Steuern durch Umlagen aufbringen und zugleich ⟨dies nicht zuletzt⟩ die Dezimierung des Beamtenheers ermöglichen. Aber diese Arbeit als Steuersyndikate vermögen sie nur zu leisten, wenn sie vor allem die Funktionen der Produktionsgemeinschaft haben. Solcher Aufbau der Wirtschaft ermöglichte auch die Verwertung des Sachbesitzes, der Goldwerte für die Nation. Der Sachbesitz aller einzelnen, zu Produktionsgemeinschaften zusammengeschlossenen Unternehmungen stellt Werte in *Goldmark* dar, die für eine Wiederbelebung der Wirtschaft auf dem Weg der Produktivitätssteigerung von entscheidender Bedeutung werden könnten. Sie sind Pfandstücke, die, in Form veräußerlicher Sachbeteiligungen abgetrennt und gelöst, außerordentlich schnell entwertet werden würden, aber in zusammengehaltener und planmäßiger Wirtschaft ungemein reiche Hilfsquellen zu erschließen imstande wären.

Eine so gestaltete Produktion würde innen- wie außenpolitisch schnell wirksam werdende fruchtbare Folgen zeitigen. Sie böte außerdem die Handhabe unverweilt mit einer tatsächlichen Ordnung unserer Valutaverhältnisse zu beginnen. Im Rahmen dieser Ausführungen sei dieses Problem nur kurz angedeutet. Wir müssen mit der weitern Ausgabe ungedeckter Noten aufhören und könnten dies bei der Durchführung solcher Produktionsregelung, indem wir zur Deckung von Noten den von den Produktionsgemeinschaften kontrollierten Sachbesitz verwenden. Das wäre eine Inanspruchnahme der Goldwerte, deren Früchte auch dem Einzelbesitz schnell und für die Dauer zufielen. So würde dann zu unserm Segen, endlich, die Notenpresse außer Betrieb gesetzt werden.

Was bisher unternommen worden ist, sehen und wissen wir. Die neuen Projekte der Regierungen und Parteien laufen auf dem selben Geleis, einem toten Geleis, und können der Wirtschaft keine andere Fahrtrichtung geben. Die Regierung der Erfüllung muß den Mut haben die Sachlage zu erkennen und, selbst um den Preis vorübergehender Unbeliebtheit, entschlossen das zu tun, was im solidarischen Interesse Deutschlands und Europas hier aufgezeigt worden ist.

MAX SCHIPPEL · AM AUSGANG DER BRITISCHEN REICHSKONFERENZ

IM großen und ganzen hat das Ergebnis der britischen Reichskonferenz den Voraussagen entsprochen, die vor der Zusammenkunft der mutterländischen und kolonialen Premierminister hier gemacht wurden[1]. Ohne besondere sensationelle Zwischenfälle und Beschlüsse hat die Londoner Tagung, die diesmal ungewöhnlich lange, vom 20. Juni bis zum 5. August, dauerte, die Einheit und damit die Stärke nicht nur des britischen Reichszusammenhangs nach innen sondern auch der britischen Weltgeltung nach außen von neuem beträchtlich gefördert. Wenn die Beziehungen zu Japan und den Vereinigten Staaten bis zuletzt immer wieder die Verhandlungen beherrschten und beeinflußten, so kamen damit zugleich die Verlegung des Schwerpunkts der nächsten weltpolitischen Entscheidungen nach dem Stillen Ozean und die Stütze der mutterländisch-britischen Machtziele durch die großen britischen Dominien, einerseits Australien-Neuseeland und auf der Gegenseite Canada, zum Ausdruck: überwiegend zum Nachteil Japans, dessen Bewegungsfreiheit und Zukunftsaussichten durch die mehr und mehr sich zusammenschließende Politik Englands und der Vereinigten Staaten in zunehmende Bedrängnis geraten.

Um eine formalpolitische größere Einigung der britischen Reichsteile, um ein Reichskabinett mit bindenden Mehrheitsbeschlüssen oder gar um die Schaffung eines Reichsparlaments mit Abgeordneten aus allen überseeischen Demokratieen neben mutterländischen Volksvertretern mühten sich Lloyd George, de Meighen /Canada/, Hughes /Australien/, Massey /Neuseeland/, Smuts /Südafrika/ und Montagu /Indien/ allerdings nicht. Dies war nicht anders zu erwarten und für jeden ruhigen Beobachter nachgerade selbstverständlich geworden. Die im Vollgefühl des damaligen Fortschritts etwas übereilte und überspannte Empfehlung der Reichskriegskonferenz (Imperial War Conference) von 1917 wurde sogar ausdrücklich zurückgewiesen: angesichts der zwischenliegenden tatsächlichen Entwickelung sei »kein Nutzen durch die Abhaltung einer Verfassungskonferenz zu erreichen«. Der Gleichlauf und das Aufeinanderangewiesensein der maßgebendsten Interessenströmungen sichert alle wichtigeren Reichsziele zur Genüge, ungefährdet durch irgendwelche voreilige, in ihren Auswirkungen recht oft enttäuschende, vielleicht sogar zu aufreizenden Unbilligkeiten führende starre Rechtsordnung. Die für alles Wesentliche vollkommen ausreichende Vereinigung der Premiers soll sich aber in der Regel alljährlich und je nach Ausnahmsanlässen noch häufiger wiederholen.

Schon diese allseitig empfundene Notwendigkeit regelmäßiger Beratungen lenkte die Aufmerksamkeit auf den reichspolitisch unschätzbaren Wert besserer Verkehrsverbindungen zwischen den zerstreuten Reichsgliedern. Noch mehr taten dies erklärlicherweise die Rücksichten auf die ersehnten engeren und reicheren, von der nichtbritischen Umwelt möglichst unabhängigen Handelsbeziehungen. Die interimperiale Schiffahrt soll gehoben werden: durch Ausbau der Häfen, durch gesetzlich gleichmäßige, Härten vermeidende

[1] Siehe Schippel Die Festigung des britischen Reichszusammenhangs, in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 I, Seite 425 ff.

Reederhaftbarkeit, durch Bekämpfung der zuweilen heftige Gegensätze und gehässige Konkurrenzverschiebungen erzeugenden willkürlichen Frachtbevorzugungen, die in der südafrikanischen und australischen Zufuhr und Ausfuhr stets eine große Rolle spielten. Für drahtlose Telegraphie und Telephonie sucht man systematisch Stützpunkte zu gewinnen und auszugestalten. Diese Bewegung begann schon vor dem Krieg; die britische und die ägyptische Station (die letzte von eminenter Bedeutung für Reichszwecke) sind nunmehr schon vorhanden. Auf der australischen Linie plant man Stationen in Karachi, Singapore, Perth und Sydney, auf der südafrikanischen Route in Kenyakolonie (ehemals Deutsch Ostafrika) und Kapstadt, in Canada wahrscheinlich in Montreal und Vancouver. Um die Kette der drahtlosen Telegraphie zu vervollständigen, gedenkt die Reichsregierung 2 Millionen Pfund Sterling aufzuwenden; in den nächstjährigen Etat sind 800 000 Pfund Sterling eingestellt.

Vor allem scheint man sich von dem Aufschwung des Luftverkehrs Großes für das innigere Zusammenwachsen der lose verknüpften Reichsgliedstaaten zu versprechen, und Winston Churchill, der heutige Kolonialminister und frühere Leiter des Kriegsluftschiffwesens, dürfte seine lebendige Kraft gerade für diesen Fortschritt einsetzen. Die Luftverkehrslinie Bagdad-Kairo ist, wie Churchill Ende Juli bei den Unterhausdebatten über Mesopotamien erwähnte, bereits in Gang; wo die Dampfer auf vielverschlungenem Wasserweg 4 und 5 Wochen beanspruchen, brauchen die Flugzeuge über Sümpfe, Wüsteneien und Einöden hinweg kaum mehr als 11 Stunden. Hughes, der australische Preisfechter des aggressivsten britischen Imperialismus, hielt den ununterbrochenen Luftverkehr mit Australien bereits für praktisch möglich: eine Luftfahrt von etwa 10 Tagen werde dann eine Seereise von mindestens 6 Wochen ersetzen; nach Südafrika werde man in höchstens 5 Tagen gelangen können.

Auch die Aus- und Einwanderung hofft man zum Vorteil des interimperialen Bevölkerungsaustausches und zugleich der überseeischen Landaufschließung beeinflussen zu können: durch Staatsbeihilfe für die das Mutterland Verlassenden und durch die Abänderung und Handhabung der Siedelungslandgesetzgebung in den neuweltlichen Außenzonen, vor allem zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzten.

Dornenvoller erwies sich freilich das seit jeher vielumstrittene Problem der Zulassung und Behandlung der reichsangehörigen Indier in den *weißen* Siedelungsgebieten. Einfach die Einwanderungsfreiheit nach dieser Richtung zu gewähren erklärten sich sowohl Canada wie Südafrika außerstande. Die angenommene Resolution der Londoner Konferenz erkannte auch, nach dem Vorgang der Reichskriegskonferenz von 1918, für jedes Dominion das »unbeschränkte Kontrollrecht über die Zusammensetzung seiner eigenen Bevölkerung durch Regelung der Einwanderung« an. Sie betonte sogar den unleugbaren innern Widerspruch: Indien als gleichgestellten Reichsteil neben den Dominien, gerade bei den Londoner Beratungen, anzuerkennen und dennoch den Angehörigen Indiens, wenn sie in den Dominien weilen, die staatsbürgerliche und sonstige Rechtsgleichheit zu verweigern. Im »Interesse der Solidarität des Britischen Reichs« wird es als wünschenswert bezeichnet den Anspruch der Indier, die sich rechtmäßig niedergelassen haben, auf Staatsbürgerrecht (citizenship) zu erfüllen. Selbst dagegen verwahrte sich aber

Südafrika »wegen der Ausnahmeverhältnisse innerhalb des überwiegenden Teils der Südafrikanischen Union«, wogegen sich wiederum die indischen Vertreter wandten, die Verhandlungen zwischen Indien und Südafrika zur Beseitigung der unbefriedigenden Rechtszustände verlangten. Hier liegt, wie man sieht, nach wie vor ein unausgeglichener und einstweilen auch gar nicht ausgleichbarer Interessenkonflikt vor, der sich mit dem wachsenden Selbstbewußtsein Indiens, mit dem dauernden Fortschreiten der indischnationalen Bewegung, deren moralische und physische Macht von Jahr zu Jahr weiter greift, selbstverständlich nicht mildern wird.

MEHR als sonst trat diesmal in London die eigentliche Handels- und Zollpolitik in den Hintergrund. Der bemerkenswerteste Beschluß bezog sich hier lediglich auf die Anbahnung einer Reichspatenteinheit, und weil die Frage keineswegs so einfach und im Handumdrehen lösbar schien, sollen vorerst die Spitzen der Patentämter der verschiedenen Reichsteile darüber zu einer besondern Fachkonferenz zusammentreten.

Über die so lange heißumstrittene Präferentialzollpolitik sagt dagegen der amtliche summarische Tagungsbericht überhaupt nichts (die Öffentlichkeit erfuhr, von gelegentlichen Indiskretionen abgesehen, aus den Londoner Beratungen von Anfang bis zu Ende nur, was die Konferenzleitung eigens bekanntgab). Es lag jedoch auch kaum irgendwelcher Anlaß vor diese Politik eingehender zu erörtern. Denn alle Dominien haben schon längst dem Mutterland Vorzugszölle eingeräumt und sind weiter unter sich selber durch durchgehende Zollnachlässe, meist von einem Viertel bis einem Drittel des Normalzolls, verbunden. Eine Art Schlußstein stellt hier soeben der Entschluß Australiens dar der Einfuhr aus Canada die Vorzugsstellung nicht länger vorzuenthalten; und daraufhin wird wahrscheinlich Canada seinerseits auf die australischen Einfuhren die Zollermäßigungen erstrecken, denen sonst kein einziger britischer Reichsteil mehr entzogen ist. Außerdem kündigte Churchill als Kolonialminister an, daß er zwischen den Kronkolonieen, denen keine selbständige Handelspolitik zusteht, und den Dominien ähnliche handelsvertragsmäßige Begünstigungen erstrebe, wie sie neuerdings für Canada und Westindien vereinbart wurden. Das Prinzip des interimperialen Vorzugszolls greift so allmählich über den Bereich der Dominien hinaus, um das ganze Weltreich zu umfassen.

Auch sonst setzt sich das Imperium als Wirtschaftseinheit mehr und mehr durch. Die Erzeugung möglichst aller Rohstoffe und Lebensmittel innerhalb des vielgliedrigen Reichsganzen wird mit zunehmendem Nachdruck gefordert und gefördert. 1 Million Pfund Sterling (nach heutigem deutschen Geldwert über 300 Millionen Mark) sollen nach Churchills Junirede vor der British Cotton Growing Association in Manchester zur Pflege der Baumwollgewinnung innerhalb des Imperiums dienen, statt der früher versprochenen Subvention von nur 50 000 Pfund Sterling. Nach einer Timesmitteilung (im vorläufigen amtlichen Gesamtbericht fehlt jeder Hinweis darauf) hätte der Konferenz eine Resolution, mit der Wahrscheinlichkeit der Annahme, vorgelegen: die Ölfunde im Britischen Reich in erster Linie für die britische Flotte zu »konservieren«: was doch wohl nicht pfleglich behandeln sondern in erster Linie vorbehalten heißen soll.

JEDOCH im Mittelpunkt aller Erwägungen und Debatten standen diesmal die von Amerika angeregte Beschränkung der Rüstungen und das Bündnis mit Japan. Und weil England so wenig noch eine europäische Macht mit vorwiegend europäischer Orientierung ist, und weil die außengelegenen Reichsteile heute ganz anders als früher mit eigener Stimme mitsprechen und nach eigenem Ermessen mitwirken, so bot sich in London ein ganz überraschendes Bild. »Erst kontrollierte Downing Street das Reich; heute verfügt das Reich über Downing Street«, faßte Lloyd George die Umwandlung schlagwortartig zusammen. Aber er hätte ebensogut sagen können: Es sind immer weniger die europäischen Belange, die in der englischen Außenpolitik zur Geltung gelangen; englische Politik wird immer mehr und immer ausschließlicher außereuropäische Weltpolitik, in überseeischen Grundlagen wurzelnd.

Die Dominien drängen heute am meisten auf den großen angelsächsischen Weltbund hin, dem zu gleicher Zeit, obwohl mehr unter dem Gesichtspunkt des amerikanischen Übergewichts, die Washingtoner Regierung zustrebt. Canada, vorläufig noch ganz dünn besiedelt, ohne größere Armee und ohne so gut wie jede Flotte, mit allseits offenen Küsten und einer Landgrenze von kontinentaler Weite gegen die südliche Nachbarrepublik ist im Fall eines Krieges mit Japan unbedingt auf die Vereinigten Staaten angewiesen: auf deren Menschenmassen und Armee, schließlich auch auf deren Flotte. Australien fürchtet seit langem, man kann sagen: seit seiner Geburtsstunde, die japanische Macht, wegen seiner *Weißen*politik, im Bund wie in den Einzelstaaten, und wegen seines eigenen Expansionstriebs nach der reichen pazifischen Inselwelt hin. Dazu gesellt sich Indien, das seit der Erweiterung des englisch-japanischen Vertrags im Jahr 1905 in Japan eine Art Gendarmen zur Niederhaltung indischer Unabhängigkeitsbestrebungen sieht, und das schon deshalb in dem Ersatz Japans durch die Vereinigten Staaten einen Fortschritt erblicken würde. Für die wirtschaftliche Aufschließung und Entfaltung Südafrikas interessiert sich viel amerikanisches Kapital; gegen den ostasiatischen Arbeits- und Kleingeschäftswettbewerb ist man nicht erst seit den Tagen der Milner-Chamberlainschen Chinesenanwerbung eingenommen; Südafrika hat also keinen Anlaß sich von den weltpolitischen Neigungen seiner siedelungskolonialen Geschwister abzusondern.

Für das Mutterland England ist die amerikanische Bundesgenossenschaft gleichfalls hochwillkommen: vorausgesetzt allerdings, daß sie in keine Überlegenheit und Hegemonie auszuarten droht, wozu mancherlei Ansätze bereits in der Produktion und Kapitalskraft und seit dem Krieg sogar in der Schiffahrt vorhanden sind. Umgekehrt ist für England das japanische Bündnis wesentlich entwertet; einer Rückendeckung gegen Rußland und Deutschland bedarf England in absehbarer Zeit in Ostasien nicht mehr, und die indische Frage hat mit dem Wegfall oder doch der Linderung des russischen Drucks an den Grenzen ein wesentlich anderes Gesicht erhalten. Das Bündnis mit Japan hat seine Schuldigkeit getan, zum gewaltigen Nutzen Englands, zum Schaden erst für Rußland, dann für Deutschland. Seine Erneuerung hat für England nur noch eine gewisse Anziehungskraft, weil die Zukunftsstellung Amerikas noch nicht ganz zweifelsfrei scheint, und weil es deshalb gut ist zwei Eisen im Feuer zu haben und eine trotz ihrer heutigen Isolierung stets einflußreiche See- und Landmacht sich nicht geradezu zu entfremden.

Die britische Reichskonferenz wies deshalb mehr und mehr auf den bequemsten und willkommensten Ausweg hin: in erster Linie den weltpolitischen Zusammenschluß mit den Vereinigten Staaten, die Herstellung eines international maßgebenden angelsächsischen *Völkerbunds* zu vollziehen, auf der andern Seite aber den Versuch zu unternehmen Japan von vornherein in das Gefüge und die Strebeziele dieser Weltpolitik wie in ein Prokrustesbett einzugliedern. Man will Japan nicht vor den Kopf stoßen, man will es vollends nicht als ausgesprochenen Feind, aber man will es für die sich anbahnende britisch-amerikanische Völkerbundsvorherrschaft gefügig machen und durch Einkreisung zu größerer Selbstbescheidung zurückdrängen, die unter Umständen bis zur Selbstentmannung nach der Art Portugals gehen kann.

Die Reichskonferenz hatte es mit dieser Bindung Japans sogar so eilig, daß sie noch vor der Washingtoner Herbstkonferenz sofort eine förmliche Aussprache mit den Vereinigten Staaten herbeizuführen suchte. Der veröffentlichte Schlußbericht ist gerade über die Entstehung und das Schicksal dieser Aufforderungen an die Washingtoner Regierung am ausführlichsten, an denen den Dominien sowohl wie dem Mutterland ungemein viel lag, weil im Herbst die australischen und südafrikanischen Premiers schwer nochmals für die heimischen Geschäfte zu entbehren sein werden. Aus vorläufig noch nicht klar erkennbaren Gründen lehnte Washington jedesmal ab. Vielleicht wollte es die noch immer in gärendem Werdeprozeß befindliche eigene Politik erst eine größere Bestimmtheit annehmen lassen. Wahrscheinlich steht die Ablehnung in Zusammenhang mit der nachwilsonisch Washingtoner Nichtanerkennung der Dominien als völkerrechtlich selbständiger Staaten neben England und zum Vorteil des britischen Übergewichts im Völkerbund und sonst. Zweifellos sah die Reichskonferenz ihre Pläne dadurch nicht erleichtert, und sie gab ihrer Enttäuschung in dem offiziellen Schlußbericht unumwunden Ausdruck: »Die [amerikanische] Entscheidung schien den Mitgliedern der Konferenz äußerst bedauerlich, weil sie einen wesentlichen Teil ihrer Zeit der Ausarbeitung eines Plans gewidmet hatten, der für alle Parteien gleich annehmbar schien, und dessen Aufgeben, wie man befürchten mußte, für die ins Auge gefaßten großen Strebeziele nicht anders als nachteilig sein mußte. In keinem Stadium dachte man daran, daß die Ergebnisse einer solchen gewünschten Fühlungnahme (consultation) der Washingtoner Konferenz die Arbeit vorwegnehmen oder ihr im voraus die Hände binden sollte. Im Gegenteil war als sicher anzunehmen, daß ohne eine Verständigung über den Stillen Ozean die Abrüstungkonferenz weniger leicht ihren Zweck erreichen würde, und deshalb gelangte die Reichskonferenz zu ihrem oben erwähnten Vorschlag: aus Besorgnis jedes Hindernis für die Washingtoner Tagung aus dem Weg zu räumen, der sie nur vollsten und durchschlagenden Erfolg wünschen konnte.«

Alles in allem jedoch brachte die Reichskonferenz die englische Weltpolitik ein gutes Stück vorwärts, die, gestützt auf ein erweitertes und gefestigtes Imperium, das Übergewicht der englischen Interessen in allen entscheidenden Erdstrichen fester zu verankern und umfassender auszubilden sucht. Gewiß, »erst kontrollierte Downing Street das Reich, heute verfügt das Reich über Downing Street«. Doch das ist für den Kern dieses Außenstrebens keine Schwächung sondern eine folgerichtige Weiterentwickelung. Die ausschlaggebenden Kräfte der englischen Außenpolitik rühren sich nunmehr, nach der Gewährung vollster Selbstregierung an die Dominien, mehr in eigener Selbständigkeit, aber immer in selbstgewollter und darum um so unerschütterlicherer Unterordnung unter die allbritischen Reichsziele.

ERNST VON DÜRING · PLANWIRTSCHAFT IN DER WOHLFAHRTSPFLEGE?

AUCH die Entwickelung der Wohlfahrtspflege hat durch die Ereignisse der letzten Jahre ein ganz anderes Tempo angenommen, die Arbeit selbst hat einen ganz andern Umfang, auch andere Ziele erhalten als vor dem Krieg, und es ist fast selbstverständlich, daß infolgedessen für ihre Organisation ganz andere Bahnen gesucht werden. Daß hierbei grundsätzliche Anschauungen sich schärfer gegenüberstehen und je nach diesen Grundsätzen Entwickelung, Ausführung und Ziele zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben, ist natürlich. Die Ausdehnung, die die Wohlfahrtspflege genommen hat und noch immer mehr gewinnt, die Ansprüche und Bedürfnisse, die sich aus den sozialen Wandlungen ergeben, steigern die Schwierigkeiten in der Lösung sowohl der wirtschaftlichen wie der kulturellen Seiten dieser Frage. Es ist deshalb fast selbstverständlich und im Interesse der Sache eigentlich durchaus gesund, daß eine gewisse Spannung zwischen den Forderungen des Staates und den Ansprüchen der freien Wohlfahrtseinrichtungen besteht; bei gutem Willen, Sachlichkeit und Gerechtigkeit können derartige Spannungen nur von Vorteil für die Sache, für eine gesunde Entwickelung der Wohlfahrtspflege sein.

Die auf Verstaatlichung und Kommunalisierung hingehenden Bestrebungen haben sehr verschiedene und auch in ihrem Wert sehr ungleiche Beweggründe. Zunächst sind es zum Teil grundsätzliche Fragen. Das, was früher in großem Umfang freiwillige Wohlfahrtspflege und ‹wogegen sich besonders der Widerstand richtet› Wohltätigkeitspflege leisteten, wird heute als Pflicht der Gesellschaft, als Recht der durch die gesellschaftlichen Zustände Geschädigten gefordert. Weiter aber werden vielerlei Aussteilungen gegen die freie Wohlfahrtspflege erhoben, die sich sowohl gegen Mängel auf wirtschaftlichem Gebiet wie gegen solche auf dem Gebiet des Erziehungswesens richten. Hier ist manches berechtigt.

Man muß unbedingt zugeben, daß die Verzettelung, die Ziellosigkeit, das Dilettantenhafte, das diesen einzelnen Organen der freien Wohlfahrtspflege anhaftete, der Sache schadeten. Es war nicht selten persönliche Eitelkeit, die ein Zusammenfassen, eine auf breiter Basis mit gemeinsamen Zielen angestrebte Vereinigung solcher allein kaum lebensfähiger oder existenzberechtigter Einrichtungen verhinderte. Damit hängt aber eine höchst unwirtschaftliche Vergeudung von Kräften und Mitteln zusammen. Hier haben die Notwendigkeiten und die Erfahrungen der Kriegsjahre fortschrittsfördernd gewirkt. Die Zusammenfassung der verschiedensten Zweige der Wohlfahtseinrichtungen während des Kriegs hat bewiesen, daß selbst bei größter Verschiedenheit der Weltanschauungen ein Zusammenarbeiten auf diesem Gebiet möglich ist, und noch mehr ist durch die Erfahrung erwiesen worden, wie außerordentlich ökonomisch, was Geld, Arbeit und Kräfte anlangt, sich eine Zentralisierung der Wohlfahrtspflege gestalten kann.

Viele Vorwürfe werden weiter gegen die Wohlfahrtspflege, besonders gegen die Fürsorgeerziehung der ‹durch die Verhältnisse oder durch ihre Anlagen› gefährdeten Jugend erhoben. Ohne irgendwie beschönigen zu wollen, daß hier vieles zu bessern ist, darf man eines nicht vergessen: Es handelt sich

um Entwickelungskrankheiten einer noch verhältnismäßig jungen sozialen Arbeit. Erst mit dem Fürsorgeerziehungsgesetz von 1901 begann diese Arbeit. Als der Staat damals dieses Gesetz erließ, fehlten ihm so gut wie alle Voraussetzungen zu seiner Durchführung. Er fand nur die im weitesten Sinn auf karitativer Grundlage [1] gegründeten Vereine und Anstalten vor, die ihm ermöglichten an eine praktische Ausführung des Gesetzes zu gehen. Die nach verschiedenen Grundsätzen, von verschiedensten Persönlichkeiten, zu verschiedenen Zwecken, mit verschiedenen Mitteln und Einrichtungen, nicht immer nach klaren Plänen und mit bestimmten Zielen gegründeten Vereine Anstalten usw. haben gewiß nicht immer den Ansprüchen genügt, die man an sie stellen mußte, ja es sind in einigen Anstalten schwere Mißstände und Mißbräuche vorgekommen. Diese Vorwürfe sind durchaus nicht für die Mehrzahl der Anstalten berechtigt, und es ist völlig unzulässig zu behaupten, sie hätten nichts geleistet. Es muß unbedingt anerkannt werden, daß schon sofort nach dem Beginn der Erkenntnis, daß die bestehenden Einrichtungen mangelhaft waren und den Ansprüchen nicht genügten, von vielen Seiten auf das ehrlichste und gewissenhafteste an der Abstellung dieser Fehler gearbeitet wurde. Das Tempo dieser Entwickelung wird jetzt (die Beweise liegen vor), durch die Zeitverhältnisse bedingt, sehr viel rascher werden. Vor Überstürzung und Verallgemeinerung ist aber zu warnen.

Die schon vorher als nötig erkannten Bestrebungen zu einer solchen Zusammenfassung der Wohlfahrtsarbeit haben unter den Kriegserfahrungen dann unmittelbar zu Vorschlägen und Gesetzen geführt, die eine Planwirtschaft in der Wohlfahrtspflege anstrebten. Unterstützt werden diese Bestrebungen durch die mißlichen finanziellen Verhältnisse, die eine möglichst sparsame Verwendung der Mittel zur unbedingten Pflicht machen. Und dazu kommt, daß den auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege gesteigerten Ansprüchen eine verhältnismäßig nur geringe Zahl, nach Neigung, Begabung und Erfahrung brauchbarer Mitarbeiter zur Verfügung steht. Aber Aussprüche, wie sie in der Nationalversammlung gefallen sind, daß nun unbedingt das Verschwinden aller nichtstaatlichen oder nichtkommunalen Anstalten zu fordern und zu erstreben sei, zeugen von völliger Unkenntnis der auf diesem Gebiet tatsächlich möglichen Dinge. Als Leiter einer interkonfessionellen Anstalt kann ich diese Bestrebungen nur mit großer Sorge ansehen. Es ist eine absolute Verkennung dessen, was Wohlfahrtspflege ist, wenn man glaubt hier eine Art Planwirtschaft einführen zu können; mit dieser an und für sich wird man vorhandene Mängel auch nicht bessern.

Die ganze Wohlfahrtsarbeit ist etwas, was auf durchaus persönlichen Beziehungen aufgebaut ist. Das Beste, was hier geleistet wird, kann nur der Mensch dem Menschen, der verstehende, mitfühlende Nächste dem Nächsten leisten. Bureaukratismus ist der Tod der Wohlfahrtspflege. Besonders in der Fürsorgeerziehung handelt es sich nicht um Verwaltungs- sondern um Erziehungsarbeit. Zu solcher Erziehungsarbeit sind Staat und Kommune in ihrem Bureaukratismus schlechthin nicht imstande. Was heute durch Zersplitterung gesündigt wird, würde in anderer Weise viel schlimmer durch den Bureaukratismus gesündigt werden. Es ist nun einmal eine Tatsache, die

1) Das Wort karitativ, das allgemein nur für katholisch konfessionelle Wohlfahrtseinrichtungen gebrauchlich ist, soll hier überhaupt für Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, gleichgültig, ob konfessionell oder nichtkonfessionell, gebraucht werden.

viel zu denken geben könnte, daß der größte Teil der Wohlfahrtseinrichtungen auf dem Boden der konfessionell-religiösen Liebestätigkeit erwachsen ist. Alle staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind zunächst karitative Schöpfungen gewesen, später vom Staat übernommen; das war früher so und ist noch heute so. Damit ist hier aber ein anderes gegeben: Alle diese Arbeit steht auf dem Boden einer bestimmten festen Weltanschauung, und Weltanschauungen lassen sich das Recht ihrer freien Betätigung nicht nehmen.

So berechtigt also der Wunsch nach einer gewissen Planwirtschaft in der Wohlfahrtspflege ist: von außen, mechanisch, von oben her läßt sie sich überhaupt nicht schaffen. Gerade auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrtspflege läßt sich eine solche Zusammenfassung, die unduldsam eine bestimmte Weltanschauung zur vorgeschriebenen machen, andere Weltanschauungen ausschließen will, niemals erzwingen. Der Versuch hat schon jetzt dazu geführt, daß sich gerade die konfessionellen Vereine alle in ihren Konfessionen von innen her zur Erzielung einer bestimmten Planwirtschaft zusammengeschlossen haben, im bewußten Gegensatz und in Abwehr gegen eine von außen, von oben her kommende Planwirtschaft. Der Staat und die Kommunen können nun weder die freiwillig arbeitenden Menschen noch die in freier Arbeit wirkenden Einrichtungen entbehren; ohne sie kann diese Arbeit einfach nicht geleistet werden. Ohne jeden Zweifel würden, wenn auch unter Schwierigkeiten, die bestehenden karitativen Einrichtungen weiterarbeiten, ohne den Staat; die Mittel, die bei der Verstaatlichung zu fließen aufhörten, würden dann bei einer durch die Not gesteigerten Opferwilligkeit gläubiger oder humanitär denkender Menschen vielleicht alle Lücken füllen.

Der Staat hat das Recht und die Pflicht bestimmte Forderungen zu stellen, deren Erfüllung sich als unerläßlich gezeigt hat. Die Leiter gerade der größeren Anstalten haben die Notwendigkeit bestimmter Verbesserungen, die besonders die Ausbildung des Personals, Unterrichts und Berufsausbildungsmöglichkeiten, ärztliche Beaufsichtigung der Zöglinge betreffen, voll anerkannt. Die Anstalten leiden schwer unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und brauchen die staatlichen Mittel. Ein verständnisvolles Zusammenarbeiten liegt also in beiderseitigem Interesse. Eine gewisse Zentralisierung ist gewiß zu wünschen. Es muß aber von allen, die in dieser Arbeit stehen, offen zugestanden werden, daß die ersten Anfänge, die mit der Anbahnung einer solchen Planwirtschaft gemacht worden sind, nicht geeignet sind die Begeisterung der freien Wohlfahrtseinrichtungen zu erregen. Wie ich schon sagte, ist Bureaukratismus der Tod jeder Wohlfahrts- und besonders jeder Erziehungsarbeit, und Freiheit der Arbeit auf dem Boden der Weltanschauung Bedingung jeder gedeihlichen Arbeit. Nur, wenn das eingesehen und verstanden wird, läßt sich eine fruchtbare Zusammenfassung, eine Art Planwirtschaft erreichen. Wenn im Zentrum der Wohlfahrtsarbeit für einen Kreis beim Jugendamt zum Beispiel gleichberechtigt amtliche und freie Vertreter neben einander sitzen, dann ist ein verständnisvolles Zusammenarbeiten möglich. Wenn Staat und freie Wohlfahrtsarbeit einsehen ‹aber beide, und dem Staat fällt das schwerer›, daß zu fruchtbringender Arbeit beide auf einander angewiesen sind, dann ist eine Planwirtschaft möglich und segensreich. Aber auch nur unter dieser Bedingung.

Duldung, Anerkennung des Rechts der Weltanschauung, Verständnis für die Besonderheit, das Menschliche der Wohlfahrtsarbeit sind Forderungen, die

unbedingt begriffen werden müssen. Übrigens läßt sich schon heute fest stellen, daß die ursprünglich gegensätzliche Einstellung bei allen, denen es wirklich um die Sache zu tun ist, einer gerechtern Einstellung Platz gemacht hat. Gesunde sachliche Kritik kann überhaupt nach beiden Seiten für eine fruchtbare Entwickelung nur förderlich sein.

LUDWIG RADLOF · ZUR GEISTIGEN ERZIEHUNG DER ARBEITERKLASSE

KARL Marx' unsterbliches Verdienst ist es, daß er die ökonomische Geschichtsbetrachtung eingeführt und dadurch die gesamte Geschichtswissenschaft revolutioniert hat. Leider haben dann die Marxisten, verleitet durch eine irreführende Terminologie, diese Geschichtsauffassung als materialistisch im naturwissenschaftlichen Sinn gedeutet. So konnte es kommen, daß in der sozialistischen Arbeiterbewegung die philosophisch-sittlichen Seiten des Marxschen Gedankengefüges lange Zeit fast völlig übersehen wurden. Erst die neuere Forschung, getragen von den Sozialistischen Monatsheften, deren Gedenkausgabe zu Marx' 100. Geburtstag davon zusammenfassend Zeugnis ablegte, bemüht sich Marx auch von dieser Seite her gerecht zu werden. Um die Bedeutung solchen Strebens für unsere Bewegung zu erkennen, muß man zunächst kurz deren Entwickelung betrachten.

Als 1863 Ferdinand Lassalle den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ins Leben rief, war es nur ein bescheidenes Häuflein, das sich um seine Fahne scharte. Ihm galt es vor allem die Arbeiterschaft organisatorisch auf eigene Füße zu stellen, sie von der Fortschrittspartei loszulösen. Die Kriege 1864, 1866 und 1870-1871 hemmten die Weiterentwickelung der Partei. Dann kam der Zwiespalt im eigenen Lager (Eisenacher wider Lassalleaner), bis 1875 in Gotha die Konzentration begann. Die innere Einigkeit wurde dann durch die Jahre der politischen Reaktion und besonders die 12jährige Leidensperiode des Sozialistengesetzes gefestigt. Nach dessen Fall im Jahr 1890 fing aber der Kampf zwischen den *Alten* und *Jungen* wieder an. Jetzt ging es darum, ob man weiter in politischer Abstinenz verharren oder am Ausbau des Staats aktiv mitarbeiten solle. Neben den, immer neue Formen annehmenden Streit um organisatorische Fragen trat jetzt der um taktisch-politische. Erklärte auch Bebel noch 1903 auf dem Dresdener Parteitag, die Sozialdemokratie bleibe die Todfeindin des bürgerlichen Klassenstaats, so bohrte sie sich dennoch immer tiefer in dessen Einrichtungen hinein. Daneben gingen die Gewerkschaften ihren Weg. Sie waren vor allem darauf bedacht das wirtschaftliche Los ihrer Mitglieder zu verbessern und erreichten dieses Ziel in wachsendem Maß dank dem Erstarken ihrer Organisationen. Wer selbst viele Jahre in der Agitation stand, weiß, wie hier immer von neuem, in der Presse und in Versammlungen, hervorgehoben wurde, daß zunächst die wirtschaftlichen Verhältnisse gewandelt werden müßten, wenn es der Arbeiterschaft besser gehen solle, daß daher der Ausbau der Organisationen das Wichtigste sei. Das Ringen um mehr Lohn und Brot wurde so zu einem Ringen um die Ausgestaltung der Organisation. Die Arbeitsgebiete der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wurden statutarisch genau abgegrenzt, damit sie einander nicht ins Gehege kommen könnten. Bei dem riesigen Anschwel-

len der Gewerkschaftsorganisationen, hinter deren Wachstum die Partei weit zurückblieb, wurden die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie schließlich die ausführenden Organe ihres Willens. Immer und überall aber waren Partei und Gewerkschaften von dem Organisationsgedanken beherrscht. Auch zwischen Arbeitern und Unternehmern sowie Vertretern der Staatsgewalt wurde der Kampf vorwiegend um Größe und Macht der Organisationen, nicht um die Substanz der Politik oder der Wirtschaft gekämpft.

Es gab freilich nicht wenige in der Sozialdemokratie, die klar erkannten, daß der Zeitpunkt kommen müsse, wo wir den Kreis unserer Anhänger weit über die industrielle Arbeiterschaft hinaus ziehen müßten, wo es darauf ankommen werde alle fähigen Kräfte mobil zu machen, damit sie die Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinden übernehmen und mitschöpferisch tätig sein könnten. Dazu genügte es aber nicht, daß wir den Massen immer wieder ihre Notlage vor Augen führten und auf die Notwendigkeit einer Verbesserung ihrer Lebenshaltung hinwiesen. Das Problem, dessen Lösung wir suchen wollten, war damit nicht erschöpft. Die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung, die in Wahrheit nur eine fruchtbare Forschungsmethode darstellte, wurde in der Partei schließlich dazu benutzt für alles und jedes Übel in der Welt die Erklärung zu liefern. An allem waren die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld; eine Selbstverantwortung des Menschen existierte nicht mehr. Ich erinnere mich, wie vor 20 Jahren einmal in einer großen Hamburger Versammlung Genosse Stolten den heftigsten Widerspruch der Anwesenden wachrief, weil er ihnen sagte, daß auch jeder einzelne von ihnen für die Zustände in Deutschland verantwortlich sei, und an ihre Einsicht und ihren Willen appellierte. Dieser Vorgang zeigt typisch, wie sehr die geistigen und sittlichen Faktoren in unserer Partei unterschätzt zu werden pflegten. Man dachte nicht daran, daß Karl Marx' Leben selbst, ein Leben intensivster geistiger Arbeit bei dauerndem Kampf mit der Not des Alltags, die Macht und den Einfluß dieser Faktoren am deutlichsten hätte lehren können.

Der gewaltige Ruf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« wurde schon im Verlauf des Krieges in sein Gegenteil verkehrt. Jetzt heißt es allerorten: Proletarier aller Länder, spaltet euch! Es mag im Zug der Entwickelung und auch des deutschen Geistes liegen, daß der Zwiespalt sich so tief in die Arbeiterschaft eingefressen hat, daß sie sich nicht wieder auf einer einheitlichen Linie zusammenfinden kann. Jede Richtung in der Partei will die Weltgeschichte und den Sozialismus in ihrem Sinn beeinflussen. Die alte Sozialdemokratie bietet den Unabhängigen mit Gönnermiene zum soundsovielten Mal eine Arbeitsgemeinschaft an, ohne dort auf große Gegenliebe zu stoßen. Die Kommunisten kündigen beiden Sozialdemokratieen dauernd den Kampf bis aufs Messer an. Ihnen wiederum wird schadenfroh entgegnet: Wir werden schon zeigen, wie ihr die Revolution in Grund und Boden ruiniert habt. Was ist das Fazit dieser Selbstzerfleischung? Jede Richtung sucht der andern den Rang abzulaufen. Man organisiert und überorganisiert, bis man auf allen Seiten vergessen hat, wozu denn alle 3 Parteien da sind: nämlich aus den Massen klassenbewußte, aber auch denkende Menschen zu erziehen, die imstande wären die sich gerade jetzt immer stärker aufdrängenden geistigen Probleme zu meistern.

Zwar die Notwendigkeit geistiger Heraufentwickelung hat man schon seit langem erkannt. Aus diesem Gedanken heraus ist schon vor 12 Jahren in der

Sozialdemokratie ein Zentralbildungsausschuß gegründet worden. Hat er seiner Aufgabe genügt? Im einzelnen hat er vielleicht einiges geleistet, auf die geistige Erziehung der Arbeiterschaft aber übte er nur wenig fruchtbaren Einfluß. Das gleiche läßt sich von den zentralistisch eingerichteten gewerkschaftlichen Unterrichtskursen sagen. Auch bei dieser Bildungsarbeit dominierte zu sehr die wirtschaftliche Einstellung bei Lehrern und Schülern, ganz abgesehen von der Schädigung, die der Dogmatismus der meisten Vorträge mit sich bringen mußte. Ließ der Parteivorstand dann in den Jahresberichten seine Zahlen aufmarschieren, so konnte man allerdings der Meinung sein, es sei alles Erdenkliche für die geistige Bildung des Proletariats geschehen. Der Kasseler Parteitag vom vorigen Jahr weiß aber plötzlich über die Bildungsbestrebungen, soweit sie vom Zentralbildungsausschuß ausgehen, nichts mehr zu sagen. Und doch sind seit dem Novemberumsturz wieder Hunderttausende neuer Mitglieder in die Partei, Millionen in die gewerkschaftlichen Organisationen hineingeströmt. Wohl arbeiten die Bildungsausschüsse der großen Städte immer noch eifrig, und für die Volkshochschulen haben sich unsere Genossen begeistert ins Zeug gelegt. Aber man behaupte nicht, daß den Massen in all diesen Vorträgen und Veranstaltungen eine Weltanschauung vermittelt wird. An den Weltanschauungsfragen weiß die Parteipresse, und zwar aller 3 Richtungen, stets vorbeizugleiten. Verstehen unsere Genossen davon nichts? Erscheint es ihnen unwichtig? Halten sie es nicht für nötig in die Zusammenhänge irgendeiner Sache einzudringen? Seit dem November 1918 haben wir uns mit einer ganzen Reihe von Fragen auseinanderzusetzen, die vorher keine oder nur eine geringe Rolle gespielt hatten. Dazu gehören der Versailler Vertrag und die Sozialisierungsprobleme. Von dem Rätegedanken und seinem fruchtbaren Kern, der Idee der Kammer der Arbeit, die an dieser Stelle so oft und mit so vielen guten Gründen vertreten worden ist, will ich schon gar nicht reden. Vergebens jedoch sucht man eine Erörterung solcher Fragen in den Reihen der sozialistischen Parteien. Statt dessen nimmt man den Faden dort wieder auf, wo er vor Jahren abgelaufen ist. Man erschöpft sich wieder in der Förderung der Organisation. Man ist zufrieden, wenn man jedes Jahr nachweisen kann, daß man von neuem 100 000 oder 1 Million Mitglieder für diese oder jene Richtung gewonnen hat, und daß die Kassenverhältnisse *glänzend* sind.

Der neue Programmentwurf der Sozialdemokratie ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man Programme n i c h t machen darf, wenn man schon überhaupt welche machen soll. Die Verfertiger dieses Entwurfs haben jedenfalls bewiesen, daß sie, und hätten sie auch sonst noch so viel gelernt, von dem rauschenden Strom der Entwickelung, zum mindesten seit dem Kriegsende, wenig verspürten. Das sagen hervorragende und treue Mitglieder der Partei selbst. Der Punkt Kulturpolitik ist in dem neuen Programm so unzulänglich behandelt, daß es beschämend ist. Der Hamburger Senator Genosse Emil Krause macht im Hamburger Echo vom 10. August 1921 auf einige brennende Probleme aufmerksam. Ich weiß ja: Organisierung ist ein unentbehrliches Kampfmittel, besonders für die Gewerkschaften, und ich betone das hier ausdrücklich, um dem Einwand zu begegnen, als ob ich derlei Dinge unterschätzte. Aber ich meine: Wenn die Sozialdemokratie einmal 10 Jahre lang einen großen Teil ihrer Mittel für die geistige Erziehung der Arbeiter anwenden wollte, es stände besser um ihren Einfluß auf die Geschicke Deutschlands und der Welt. So lebt sie von der Hand in den Mund und findet in

ihren Reihen nicht einmal so viele Kräfte, wie sie unbedingt brauchte, um in den Verwaltungen Einfluß zu gewinnen. Es war ein großer Fehler, daß sie im vorigen Jahr die Programmkommission nicht wenigstens zum Teil mit frischen, von neuen Gedanken beseelten Köpfen besetzte. Daß die alte Generation sich den neuen Aufgaben nicht mehr gewachsen zeigen kann, leuchtet doch ohne weiteres ein. Wenn von dem Unvermögen der alten, ersten Generation gesprochen wird, so muß man auch der zweiten Generation in der Arbeiterbewegung gedenken. Sie steht mitten im Werk, ist aber zum Teil noch im Bann der alten Ideen. Sie hat das Organisieren zur technischen Kunst entwickelt und Vollendetes darin geleistet. Diese zweite Generation beginnt nicht mit Ebert und Scheidemann sondern, wenn einmal ein Name genannt werden soll, mit Paul Löbe, dem jetzigen Präsidenten des Reichstags, der sie meines Erachtens im besten Sinn verkörpert. Löbe, den ich in einer fast 6jährigen gemeinsamen Redaktionstätigkeit genauer kennengelernt habe, ist ein Wirklichkeitsmensch, dabei von einem starken Wissens- und Erkenntnisdrang erfüllt. Er beherrscht natürlich den Organisationsapparat wie nur einer. Aber Bildungsprobleme haben ihn immer in hervorragendem Maß interessiert. Das geht auch aus seinem Aufsatz über Volksbildungsversuche durch Arbeitervereine in Schlesien hervor, der vor 19 Jahren hier in den Sozialistischen Monatsheften erschien. Löbe klebte nie an Programmen. Dafür legte er stets auf etwas anderes Gewicht: nämlich die Kräfte und Menschen, mit denen er zu tun hatte, politisch richtig einzuschätzen und sie dorthin zu stellen, wo sie etwas für die Allgemeinheit leisten konnten. Männer wie Löbe wären wohl ⟨wenn sie sich nicht durch die Organisations- und Parlamentsschablone glätten, das heißt ihres ursprünglichen Strebens berauben lassen, wenn sie ihre Orientierung nicht in Fraktionszimmern sondern an den Stellen suchen, wo neue Gedanken zutage treten, die unserer Politik, namentlich unserer Außenpolitik, einen Inhalt geben könnten⟩ imstande der Sozialdemokratie wieder den warmen Blutstrom zuzuführen, aus dem ihr geistiges Leben gespeist wird.

Eine andere Frage ist freilich, ob die zweite Generation in der modernen Arbeiterbewegung willens ist ihr Programm so zu gestalten, daß alle, die ihr angehören, wieder Freude an der Arbeit haben können. Nach meinem Dafürhalten würde es vollauf genügen, wenn das Programm der Sozialdemokratie einen wirtschaftlichen und einen kulturellen Teil enthielte, denen eine kurze theoretische Einleitung über den voraussichtlichen Verlauf der allgemeinen Entwickelung beigegeben wäre. Was wir sagen und als feststehend annehmen können, ist, daß wir den Sozialismus wollen, und daß die Entwickelung in vielen ihrer Ausstrahlungen dahin treibt. Daran müßten sich, alles auf den kürzesten Ausdruck gebracht, die fruchtbaren Gedanken zur internationalen Politik (Durchorganisierung der Welt in großen Wirtschaftskomplexen) und zur Innenwirtschaft (Umschöpfung der formalen Demokratie zu einem produktiven Organismus) schließen, und dann, aus ihnen folgend, weil mit ihrer Verwirklichung zusammenhängend, das Programm des geistigen Neuaufbaus.

Ich bin mir darüber klar, daß die zweite Generation das Werk des Sozialismus nicht allein verrichten kann, daß sie zu seiner Vollendung der dritten bedarf. Sämtliche, wirklich dem Neuen zugänglichen Kräfte der zweiten Generation müssen sich mit denen der dritten vereinen, um Wertvolles für die Ideenwelt des Sozialismus zu schaffen. In der Geschichte der Sozialdemo-

kratie geschah es nicht oft, daß wir von dem altgewohnten Gang der Arbeit abwichen und neue Bahnen einschlugen. Es geschah in der Zeit des Kampfes um den Revisionismus, der auf diesen Blättern hier gekämpft wurde, in der Zeit, da sich unter Legiens Führung die Gewerkschaftsbewegung ihre eigene Prägung gab, in der Zeit, da sich die Genossenschaften, mit deren Aufbau von Elms Name für alle Zeiten verknüpft ist, als selbständige Gebilde Anerkennung erzwangen. Das sind Großtaten in der Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung. Von diesen starken geistigen Impulsen fühlt man sich in der Partei heute kaum mehr berührt. Von den offiziellen Veranstaltungen, wie dem vorjährigen Dresdener Kulturtag, gehen keine neuen Ausstrahlungen auf kulturellem Gebiet aus. Ebensowenig haben uns in diesem Punkt die zahlreichen parlamentarischen Körperschaften bisher Anregungen, geschweige denn Gedanken und Taten beschert. Hier dreht sich seit Jahren alles um den Klein- und Großkampf der gegnerischen Parteien, allenfalls ⟨dies aber nur ganz schwach und konventionell⟩ um die Macht des Parlaments. Die wenigen fruchtbaren Ideen der sogenannten Revolution wie die einer Wirtschaftsvertretung und einer organisierten Wirtschaft sind abgewürgt oder so verunstaltet worden, daß sie nicht mehr zu erkennen sind. Was unsere offiziellen theoretischen Führer uns so viele Jahre lang über die Verwirklichung des Sozialismus *am Tage nach der Revolution* sagten, hat sich also als bloße Lufterschütterung erwiesen. So müssen wir alles von der kommenden Generation erwarten. Das gleiche Gefühl erfüllt wohl auch schon bewußt so manche Jungsozialisten, die davon überzeugt sind, daß die Einigung der Sozialisten nicht von *oben* sondern von *unten*, von den Jungsozialisten aller Schattierungen ausgehen werde.

Der geistige Neuaufbau in Deutschland ist mindestens so wichtig wie der wirtschaftliche. Und er wird von Monat zu Monat dringender. Denn man ist bei uns jetzt drauf und dran die neue Generation von Grund auf zu verderben. Es wird der Haß gezüchtet, und damit das möglich ist, die Lüge und die Niedrigkeit der Gesinnung. Leider ist auch die sozialdemokratische Partei nicht unschuldig daran. Sie läßt es in einer ganz sinnlos orientierten und in jedem Betracht verwerflichen Politik zu, daß eine Hetze getrieben wird, die den Zusammenschluß des europäischen Festlands, die wichtigste Bedingung unserer Gesundung, unmöglich macht oder doch in weite Ferne rückt, daß insbesondere das französische Volk, in dem die edelsten Geister und nahezu die gesamten Intellektuellen von aufrichtigem Versöhnungs- und Gemeinschaftswillen beseelt sind, uns in verzerrter Weise als tückischer Feind hingestellt wird. Wir versündigen uns dadurch nicht nur an der Zukunft Europas, dessen einzige Hoffnung ja eben der Zusammenschluß ist, da sonst seine Produktionskräfte rettungslos verfallen. Wir versündigen uns vor allen Dingen dadurch auch am deutschen Volk selbst, materiell wie moralisch. Und die Sozialdemokratie tut, weil sie sich vor einer demagogisch nationalistischen, in ihrer objektiven Wirkung antinationalen, weil das Deutsche schwer schädigenden Strömung fürchtet, nichts dagegen, daß das Rechtsgefühl zerfetzt, daß die Würde zertrampelt, daß die Vernunft beiseite geschoben wird. Und was ist das alles gegen die Verwahrlosung im Innern, gegen die zum Prinzip erhobene Unfruchtbarkeit, gegen den Mangel an wirklicher Arbeitsethik, kurzum gegen die Verkümmerung aller Kräfte des Volkes? Es soll nicht verkannt werden, daß, freilich äußerlich kaum bemerkbar, im Volk selbst, in der Arbeiterklasse, ein Streben vorhanden ist

aus alledem herauszukommen, ein vorerst dumpfes Gefühl, daß alles das die Volksgemeinschaft vernichtet, und daß der Kultus der sinnlosen Gewalt, wie er im Krieg betrieben ist, im Bolschewismus fortgesetzt wurde und unausgesprochen auch bei uns in der Partei in hohem Ansehen steht, die Möglichkeit zum Sozialismus vernichtet oder vielmehr verzögert. Es rächen sich jetzt an uns 3 Jahrzehnte des Mangels an geistiger Erziehung innerhalb der Arbeiterklasse. Der Gipfel aller Politik schien eben, wie dargelegt, stets das Technisch-Organisatorische oder, wenn es hoch kam, die Taktik, die doch, mangels eines wirklichen Inhalts der Politik, stets leer lief.

In den jungsozialistischen Gruppen scheint sich jetzt ein neuer Geist zu regen, der mit Ernst und Freude an die großen Kulturschätze in Wissenschaft und Kunst herangeht. Dieses mutige Vertrauen berechtigt immerhin zu neuer Hoffnung. Wenn auch im allgemeinen von Resolutionen nicht viel zu halten ist, so sei doch das tapfere Bekenntnis der Hamburg-Bochumer Jungsozialisten auf der Bielefelder Tagung hier wiedergegeben:

1. Wir Jungsozialisten wollen auf dem Fundament weiterbauen, das die Arbeit von Partei und Gewerkschaften in schweren Kämpfen geschaffen hat. Diese uns von den Vätern vermachte Aufgabe werden wir in der Arbeit für die Partei erfüllen und so die notwendigen Voraussetzungen kultureller Arbeit erhalten und festigen.
2. Darüber hinaus kämpfen wir Jungsozialisten um eine Neugestaltung des Sozialismus. Wir stellen die einseitige rationelle Einstellung des historischen Materialismus bewußt in Frage; denn er ist wissenschaftlicher Wegweiser, nicht aber leitende Weltanschauung.
3. Nach unserer Überzeugung haben die Begründer des Sozialismus ihre Kraft nicht nur aus den Quellen der verstandesmäßigen Erkenntnis sondern ebenso stark aus den innersten Quellen des Menschlichen geschöpft.
4. Dahin wollen wir heute wieder, um die Mechanisierung zu überwinden, die der machtpolitische Aufstieg und der tägliche harte Kampf mit sich bringen mußte.
5. Unter diesem Gesichtspunkt streben wir nach vertiefter wissenschaftlicher Erkenntnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Wirtschaft und Politik haben sich in den letzten 50 Jahren grundlegend verändert. Es ist unsere Aufgabe den Stand unserer sozialistischen Erkenntnis diesen Wandlungen anzupassen, um mit so gewonnenem wissenschaftlichen Rüstzeug die Aufgaben der Gegenwart zu meistern.
6. Dadurch an innerer Kraft gestärkt wollen wir unsern Mann stehen in den Kämpfen, die die Durchführung des Sozialismus fernerhin fordert; denn wir Jungsozialisten hüten uns vor nebelhafter Begriffsbildung und Gerede über ein Wolkenkuckucksheim, einer Gefahr, der große Teile der Jugendbewegung erlegen sind.
7. Unser Ziel ist vielmehr die Gestaltung von Wirtschaft und Politik aus den zwei menschlichen Kräften: Erlebnis und Erkenntnis, im Ringen um die sozialistische Gemeinschaft.

So wird Sozialismus Kulturbewegung.«

Es ist eine Erquickung solche Worte zu lesen. Auf dem Kesselbrink in Bielefeld, wo auch Jungsozialisten der anderen, der *feindlichen* Länder sprachen, kam das wachsende Gemeinschaftsgefühl besonders stark zum Durchbruch. Sozialismus ist vor allem Tat, die seine Quellen nur in solchem Gemeinschaftsgefühl haben kann. Aber kann man erwarten, daß Jungsozialisten in einer Partei freudig mitarbeiten werden, die die Förderung ihrer Kultur hintansetzt? Hoffentlich ist ihr Idealismus groß genug, um sich auch von der offiziellen Routine nicht abschrecken zu lassen. Viele unserer Großen haben uns durch ihr eigenes Beispiel gelehrt, daß es nicht darauf ankommt eine *volle Kompottschüssel* vor sich zu haben, um große Dinge zu vollbringen. Kant und Mozart beweisen das so gut wie Karl Marx, der das Schicksal zu meistern verstand, so oft es ihn auch niederwarf und zu vernichten drohte. Diese unbeugsame Art ist vor allem der sozialistischen Jugend zu wünschen.

Der Gemeinschaftsgeist, der nicht bloß Phrase sein will, sei Tat. Jetzt gilt es. Denkt an die 28 Leineweber in Rochdale! Jeder, auch der Bescheidenste, hat Zutritt, um sich an den Quellen von Kunst und Wissenschaft zu erquicken, und sie sind wichtiger als Parteidogmen, von deren Hohlheit wir uns überzeugen mußten. Die innere Einstellung der neuen Arbeitergeneration auf den neuen Geist, der in dem Nächsten den Bruder sieht, scheint mir das Entscheidende. Das gilt für die Volksgenossen, das gilt für die Völker selbst. Und hier muß der Anfang unter den Nachbarn gemacht werden, da, wo es am schwersten scheint und, wenn man dem Spuk zuleibe rückt, am leichtesten ist. Aus dem Zusammenwirken der deutschen und der französischen Nation entstünde eine neue Blüte abendländischer Kultur, die von den üblen Erscheinungen des Europäismus befreit werden könnte. Vor 20 Jahren hat ein ehemaliger Pastor, Rudolf Peters, in unserm Parteiverlag Dietz ein Buch erscheinen lassen, das er sehr schön Der Glaube an die Menschheit betitelte, und in dem der Gedanke dieser deutsch-französischen Zusammenarbeit einen wesentlichen Punkt dieses seines Glaubens bildete. Wie lange zögern wir noch? Auf das junge Geschlecht in der Arbeiterklasse müssen wir alle Hoffnungen setzen. Es geistig und moralisch dazu fähig zu machen sei unsere höchste Aufgabe.

Wenn ich am Weserstrand spazierengehe, dann sehe ich den Strom majestätisch dahinrauschen; immer breiter und tiefer wird das Bett, bis er in die Nordsee und den Atlantischen Ozean verläuft. Fessellos fließt er dahin, völkerverbindend. Und so sei auch unser Werk.

ALFRED BRUST · DER BETER

OB ich Dir trotze, ob ich mich beuge,
Ob ich Dich liebe oder Dich hasse,
Deiner Hände seltsame Zeige
Staunend begreife oder nicht fasse:

Immer bist Du der Große und Gleiche,
Aller Gehirne Gewalt und Geduld;
Du bist der Arme, Du bist der Reiche,
Du bist der Christ und das Kind und die Schuld;

Du bist die Steine auf allen Wegen,
Die gedrückt und getreten sind;
Du bist die Glut, der erquickende Regen,
Du bist die Flut und der fruchtbare Wind;

Alle Sehnsucht und jedes Weinen,
Jedes sanfte und schimmernde Wort
Bist Du, mein Gott. Wir sind die Deinen;
Du bist in uns das Glück und der Mord.

Schwebend in dem Raum deiner Hände
Streben wir schwer auf dem Grunde zu ruhn.
Das Unbegreifliche unserer Sende
Läßt uns Werk und Gebete tun.

Gib uns zu wandern, gib uns zu weilen,
Gib uns den Ernst und den Willen zum Sein,
Gib uns den Sinn und die Freude am Teilen,
Demut und Sünde und Reue und Wein.

Blend uns noch nicht mit der herrlichen Helle,
Die uns Dein Mantel noch strenge verhüllt.
Sei Du der Apfel, sei Du die Quelle,
Sei unser Wunsch und sei, der ihn stillt.

HILTGART VIELHABER · DANTE

MAN rüstet in allen Kulturländern zu Gedenkfeiern für Dante Alighieri, und es ist fast providentiell, daß der 600. Todestag dieses Dichters gerade in diese Zeiten fällt. Denn die tiefe Genugtuung über einen gemeinsamen Besitz von unabwägbarer Größe muß unwillkürlich die ehrlich Gesonnenen aller Kulturnationen im gemeinsamen Menschentum einander nähern. Ja noch mehr. Wer den Grundgedanken der Göttlichen Komödie begriffen hat ⟨und es fehlt bei vielen wirklich nur an dem Grundgedanken⟩, der wird auch allem Geschehen unserer Tage, allem Parteienhader und Völkerhaß gegenüber eine andere Einstellung gewinnen. Alle großen Dichter, die die Weltgeschichte kennt, sind neben dem unabweisbaren Zwang zur Kunst von einem starken ethischen Bedürfnis getrieben worden. Selbst Dichtungen, die man heute kaum mehr einem einzelnen Autor zuspricht, haben ihre immanente Moral, wie die Bhagavadgita oder das Nibelungenlied. Aber Dante ist bewußter und will Größeres. Er will nicht nur seiner Zeit einen Spiegel vorhalten. Das will er auch; doch aus einer höhern Einstellung. Er sammelt alles, was ihm von wesenhaften Persönlichkeiten und ihrem Tun aus Zeit und Vergangenheit bekannt geworden ist, unter dem einen Gesichtspunkt: ob sie vor Gott bestehen können, oder ob sie eine göttliche Gerechtigkeit verdammen würde. Um hier die richtige Wertung zu finden, muß Dante selbst alle Sünde in ihrer eigenen Art und Gottesfeindschaft begreifen lernen. So arbeitet er sich im Racheschlund der Hölle von Stufe zu Stufe, von Schuld zu Schuld bis zum Prinzip des Bösen, Satan selbst, hinab. Dann steigt er den Läuterungsberg empor, vorbei an den Geistern, die von Sühne zu Sühne die irdischen Fesseln von sich streifen. Bis zuletzt die alles tilgende Flamme ihm die Reinheit der Seele wiedergibt und ihn aus aller erdenhaften Begrenztheit zum Schauen der überzeitlichen, ewigen Gottheit entrückt.

Der Weg, den Dante nahm, war gegeben. Schon ein Jahrhundert vor ihm wird in Legenden und Überlieferungen von Höllenfahrten berichtet. Erinnerungen aus der Antike, Odysseus' Wanderung durch den Hades, Vergil und andere mehr wirkten hier noch nach. Auch in der bildenden Kunst, an der Kathedrale zu Chartres, an den Domtüren in Basel und Augsburg und an manchen anderen Stellen finden wir Darstellungen, die zeitlich früher als Dante uns heute unter dem Einfluß der Göttlichen Komödie entstanden scheinen. Auch Grund und Zweck dieser Reliefs sind sicher ethisch gewesen. Was gerade diesen Dichter von allen Vorläufern unterscheidet, ist sein bewußtes Bilden, ist seine einzigartige, seine unvergleichliche Kunst. Was als einzelnes Traumbild, als einzelne Wirkung vorhanden war, greift

er auf, formt es um zu einem Teil, den er an seiner rechten Stelle in sein gewaltiges Epos einfügt, so daß es darin liegt wie in seiner natürlichen Umgebung. Was aus der naiven Empfindung des Volkes entstanden ist, auf die Einbildungskraft des Volkes wieder mächtig wirken sollte, beseelte Dante mit seiner Interpretation, er durchdrang es mit seiner Verzweiflung am Bösen und seinem sehnsuchtsflammenden Willen zu Gott. Dabei war er kein puritanischer Sittenrichter. Jene große Epoche der Umwandlung auf geistigem, auf sozialem und politischem Gebiet hat ihren vollen Niederschlag in seiner Dichtung gefunden. Das ritterliche Ideal, der Minnedienst, der allgemach verlosch, die Inbrunst christlichen Opfersinns, wie ihn als schönste Blüte Franz von Assisi darstellt, der Hang zur Synthese, den Thomas von Aquino in seinem scholastischen System zusammenfaßte, ja selbst die aufdämmernde Erkenntnis der Begriffswelt der Antike: alles dieses finden wir in lebendigem Zusammenklang in Dantes Riesenwerk vereint; und alles gebändigt durch die eherne Form seiner Terzinen.

Was hatte Dante zu diesem Weg geführt? Die erste Anregung gab die Liebe zu Beatrice. Als die Geliebte gestorben war, als sein Jugendwerk Das neue Leben am Schluß den reifenden Mann doch unbefriedigt ließ, weil es die tiefste Bedeutung dieser Liebe nicht voll ausschöpfte, da drängte es ihn unabweisbar seine Beziehungen zu Beatrice in das Licht der Ewigkeit zu rücken. Später traten die Erfahrungen seines vielbewegten Lebens hinzu: der Aufstieg zu bürgerlichem Ansehen und Ehren, der Sturz und die Verbannung. In der Folge dann die bittere Erkenntnis menschlicher Kleinheit und Niedertracht. Ihm, dem Geistiggerichteten, wurde alles Handeln und Geschehen zum Symbol. Sein Sinn, der sich an der scholastischen Kategorieenlehre des großen Aquinaten gebildet hatte, ordnete alles Erlebte: Eigenes, Gehörtes und Gelesenes, als gleichwertige Beispiele in sein Weltbild ein. Dann, seitdem er aus seiner Heimat verstoßen und »vom Winde, der die schmerzensvolle Armut vor sich her weht, zu manchem Hafen, manchem Herde, manchem Strand verschlagen ward«, war seine Welt immer ausschließlicher in die Idee hineingerückt. Der Mangel an Rechtssinn und Barmherzigkeit bei seinen Mitbürgern hatte seinen Blick für die Leiden, für die Fehler aller Menschen geschärft. Die Sünde lastete für ihn als der Fluch über der ganzen Erde. Sie war zur ungeheuren Macht an sich geworden. Der Kampf gegen diese Macht wurde die Aufgabe seines Lebens. Er focht nicht mit den Waffen fanatischer Priester, auch nicht, wenigstens nicht ausschließlich, mit den logischen Argumenten der Wissenschaft seiner Zeit. Dantes Waffe war seine Dichtkunst. Und wo die Visionen der Mönche und des Volkes nur Abscheu erregende Qualen geschildert hatten, da erschütterte Dante durch die grauenvolle Pracht seiner Bilder ebenso wie durch die Großartigkeit seines mitempfindenden Menschentums. Denn selbst dem Verdammten spricht er nicht die Würde ab (wie Farinata), und er geht ehrfürchtig geneigten Hauptes neben dem einstigen Lehrer, Brunetto Latini, her; er wäscht den schuldlos verdächtigten Pier della Vigna noch vor der Nachwelt rein; selbst in dem untersten Kreis der Hölle reizt uns sein Ugolino zu tiefstem Mitempfinden auf.

Doch da Dantes Kampf gegen die Sünde zum Sieg führen soll, muß er die Überwindung der Sünde im Purgatorium schildern. Die hoffnungslose Qual weicht dem mühevollen Aufstieg dessen, der den Willen zur Erlösung hat.

Schließlich naht des schweren Weges Preis. Einst hatte die Liebe zu Beatrice das neue Leben, das Göttliche, in ihm geweckt. Dadurch hat sie ihn auch später aus dem Irrgarten der Sünde befreien können. Jetzt führt sie ihn zum Ruhepunkt ihrer Verklärtheit in die Gegenwart Gottes ein. Da eilt sein Blick über die Geliebte fort zum Urquell der Liebe selbst. Ihn strebt er schließlich zu begreifen, und blitzartig enthüllt sich ihm das tiefste, ewige Geheimnis aller Mystik: Im Mittelpunkt der Gottheit schaut er des Menschen Bild. Nur wer die Entstehungszeit der Göttlichen Komödie kennt, nur wer der Wanderung des Dichters aus der Verzweiflung der Verdammten zum Strahlenquell des ewigen Lichts folgt, der kann vielleicht eine Ahnung bekommen, was dieser Aufschwung für Dante selbst bedeutet hat.

Er bedeutete das Opfer aller Vorurteile, aller Selbstverzärtelung, aller Parteilichkeit. Er war das Hineinleben in eine Betrachtungsweise, die wir heute kaum mehr werten können, weil wir verlernt haben alles Geschehen in der Zeit von einer Höhe, die über aller Zeit ist, zu betrachten. Dante hatte seiner Liebe ein ewiges Denkmal setzen wollen. Zu diesem Zweck mußte er selbst in Beziehung zur Ewigkeit gelangen. Er mußte das Göttliche in sich heimisch machen. Nur weil Dante diesen unbeirrbaren Willen zur Erkenntnis, weil er den Mut zur Ewigkeit hatte, durfte er mit solcher Kühnheit über Schuld und Fehl seiner Mitmenschen urteilen.

Sein Gedenktag sollte ein Weckruf werden, der über die ganze Erde schallte. Ein Ruf an alle, die guten Willens sind. Daß sie alle ergriffen würden von dem unabweisbaren Drang zur Gerechtigkeit gegen jeden Mitmenschen. Damit sie, wie einst Dante, der Idee des Ewigen eine neue Wohnstätte auf Erden bauen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Nationale Bewegung / Ernst Hamburger

Polen

Der Warschauer Narod bezeichnete jüngst bestimmte Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, darunter den Verfasser dieser Rundschau, als die schlimmsten Feinde Polens. Das Blatt irrt. Die Sozialistischen Monatshefte stellten lediglich fest, daß die Politik der polnischen Nation in den letzten 2½ Jahren weder der Vorbereitung einer wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit des Kontinents noch einem vernünftigen Zusammenwirken der Nationalitäten im eigenen Staat gedient sondern im Innern einem gewalttätigen Nationalismus, nach außen einem zügellosen, weil ökonomisch unbegründeten Imperialismus gehuldigt hat. Das ist eine Tatsache, deren Erkenntnis man sich auch in Polen selbst kaum mehr verschließt, und die der Außenminister Skirmunt am wenigsten verkennen wird. Bisher widersprach die polnische Politik allen Forderungen, die an dieser Stelle vertreten werden; gegen sie richtete sich daher unser Kampf, nicht gegen Polen selbst, das für den Wiederaufbau Osteuropas, in enger Anlehnung an ein wiederaufblühendes Rußland, eine wichtige Rolle spielen könnte.

Bei aller Reserve gegenüber der gegenwärtigen Haltung Polens sollte freilich nicht vergessen werden, in wie hohem Grad die Notlage des Landes, die es zum Teil veranlaßt, daß dort eine Politik der Verzweiflung statt des Aufbaus getrieben wird, durch die deutsche Okkupation verschuldet ist, die das Land bis aufs letzte aussog und seine wirtschaftlichen Hilfsmittel schonungslos in den Dienst des Kriegs stellte. Eine der schlimmsten Kriegsplagen, die Flecktyphusepidemie, forderte im Jahr 1919 13 000 Opfer bei 160 000 Erkrankten in Kongreßpolen, 30 000 bei 300 000 Kranken in Galizien. Aber man ginge doch zu weit, wollte man die finanzielle Zerrüttung und den wirtschaftlichen Nie-

dergang Polens allein auf die Kriegsfolgen zurückführen. In weiten Kreisen des Landes ist man sich heute darüber klar, daß man den wirtschaftlichen Wiederaufbau sträflich vernachlässigt, eine erhöhte Ausbeute der Bodenschätze des Landes kaum versucht hat. Die Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Niedergangs, der Zusammenbruch der polnischen Mark, vollzog sich in Form einer Katastrophe, wie sie nur noch den russischen Rubel erfaßte. Im Februar 1920 zahlte man für 1 polnische Mark noch 64 deutsche Pfennig, im August 21, im Dezember 10 und im Juli 1921 4 Pfennig. Der Voranschlag für den Staatshaushalt weist Ausgaben in Höhe von 209 Milliarden Mark auf, davon 61 Milliarden allein für das Kriegsministerium; die Einnahmen werden auf 135 Milliarden Mark veranschlagt; so daß das Defizit 74 Milliarden beträgt. Ebenso unfähig wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erwies sich Polen bisher in der Staatspolitik. Im Innern fand noch suchte es einen Ausgleich mit den Minoritäten; nach außen ging es expansiv vor, so daß es in Oberschlesien, in Wilna, in Weißrußland und in Ostgalizien Brandherde schuf, daß es sich um dieser Gebiete willen mit Deutschland, Rußland und Litauen tief verfeindete, sich Lettland entfremdete, und um Teschens willen zeitweise in gespanntem Verhältnis auch mit Tschechien lebte, mit dem es sich jetzt erst verständigt hat.

Ein etwas erfreulicheres Bild bietet lediglich die Schöpfung der neuen Verfassung. Sie beruht auf demokratischen Grundsätzen. Polen ist eine Republik, die oberste Gewalt liegt beim Volk. Die beiden Kammern sind der Sejm und der Senat. Die Wahlen zum Sejm finden nach allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht im Proportionalwahlverfahren statt. Gesetzesbeschlüsse dieses Reichstags können vom Senat, zu dem das aktive Wahlrecht den Polen vom 30., das passive vom 40. Lebensjahr an zusteht, innerhalb einer bestimmten Frist verworfen werden. Geschieht das nicht, so hat der Staatspräsident die Verkündung des Gesetzes anzuordnen. Alle Vorrechte des Standes und der Geburt, Titel und Wappen sind abgeschafft. Eine in 2. Lesung beschlossene Beschränkung, daß der von Reichstag und Senat in gemeinsamer Sitzung zu wählende Staatspräsident Pole und Katholik sein müsse, wurde bei der 3. Lesung wieder verworfen. Dagegen ist ein Satz stehen geblieben, wonach das katholische Bekenntnis, als die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes, im Staat die führende Stellung unter den gleichberechtigten Bekenntnissen einnimmt: eine sehr weitgefaßte Formel, auf deren jeweilige Auslegung alles ankommen wird.

Weißrußland

Durch den Frieden von Riga hat Polen 140 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 4 Millionen zu seinen 250 000 Quadratkilometern mit 24 Millionen Menschen hinzuerworben. Unter den neuen Bewohnern aber sind die Polen in der Minderheit; je 1 Million Weißrussen und Ukrainer, eine halbe Million Juden befindet sich unter ihnen. Die Hoffnung der Polen den ihnen übergebenen Teil Weißrußlands schnell zu polonisieren hat bisher getrogen. Gewiß ist die dort wohnende Bevölkerung politisch und kulturell nicht allzu hoch entwickelt. Doch gerade die starken Polonisierungsbestrebungen, die zunächst von der geringen Minderheit des wirtschaftlich sehr einflußreichen polnischen Großgrundbesitzes ausgingen, haben lebhafte Gegenströmungen hervorgerufen, deren Entwickelung durch bolschewistische Agitation gefördert worden ist: eine Form des Kampfes Rußlands um seine westlichen Gebiete, auf die es unter keiner Regierung verzichten wird; daher Polen von Frankreich eindringlich, leider vergeblich, nahegelegt wurde auf deren Angliederung zu verzichten. Die polenfeindliche Organisationsbildung in Weißrußland ist inzwischen mit um so schnelleren Schritten vorwärts gegangen, als der Staat sich selbst offen zum Hauptträger der Polonisierungsbestrebungen macht. Anfang Juli veröffentlichten die weißrussischen Arbeiter-, Kultur- und Jugendorganisationen eine Denkschrift über die Bedrückungen und Verfemungen der Weißrussen durch die polnischen Verwaltungsbehörden, deren Terminologie ganz deutlich auf die bolschewistischen Einflüsse hinweist, und die als politisches Ziel den Anschluß an Rußland auch unter sozialen Gesichtspunkten verkündet. Sie ist interessant, weil sie die Stärke der nationalen Bewegung in Weißrußland erkennen läßt, auf die sich in erster Linie zu stützen die bolschewistische Propaganda für nötig hält. »Die Methoden der polnischen Politik«, heißt es in ihr unter anderm, »sind unerhört grausam und erinnern an die Methoden der Tataren im Mittelalter und an die der Jesuiten. Die polnischen Herren machen die weißrussi-

schen Bauern zu ihren Knechten, polonisieren Weißrußland und unterdrücken im Keim die weißrussische Kultur des arbeitenden Bauern und Arbeiters. Weißrussische Genosssenschaften werden geschlossen, die Instrukteure der Genossenschaften verhaftet, und keine Genehmigung zur Gründung von gegenseitigen Hilfsvereinen erteilt. Ebenso werden die weißrussischen Schulen geschlossen und den weißrussischen Lehrern unter Drohungen mit Arrest verboten weißrussisch zu unterrichten. Bauern, die die Einführung des weißrussischen Sprachunterrichts verlangen, werden mißhandelt und ins Gefängnis geworfen. Aus den weißrussischen Kinderheimen werden die weißrussischen Erzieher verdrängt und durch Polen ersetzt. Jugendorganisationen dürfen nicht gegründet werden, weißrussische Schauspiele sind untersagt, und das Erscheinen weißrussischer Zeitschriften verboten. Ein Schrei und Wehklagen ertönt in der ganzen weißrussischen Provinz.«

Ostgalizien

Unberechtigt und, historisch betrachtet, ohne Aussicht auf dauerhafte Erfüllung sind die Ansprüche, die Polen auf Ostgalizien erhebt. Hier stehen nach der Statistik wenig mehr als 2 Millionen Polen etwas über 3 Millionen Ukrainern gegenüber; dabei sind bei den Polen noch 660 000 Juden mitgezählt, durch deren Einrechnung die Polen, denen die Nationalitätenpolitik des Habsburgerreichs freie Hand zur verwaltungsmäßigen und kulturellen Unterdrückung des Ukrainertums ließ, nach außen hin den Eindruck größerer zahlenmäßiger Stärke zu erwecken bemüht waren. Ostgalizien hat seinen vorwiegend ukrainischen Charakter in all den Jahrhunderten polnischer Herrschaft nicht verloren. Das polnische Element tritt hier auch in den Städten gegenüber dem ukrainischen und jüdischen zurück, während auf dem Land wiederum der Großgrundbesitz in polnischen Händen, das Kleinbauerntum und die Arbeiterschaft rein ukrainisch ist.

Beim Zusammenbruch Österreich-Ungarns hat sich Ostgalizien als westukrainische Volksrepublik konstituiert und wenige Monate darauf mit der ukrainischen Volksrepublik auf bundesstaatlicher Grundlage vereinigt. Polens Bemühungen sich das Land, das es auf Grund seiner frühern Zugehörigkeit zum polnischen Staat beansprucht, mit Gewalt einzuverleiben führten nach wiederholten wechselvollen Kämpfen und erfolglosen Verhandlungen zur Besetzung Ostgaliziens durch die polnische Armee. Die durch die Besetzung geschaffene Tatsache erkannte der Oberste Rat zunächst an, indem er am 25. Juni 1919 beschloß das Land vorläufig unter polnischer Verwaltung zu lassen, ihm jedoch auf Grund eines zwischen den Ententemächten und Polen zu schließenden Vertrags für diese Zeit Autonomie und später die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts über sein weiteres Schicksal zu garantieren. Ein solcher Vertrag wurde vom Obersten Rat der polnischen Regierung im November 1920 vorgelegt, jedoch von dieser nicht unterzeichnet, da sie vorbehaltlose und dauernde Annexion Ostgaliziens verlangte. Selbst das weitgehende Entgegenkommen des Obersten Rats, der bereit war in dem Vertrag Polen eine 25jährige Verwaltung des Landes zuzugestehen und dann, unter Umgehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den Völkerbund über das weitere Schicksal des Landes entscheiden zu lassen, vermochte Polen von seinem Standpunkt nicht abzubringen. Infolgedessen befindet sich Ostgalizien heute nach wie vor unter militärischer Okkupation Polens. Der Oberste Rat hat sich weder bemüht das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung zu wahren noch eine Entscheidung herbeizuführen. Lloyd George mußte das in Beantwortung einer Anfrage Lord Robert Cecils über die ostgalizische Frage zugeben; ebenso bezeichnete er es als zutreffend, daß Polen die Gelegenheit in Ostgalizien seine Macht auszuüben benutze, um dort polnische Kolonieen zu bilden und so die Polonisierung des Landes zu betreiben: ein Versuch, dem freilich unter keinen Umständen ein Erfolg beschieden sein wird.

Baltikum

Auf dem Randstaatenkongreß, der am 21. und 22. Juli in Reval stattfand, haben Litauen, Lettland und Estland den Versuch unternommen eine gemeinsame Regelung wirtschaftlicher Fragen herbeizuführen. Vom 25. bis zum 28. Juli hat dann eine weitere Wirtschaftskonferenz in Helsingfors getagt, an der auch Finnland teilnahm. Verhandlungen der Außenminister über einen militärischen und politischen Zusammenschluß sind gleichfalls geführt worden. Die Zollgrenze zwischen Lettland und Estland wurde niedergelegt und der künftige Freihandel zwischen diesen beiden Staaten und

Litauen beschlossen. Mit dieser sich anbahnenden Union ist eine Revision der von Bethmann Hollweg begonnenen, von England aufgenommenen Randstaatenpolitik eingeleitet, und die notwendige Zusammenfassung der Kleinstaaten Osteuropas zu lebensfähigen und wirtschaftskräftigen Gebilden vorbereitet worden (siehe auch die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band, Seite 717 f.). Neben der positiven wirtschaftlichen Seite des Zusammenschlusses erscheint die politische Seite der Angelegenheit heute noch vornehmlich negativ; die Annäherung ist vorwiegend als ein Produkt der Furcht zu erklären, bei Litauen hauptsächlich vor Polen, mit dem die Differenzen um den Besitz von Wilna tiefgehen, bei Estland und Lettland in erster Linie vor dem russischen Bolschewismus. Die innenpolitischen Wandlungen in Polen und Rußland, deren Nahen sich in diesem Jahr um vieles greifbarer abzeichnet als bisher, werden diese Momente ausschalten, dem Willen zum Zusammenschluß der westlichen Teile des ehemaligen Rußlands mit dem Kernland und unter einander neuen Antrieb geben und ihn dadurch erst zur wirtschaftlichen und politischen Auswirkung im Sinn der europäischen Aufbauarbeit kommen lassen. Die Voraussetzung dazu ist die Absage an den lediglich machtpolitisch, nicht wirtschaftlich orientierten imperialistischen Gedanken in der Außenpolitik, dem Rußland wie Polen heute unter verschiedenen Verbrämungen, aber mit gleichen Zielen nachgehen, damit die Anerkennung des demokratischen Rechts als maßgebend auch für die Beziehungen der Nationen unter einander und der Wille zur tatsächlichen Durchführung der Gleichberechtigung der Minderheiten.

Oberschlesien Die Aktualität des oberschlesischen Problems hat eine große Anzahl von Schriften auf deutscher und polnischer Seite hervorgerufen. Den polnischen Standpunkt vertritt eine im Verlag des gesetzgebenden Reichstags der Republik Polen in Warschau gedruckte Rede, die der Abgeordnete Wierzbicki im polnischen Reichstag am 28. Januar 1921 gehalten hat, und die vor allem vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu beweisen sucht, daß Oberschlesien ruiniert sei, wenn es im deutschen Staats- und Wirtschaftsverband verbleibe, daß es nur in Polen eine wirtschaftliche Zukunft habe, und daß seine Zuweisung an Polen auch den europäischen und weltwirtschaftlichen Interessen am besten entspreche. Ihm erwidert Walter Schotte (Die Zukunft der oberschlesischen Wirtschaft, eine Kritik der polnischen Propaganda /Berlin, Stilke/) durch ins einzelne gehende Untersuchungen über das oberschlesische Kohlenproblem, die Erzversorgung, Oberschlesiens Import und Export und den Organisationszusammenhang der oberschlesischen und deutschen Wirtschaft. Schottes Arbeit fußt auf gründlichen wirtschaftlichen Untersuchungen und gutem statistischen Material; ihr Wert wird durch die beigefügten Karten mit der Darstellung des Ergebnisses der Volksabstimmung in Oberschlesien und der industriellen Anlagen erhöht. Eine Ergänzung dazu liefern die Broschüren Der Handel Schlesiens mit Polen und seine Entwickelung auf Grund der natürlichen Gegebenheiten von Bernhard Hilgermann und Oberschlesien und seine Bedeutung, insbesondere für die Stadt Breslau von Rudolf Soba, beide vom Hochschulverlag in Breslau herausgegeben; sie fassen den wirtschaftlichen Zusammenhang Oberschlesiens und Niederschlesiens ins Auge und erbringen eingehende Nachweise für die enge Verbundenheit Oberschlesiens mit dem gesamten Deutschland und die schwache Entwickelung der Beziehungen zwischen Oberschlesien und Polen durch den Handel. Unter vorwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkten faßt das Problem auch der Bergrat J. Westphal Wohin muß Oberschlesien politisch gehören, wenn seine industrielle Produktivität am größten werden soll, und wenn seine Kräfte am vollkommensten ausgenutzt werden sollen? /Gleiwitz, Heimatverlag/. Er führt aus, daß die in Oberschlesien bestehende Industrie bei einer Angliederung an Polen nur dann weiter gedeihen könne, wenn für die Verluste, die es durch die Aufführung einer trennenden Grenze gegen Deutschland erleidet, Ersatz durch die Schaffung einer ausgedehnten Verfeinerungsindustrie gesichert werde; dies könnte nur durch umfangreiche Heranziehung deutscher Arbeitskräfte, also durch weitere Germanisierung geschehen, und würde demnach eine unendliche nationale Komplikation bedeuten. An Wert überragt werden alle diese Veröffentlichungen durch das Werk des Amerikaners Sidney Osborne Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem Berlin, Stilke/, das, aus einer Studienreise des Verfassers und Untersuchungen an Ort und Stelle entstanden, auf Grund man-

nigfacher Kenntnisse in geographischer, historischer und wirtschaftlicher Beziehung, die Zuteilung des ganzen Gebiets an Deutschland verlangt. Die unzulängliche Übersetzung mindert freilich die Wirkung des wertvollen Buchs. Die von Osborne stark in den Vordergrund gerückten wirtschaftsgeographischen Probleme behandelt in einer besondern Studie Oberschlesien, das Land und seine wirtschaftlichen Kräfte in ihrer geographischen Entwickelung Wilhelm Volz in einem Sonderheft des Instituts für Auslandskunde und Auslanddeutschtum in Leipzig-Gohlis. Er deckt interessante weltgeschichtliche Zusammenhänge auf, in die er Schlesien und vor allem Oberschlesien hineinstellt. Die Handelsvormachtstellung Schlesiens im ostwärts gerichteten Kontinentalhandel nennt er die immer neues Leben schaffende Kraftquelle des Deutschtums. Vom kulturellen Standpunkt stellt die größte Bereicherung der Oberschlesienliteratur ein Band Oberschlesien, ein Land deutscher Kultur dar /Gleiwitz, Heimatverlag/. Das mit schönen Abbildungen ausgestattete Werk durchforscht in anziehender Weise alle Gebiete oberschlesischen Kulturlebens, stellt alte oberschlesische Städte vor uns hin, spricht von der Sprachenfrage, dem Katholizismus und der evangelischen Kirche, der Bedeutung der Juden für die Kultur des Landes, behandelt die Goldschmiedekunst, die Malerei der Biedermeierzeit, die Kunstdenkmäler, Neiße als Kunst- und Kulturstätte und bringt reiche historische Beiträge und Aufsätze über die Entwickelung der Industrie. Polnische und deutsche Volkslieder sind zwischen den Text gestreut, Gedichte von Hermann Stehr und Alfred Kerr leiten das Ganze ein und schließen es ab. Die Darstellung der heimatlichen Sonderart Oberschlesiens und ihrer Befruchtung durch den Zusammenhang mit dem Deutschtum ist in dem Buch vorbildlich gelungen. Mehr in die oberschlesische Geschichte hinein führt das Buch Aus Oberschlesiens Vergangenheit /Gleiwitz, Heimatverlag/, in dem verschiedene Schriftsteller Beiträge zur schlesischen Geschichte geben. Nicht über die übliche Propagandaliteratur hinaus ragen die Broschüren Die 3 Fragen des Oberschlesiers /Berlin, Zentralverlag/ und Wem soll Oberschlesien gehören? /Breslau, Vater/. Die letzte ist deshalb interessant, weil ihr Verfasser Gerhard Speil vom kommunistischen Standpunkt aus für ein deutsches Oberschlesien eintritt. I. Monte-Kurpiun Was muß jedermann über Oberschlesien wissen? /Gleiwitz, Heimatverlag/ verzichtet auf gründlichere politische und wirtschaftliche Betrachtungen und bemüht sich nur durch anschauliche Darstellungen von Land und Leuten in populärer Weise Oberschlesiens deutschen Charakter hervortreten zu lassen.

Kurze Chronik Die schwedische Regierung hat den Generalsekretär des Völkerbunds ersucht die Einberufung der internationalen Konferenz zur Erweiterung der, die bisherige Neutralität der Aalandinseln regelnden Konvention von 1856 zu beschleunigen, da die endgültige und unbedingte Garantie dieser Neutralität für Schweden die unerläßliche Voraussetzung zur Anerkennung der Souveränität Finnlands über die Inselgruppe bilde. ◇ Der tschechische Generalkonsul in Australien J. V. Danes hielt im Rahmen der vom Australischen Museum in Sydney veranstalteten Vorträge eine Vorlesung über Tschechiens Physiographie. Der britische Gouverneur von Neusüdwales, Walter Davidson, sprach nach dem Vortrag über die historische und kulturelle Bedeutung Tschechiens. Danes wurde zum Mitglied der Australischen Historischen Gesellschaft gewählt.

Literatur Thekla Lehnert hat in ihrem Buch Was ich vom englischen Leben sah /München, Beck/ manches geschildert, was nicht nur bei den Engländern sondern auch bei den meisten anderen Nationen eine ins Ausland verschlagene oder im Inland tätige Gouvernante erlebt. Sie ist ein überaus empfindsames Wesen, dem das Leben unter meist nicht wohlwollenden Fremden übel mitgespielt hat, dem aber, bei seiner Feinfühligkeit, auch Wohlwollendere keine Befriedigung hätten verschaffen können. Mit manchem unkritischen Urteil ⟨die Verfasserin rät selbst von ihren besonders krassen Erfahrungen etwas abzuziehen⟩ versöhnt eine rührende Unbeholfenheit und Schüchternheit, die ihr das Leben unter Englands praktischer Bevölkerung sehr erschwert hat und in der ganzen Anlage des Buchs zutage tritt. ◇ Genosse Hermann Wendel stellt in seinem Buch Aus und über Südslawien /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ Abhandlungen und Reisebriefe aus den Jahren 1918 und 1919 zusammen, die in deutschen Zeitungen und Zeitschriften erschienen

waren; als Ziel schwebt ihm vor Südslawisches zu zeigen, wie es wirklich ist, und uns ein viel verkanntes und verleumdetes Volk näher zu bringen, das, wenn Deutsch Österreich mit dem Reich verschmolzen ist, zu den unmittelbaren Nachbarn der deutschen Republik gehören wird. Dieser Versuch des guten Kenners Südosteuropas ist gelungen und angesichts der hochmütigen Verständnislosigkeit, mit der vielfach auch heute noch die Balkanvölker betrachtet und beurteilt werden, als ein nicht geringes Verdienst zu werten.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Walther Koch

Kriegskunst Die Beziehungen zwischen Heeres- und Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung sind schon oft in ihrer großen Bedeutung erkannt worden. Wie in Griechenland schon Steuerklassen und Truppenarten zusammenfielen, so beruhte auch im Mittelalter das Lehnssystem auf kriegerischen Notwendigkeiten. Vollends in der Neuzeit war die Ausbildung großer stehender Heere einerseits von wirtschaftlichen Bedürfnissen der kapitalistischen Entwickelung bestimmt, andrerseits wirkte sie wiederum stark auf die Wirtschaftspolitik zurück. So ist es auch vom Standpunkt der ökonomischen Geschichtsauffassung aus notwendig die Entwickelung des Heereswesens in seinem Verhältnis zur Wirtschaft zu verfolgen. Der 4. Teil von Hans Delbrücks Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte /Berlin, Stilke/ behandelt die Entwickelung der Kriegskunst in der Neuzeit in einer so eindringenden Weise, daß hier eine vorzügliche Grundlage für weitere Forschungen in der genannten Richtung gegeben ist. Delbrück selbst gibt nur an einigen Stellen Hinweise darauf, gehört aber immerhin zu den wenigen bedeutenderen zeitgenössischen Historikern, deren Forschungen die Voraussetzungen ökonomischer Geschichtsbetrachtung berücksichtigen, wenn sie auch deren Forderungen noch nicht entfernt erfüllen. Er denkt und sieht in großen Zusammenhängen und Entwickelungsgesetzlichkeiten. Es ist besonders anzuerkennen, daß es hier ein Forscher gewagt hat auf seinem Gebiet einer neuen Betrachtungsweise gegen den Widerstand der maßgebenden Autoritäten: eines Leopold von Ranke und des Generalstabs, zum Sieg zu verhelfen.

Das Grundthema der Kriegsgeschichte ist nach Delbrück die Spannung zwischen den beiden Polen oder Grundkräften, der Tapferkeit und Tüchtigkeit des einzelnen Mannes, und dem Zusammenhalten, der Festigkeit des taktischen Körpers". Die beiden Extreme sind auf der einen Seite der Ritter, der ganz auf die individuelle Leistung eingestellt ist, und das salvenfeuernde Infanteriebataillon Friedrichs des Großen, wo der einzelne in dem Grade als Glied in die Maschine gepreßt ist, daß sogar widerwillige Elemente eingestellt und nutzbar gemacht werden können. Die Entwickelungslinien verlaufen da also sehr ähnlich wie die wirtschaftlichen vom handwerklichen Individualbetrieb zum großindustriellen Kollektivunternehmen. Die individuelle Leistung ist beim mittelalterlichen Handwerker ebenso das Wesentliche, wie es das Kennzeichen der großkapitalistischen Wirtschaftsweise ist, daß der einzelne in dem Grade als Glied in die Maschine gepreßt ist, daß sogar widerwillige Elemente eingestellt und nutzbar gemacht werden können. Es wäre lohnend diesen Vergleichslinien nachzugehen.

Gegenüber dem individuellen Rittertum wirkt schon die zusammengefaßte Kraft der großen geschlossenen Haufen der schweizerischen Krieger überlegen. Maximilian von Burgund, der spätere Kaiser, versuchte die sich neubildende Infanterie, die eigentliche Truppengattung der kapitalistischen Neuzeit, dadurch mit dem Geist des Rittertums zu durchdringen, daß er seine Edelleute bewog in den Haufen der Fußknechte einzutreten. Die Franzosen hingen viel länger an der Reiterei als ihrer eigentlichen Waffe. Man sah früher in der Überlegenheit der Feuerwaffe über die Lanze des Ritters die Ursache der Revolution in der Heeresverfassung zu Beginn der Neuzeit. Delbrück lehnt dagegen die Vorstellung, daß die Feuerwaffe Rittertum und Feudalität überwunden und dadurch das moderne Staatsburgertum mit der sozialen Gleichheit geschaffen habe, ab, wenn er auch namentlich der spätern Entwickelung der Technik der Feuerwaffe einen wesentlichen Anteil an der Entwickelung der Menschheit zuschreibt. Auch in der Wertung der Technik als eines wichtigen Entwickelungsfaktors berührt sich Delbrück mit der ökonomischen Geschichtsauffassung. Die neue Technik der Geschütze wurde in der Anfangszeit von Männern wie Petrarca und Luther als ein Werk des Teu-

fels abgelehnt, wie die ersten Maschinen seitens des Proletariats. Schließlich war die Überlegenheit der geschlossenen Infanterie so evident geworden, daß man sie zur Hauptwaffe machen mußte. Die innere Verfassung dieser neuen Söldnerheere blieb vorderhand die gleiche wie im Mittelalter, genau wie es auch bei den neuen kapitalistischen Unternehmungen bis etwa zum Dreißigjährigen Krieg der Fall war. Der militärische Führer ist zugleich der Organisator, eine Art Unternehmer. Der militärische Unternehmer, der häufig das nötige Kapital für den Sold und den sonstigen Heeresbedarf vorschießt, ist also noch zugleich Betriebsleiter. Dem modernen Proletarier, der seine Arbeitskraft verkauft, entspricht der Söldner, der auf Grund eines freien Vertrags mit dem Kriegsherrn oder dem Condottiere seine Kriegerkraft verkauft. Ebenso wie dem Proletarier des Frühkapitalismus war es den Knechten verboten eine *Gemeinde*, das heißt einen Gewerkverein, zu bilden. Dagegen hielt sich bei der Reiterei noch lange die feudale Sitte, daß nicht der einzelne Mann angeworben wurde, sondern ein Edelmann mit einer größern oder kleinern Gefolgschaft von Knechten. Der korporative Geist des Mittelalters blieb hier ebenso bestehen wie etwa in der Gutsverfassung der feudale Patriarchalismus. Das Offizierkorps hat sich dann die Feudalität bis in die Jetztzeit hinübergerettet. Die Entwickelung von der Reiterei zur Infanterie erkannte Macchiavelli theoretisch als die eigentlich entscheidende Wendung im Heer an, wenn es ihm auch nicht gelang selbst ein brauchbares republikanisches Heer zu schaffen. Mußte er doch stündlich fürchten, daß die bewaffnete Macht der Republik selbst gefährlich werden könnte. Der militärisch notwendigen Forderung, daß der Hauptmann mit seiner Truppe zusammenwachsen und sich bei ihr Achtung verschaffen müsse, konnte nicht entsprochen werden, weil man besorgt war, daß die Republik durch unzuverlässige Offiziere bedroht werden könnte. Es gelang hier also nicht das Problem zu lösen, das Hermann Schützinger in seinem Aufsatz Die deutsche Arbeiterklasse und die Wehrfragen der Zukunft (in den Sozialistischen Monatsheften, 1921 I, Seite 439 ff.) als die Kernfrage für ein demokratisches Heer bezeichnet, nämlich die Demokratisierung des Offizierkorps. Trotz allem Studium des römischen Kriegswesens hatte Macchiavelli nicht das Entscheidende: die römische Disziplin, herausgefunden. Für die Bildung eines wirklichen Volksheers fehlte am Anfang des 16. Jahrhunderts die Verfassungsgrundlage. Wir ergänzen: auch die Wirtschaftsbasis. Auch der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit brachte sie noch nicht. Er brachte etwas anderes. »An die Stelle der wenigen Fußknechte mit blanker Waffe in den mittelalterlichen Heeren sind die gewaltigen Schlachthaufen getreten.« An die Stelle des Ritters mit seinen allzu persönlichen Eigenschaften und der Zufälligkeit des von ihm geführten Kampfs trat die rationell ausgestattete Taktik und Strategie, wie im Wirtschaftsleben Statistik und Rationalismus das Kennzeichen des neuentstehenden kapitalistischen geldwirtschaftlichen Wirtschaftsgeistes sind. Gleich zu Beginn dieser neuen oder erneuerten Kriegswissenschaft bei Macchiavelli finden wir die beiden Pole der Strategie unausgeglichen neben einander: die Ermattungsstrategie, »in der der Feldherr von Moment zu Moment wählt, ob er vermöge einer Schlacht oder eines Manövers zu seinem Zwecke gelangen soll«, und die Niederwerfungsstrategie, »die geradewegs darauf ausgeht die feindliche Streitmacht anzugreifen, zu zerstören und den Besiegten dem Willen des Siegers zu unterwerfen«. Das Problem taucht dann wieder bei Friedrich II. auf. Wie das Charakteristikum der Neuzeit die Schöpfung einer Infanterie, das heißt des Fußvolks in taktischen Körpern ist, so vollzieht sich im Lauf des 16. Jahrhunderts als analoger Vorgang die Umwandlung der Ritterschaft in Kavallerie. »Das Rittertum beruht auf den qualifizierten Einzelkämpfern, die Kavallerie auf den aus Rittern bestehenden taktischen Körpern.« Doch blieb im Gegensatz zur Infanterie bei der Kavallerie der feudale Charakter mehr erhalten. Der Umwandlung zur Kavallerie leisteten zum Beispiel aber die französischen Ritter noch während der Hugenottenkriege Widerstand, da sie zu stolz waren sich in Eskadrons aufstellen, andere über sich stehen zu lassen. Als Napoléon 1798 Ägypten erobern wollte, traf seine Kavallerie noch einmal mit einem Heer von Rittern, den Mamelucken, zusammen. In der Herausbildung des modernen Heers waren das Exerzieren und die Disziplin von entscheidender Bedeutung, beides von Moritz von Oranien gepflegt. Diese niederländischen Heere waren schon auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut; sie erhielten pünktlich

ihren Geldsold. Die Schweden bildeten unter Gustav Adolf zuerst eine nationale Armee. In England konnte sich lange kein eigentliches Heer herausbilden, weil das Parlament fürchtete, es könnte den königlichen Despotismus noch mehr befestigen. Erst Cromwell ersetzte die lockeren Aufgebote von Bürgerwehren und Freiwilligen durch eine qualifizierte Armee mit fester Disziplin, die die Religion zur Grundlage hatte. Zuerst gab es in dem republikanischen Heer, im Jahr 1647, sogenannte Agitatoren, das heißt eine Art von Soldatenrat, die aber nach Erfüllung des Willens der Armee, der Hinrichtung des Königs, wieder verschwinden.

Die Entwickelung führt allem Widerstand der Stände zum Trotz zu stehenden Heeren, diesen Machtinstrumenten in der Hand des absoluten Königtums. Das alte Vasallentum des Mittelalters wandelt sich in das adlige Offizierkorps um. Daneben bildet sich entsprechend der allgemeinen gesellschaftlichen Entwickelung ein Militärbeamtentum, das schließlich die ganze innere wirtschaftliche Verwaltung des Staats durchdrang, weil auf ihm die Sorge für die finanzielle Erhaltung des Heeres lag. Wie sich die kapitalistische Wirtschaft mehr und mehr von der Familie des Unternehmers loslöst und Selbstzweck wird, so wird der Staat nebst dem ihm dienenden Heer versachlicht, vom Volk losgelöst. »Hugo Grotius stellte den Grundsatz auf, daß der Krieg allein Sache der Soldaten sei und die Bürger nichts angehe.« Nach dem Abschluß des Dreißigjährigen Krieges bilden sich die stehenden Friedensarmeen, besonders typisch in Frankreich und Preußen, wie es von Delbrück eingehend vergleichend dargestellt wird. Erst die auf Grundlage der modernen Geldwirtschaft und der Vermehrung des Edelmetalls geschaffene Steuerverwaltung ermöglichte die Existenz großer Heere, wie umgekehrt der Zusammenbruch der antiken Geldwirtschaft und der Rücksturz Europas in die Naturalwirtschaft zur Auflösung der römischen Legionen beigetragen hatte. In Frankreich hatten die Intendanten die finanzielle Grundlage zu schaffen; die Ernennung der Offiziere wurde den höheren Truppenführern allmählich entzogen und in die Hand des absoluten Herrschers gelegt. Das Offizierkorps rekrutierte sich sehr exklusiv aus dem Adel und war streng von den Mannschaften getrennt, entsprechend dem sich immer schärfer herausbildenden Gegensatz zwischen Kapitalisten und handarbeitenden Schichten. Der Offiziersstand ist auch innerlich eine Fortbildung des Rittertums; bürgerliche Offiziere, in Frankreich roturiers genannt, gelangten nicht in die höheren Kommandostellen. Aus der alten Sitte den ganzen Heerbann des Rittertums aufzubieten entwickelte sich die Zahlung einer Loskaufssumme, einer Steuer. In Brandenburg-Preußen war die Scheidung zwischen Mannschaft und Offizierkorps noch schärfer als in Frankreich, was zur Herausbildung eines besondern preußischen Militarismus geführt hat. Hier fehlte vor allem die französische Zwischenstufe der officiers de fortune zwischen Unteroffizieren und Offizieren. Auch die Disziplin war hier härter. Vergebens suchte nach dem Siebenjährigen Krieg der französische Kriegsminister Saint-Germain die preußische Disziplin und damit die Prügelstrafe in Frankreich einzuführen. Das Selbstbewußtsein der Franzosen wehrte sich dagegen. Delbrück tritt der Legende entgegen, als habe der Große Kurfürst bewußt von Anfang an ein stehendes Heer schaffen wollen. Erst im Lauf der Zeit, nach 1660, nach dem Frieden von Oliva, wurde der miles perpetuus nach schwedischem Muster durchgesetzt. Aus der Intendantur der Armee wurde das Generaldirektorium, die Mutter der preußischen Zentralverwaltung. Ein scharfes Werbesystem begann, das schließlich zu einer Zwangseinstellung von Untertanen ins Heer und einer vorhergehenden *Enrollierung* führte. Man hat darin fälschlicherweise oft die Verkündigung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht gesehen. Es war nur der Grundsatz der schrankenlosen Gewalt des Königs über seine Untertanen. Es wurden, im Gegenteil, alle gewerblich produktiven sowie einige intellektuelle Schichten vom Heeresdienst grundsätzlich *eximiert*, das heißt befreit. Alle Mittel der Disziplin wurden systematisch eingeführt, um den Willen des Vorgesetzten bedingungslos zur Anerkennung zu bringen: Gleichtritt, Gewehrgriffe, Parademarsch, Wachdienst, Grüßen. Nirgends kam diese Entwickelung so scharf zur Ausprägung wie in Preußen.

Mit der wachsenden Größe des Heers und den daraus entspringenden Verpflegungsproblemen zieht in den Kriegen Ludwigs XIV. auch für die Strategie ein neues Zeitalter herauf. Die Entwickelung geht nicht etwa so, daß man aus einem Zeitalter vorwiegender Manöver allmah-

lich zu einer Strategie vorwiegender Schlachtentscheidung fortschreitet, sondern Theorie und Praxis nähern sich »bald mehr dem einen Pol bald dem andern«. Delbrück widerspricht vor allen Dingen der bei uns herrschenden Ansicht, als ob »Friedrich der Große überhaupt nicht der doppelpoligen Strategie zuzuteilen, sondern sozusagen als der Entdecker und Schöpfer der Niederwerfungsstrategie anzusehen sei, die nachher von Napoléon auf die Höhe geführt worden ist«. Die Strategie ist nach Delbrück von der Renaissance bis zur französischen Revolution in ihren Grundzügen gleich geblieben. Dagegen führte der Sieg der französischen Revolution eine neue Epoche in der Geschichte der Kriegskunst herbei. Nicht nur der Charakter der Armee sondern auch die Taktik und schließlich die Strategie wurden von Grund auf verändert. Die alte französische Armee löste sich so gut wie ganz auf. Die Disziplin war verloren gegangen. Der Geist der Humanität war auch in das Offizierkorps eingedrungen. ⟨Ob Delbrück recht hat, wenn er diese beiden Erscheinungen mit einander verbindet, ist immerhin sehr fraglich.⟩ Die Mehrzahl der Offiziere, die sich mit den neuen Zuständen nicht befreunden konnte, verließ die Armee und das Land. Carnot baute dann wieder 1793 ein brauchbares neues Offizierkorps auf. In das selbe Jahr fällt auch die levée en masse, die prinzipielle allgemeine Wehrpflicht. »Die neueren republikanischen Heere sind nicht mehr Söldnerheere im Dienste eines Herrn, sondern sie sind erfüllt von einer eigenen Idee, von einer neuen Weltanschauung, von Freiheit und Gleichheit, von der Verteidigung des Vaterlandes.« Dieser demokratische Charakter des Heeres wird durch Napoléon vollendet. Die Unterscheidung zwischen Offizierkorps und Mannschaft war nur noch auf den verschiedenen Grad der Eignung und Bildung aufgebaut. Zwar sind viele der Marschälle Napoléons schon vor der Revolution Berufssoldaten gewesen, wie er selber. Aber es ist doch sehr bemerkenswert, daß, wie Carl Bleibtreu in seinem Aufsatz Von der Zusammensetzung des Offizierkorps (in den Sozialistischen Monatsheften 1905 II, Seite 891 ff.) ausführt, manche der Besten aus den sogenannten untersten Schichten des Volks stammten. Delbrück sagt zwar: »Das ist nun freilich nicht so zu verstehen [nämlich, daß jeder Soldat den Marschallstab im Tornister trug], als ob die großen Marschälle Napléons aus der Tiefe des Volkes emporgestiegen wären.« Doch bringt auch er eine sehr interessante Liste der Generale der Republik und Marschälle Napoléons, aus der zu ersehen ist, daß 14 schon Offiziere in der alten Armee, 4 officiers de fortune waren; 6 hätten Aussicht auf diese Karriere gehabt, und 5 wären in der alten Armee Gemeine geblieben oder höchstens Unteroffiziere geworden. Wie in der Heeresverfassung, so machte sich Napoléon auch in der Strategie von den alten Fesseln frei und wandte die Niederwerfungsstrategie als vollendeter Meister an. Delbrück vergleicht diese innere objektive Notwendigkeit der Feldzugspläne Napoléons, diese der Natur der Dinge entsprechende schöpferische Tat des strategischen Genius, mit der geradlinigen klassischen Einfachheit des Empirestils. Doch war Napoléon noch viel mehr Staatsmann als Soldat, wie Delbrück treffend an der Hand einiger Beispiele nachweist. »So verwegen er das Schicksal immer wieder herausfordert, so stürmt er doch keineswegs ins Grenzenlose sondern weiß, wo er Halt machen muß, fällt aus der Offensive in die Defensive, läßt es darauf ankommen, ob der Feind seinerseits ihn angreifen wird, und sucht zugleich seinen Sieg durch Politik zu ergänzen. Wie Scharnhorst dann den französischen Organisationsgedanken auf Preußen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht übertrug, so nahm Gneisenau Napoléons Strategie ganz in sich auf.« Der Theoretiker, der das strategische Handeln Napoléons begrifflich zu fassen wußte, war Clausewitz, ein Jünger Scharnhorsts, der Freund Gneisenaus. Seine Theorie der Kriegskunst ist ebenso vom Geist Kants und vor allem Hegels durchdrungen wie etwa Marx' Kapital von Hegels Dialektik. In Clausewitz und Marx kündigt sich bereits das Zeitalter der großen Organisation an, das militärisch zur Ausgestaltung des Verkehrs, des Telegraphen usw. führt. In dieser modernen Kriegskunst verschmelzen Wirtschaft und Heer noch viel mehr mit einander.

Unterricht Unter dem Titel Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts ließ der Bund entschiedener Schulreformer eine Schrift Siegfried Kaweraus erscheinen, als das 1. Heft einer Sammlung Die Praxis der entschiedenen Schulreform /Berlin, Verlag Neues Vaterland/. Trotz manchen Anregungen im einzelnen enttäuscht die Schrift als Ganzes, sie gibt nicht

die soziologische Struktur und Methodik des Geschichtsunterrichts, deren wir so dringend bedürften. Die Schrift beschäftigt sich genau genommen mehr mit der soziologischen Auswertung der Literaturgeschichte. Leider bleibt auch diese soziologische Auswertung häufig noch im allgemein Kulturgeschichtlichen stecken. Die so gewonnenen Kulturbilder unterscheiden sich recht wenig von der alten Methode, abgesehen von der Hinzufügung einiger moderner Schlagwörter. Erfreulicherweise lehnt auch Kawerau eine pazifistische Heldenverehrung ebenso ab wie die alte militaristische. Schade, daß Kawerau mit dem Gedanken den Arbeitsprozeß in den Mittelpunkt des soziologischen Geschichtsunterrichts zu stellen, wie es Alexander Rüstow in seinem Referat auf der Herbsttagung entschiedener Schulreformer 1920 gefordert hat, nicht Ernst gemacht hat.

Von einem ganz einseitig pazifistischen Standpunkt geht Hermann Schulte-Vaerting aus, dessen Buch über die Friedenspolitik des Perikles in dieser Rundschau (1920 II, Seite 702 ff.) schon kritisch besprochen worden ist, in einem Aufsatz Neue Geschichtswissenschaft, in der Neuen Erziehung vom 6. Oktober 1920, an das Problem heran. Er hat sich ganz und gar auf seine Friedenshelden versteift und verwirft unter diesem Gesichtspunkt Marx, da er noch in der Anerkennung der Kriegshelden (Alexander, Caesar, Napoléon) befangen sei und den Einfluß friedlicher Staatsmänner leugne. Der Marxismus könne sich in der Geschichte nicht bewähren, »denn wir brauchen Helden in der Geschichte«. Natürlich nur die pazifistischen Helden Schulte-Vaertings. Durch einen neuen, pazifistischen Geschichtsunterricht solle Deutschland mit einem Ruhm wie nie zuvor umkleidet werden. Solcher pazifistischer Nationalismus zeigt, zu welchen Schiefheiten ein bürgerlicher Pazifismus kommt, der von einer rationalistischen Ethik aus die Geschichte zu meistern versucht.

Die Bekämpfung des Chauvinismus und die Förderung internationalen Sinns durch geschichtliches Verständnis fremder Völker betrachtet hingegen Arthur Rosenberg als Hauptaufgabe des Geschichtsunterrichts (Zur Reform des Geschichtsunterrichts, in der Neuen Erziehung vom 6. Oktober 1920). Heftig wendet er sich auch gegen die neuerdings sehr beliebte unpolitische Erziehung, wie sie sich oft unter dem Deckmantel des kulturgeschichtlichen, stark literaturgeschichtlich gefärbten Unterrichts verbirgt. »Ein unpolitisch denkendes Proletariat wäre das willkommenste Geschenk, das die neue Schule der Reaktion machen könnte.« So verweist Rosenberg Literatur, Kunst und Wissenschaft, die bei der kulturgeschichtlichen Richtung den Geschichtsunterricht zu beherrschen pflegen, in den Deutschunterricht und sieht die Schulung des Verständnisses für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwickelung als eigentliches Arbeitsgebiet des Geschichtsunterrichts an. Hier müßte die ökonomische Geschichtsauffassung neue Unterrichtsmöglichkeiten schaffen.

Neuausgaben

Die schöne, jetzt zu wenig gekannte Schrift Wilhelm von Humboldts Über die Aufgaben des Geschichtsschreibers ist als 269. Bändchen der Inselbücherei neu herausgegeben worden. Es handelt sich um die Rede, die Humboldt am 12. April 1821 in der Preußischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat, also im selben Jahr, in dem Hegel zum erstenmal an der Berliner Universität Vorlesungen über Philosophie der Geschichte hielt. Ausgangspunkt der Untersuchung war ihm Schillers Wort »Und doch muß der Geschichtsschreiber ganz wie der Dichter verfahren: wenn er den Stoff in sich aufgenommen hat, muß er ihn wieder ganz neu aus sich schaffen«. Es war für Humboldt der Versuch einer Durchdringung des historischen Stoffs mit produktiver schöpferischer Kraft. Er kommt so schließlich zu der Lehre von den historischen Ideen, die ihrerseits wieder neben Schelling starken Einfluß auf Rankes Ideenlehre gehabt hat. Dieser künstlerisch-idealistische Zweig der Geschichtsschreibung durchzieht dann das 19. Jahrhundert ebenso wie sein Gegenpol: die ins Realistische gewandte historische Dialektik Hegels im Marxismus. Der Geschichtsschreiber wird von festen, im Individuum sich verkörpernden Ideen geleitet. Dieser individualistische Liberalismus hat dann lange über die Zeit seiner ökonomisch-politischen Entstehung hinaus nachgewirkt. Im Anhang des Bändchens sind noch zwei kleinere Abhandlungen Humboldts wiedergegeben: Betrachtungen über die Weltgeschichte und Betrachtungen über die bewegenden Ursachen in der Weltgeschichte.

Als 14. Band der Dokumente der Menschlichkeit (Zürich, Dreiländerverlag) ist John Stuart Mills Abhandlung Die Zivilisation erschienen. Der Aufsatz wurde zuerst 1836 in einer englischen Zeitschrift veröffentlicht. Auf diese

verdienstvolle Sammlung sei bei der Gelegenheit nachdrücklich aufmerksam gemacht. Es gibt in unseren Tagen des wieder sorgfältig gezüchteten Völkerhasses kaum etwas Wichtigeres als frühere Zeugnisse der Menschheitsgesinnung in die Erinnerung zurückzurufen.

Kurze Chronik Das Historische Institut der Görresgesellschaft hat seine römische Tätigkeit wiederaufgenommen, und zwar wieder unter der Leitung des päpstlichen Protonotars Stephan Ehses. Einige Publikationen sind demnächst zu erwarten. <> Der Ordinarius der mittelalterlichen Geschichte an der Heidelberger Universität, Karl Hampe, ist als Nachfolger Dietrich Schäfers nach Berlin berufen worden. Seine Studien galten hauptsächlich der deutschen Kaiserzeit, im besondern den Staufern. Gut sind seine Persönlichkeitsschilderungen in seiner deutschen Kaisergeschichte. <> An der Berliner Universität habilitierte sich Franz Babinger aus München für orientalische Sprachen. Er hat während des Weltkriegs fast den ganzen islamischen Orient kennengelernt.

Literatur In der Sammlung Wissen und Forschen /Leipzig, Meiner/ hat Otto Braun ein Bändchen Geschichtsphilosophie, eine Einführung herausgegeben. Der heutige Stand der Geschichtsphilosophie in ihren verschiedenen Richtungen und ihre Entwickelung bis zur Gegenwart ist knapp geschildert, ohne daß der Verfasser in die Tiefe dringt, was ja bei einem solchen Handbuch auch nicht die Absicht ist. Die Besprechung der ökonomischen Geschichtsauffassung ist dürftig; der Einfluß des Darwinismus auf Marx wird entschieden überschätzt, die Einwirkung Hegelscher Dialektik viel zu wenig betrachtet. Direkt unsinnig ist folgende Behauptung des Verfassers, wenn man Marx und seine ökonomische Geschichtsauffasssung lebendig und nicht dogmatisch versteht: »Die Parteidoktrin der Sozialdemokratie hat mit den anderen naturalistischen Lehren von Marx, mit seiner Erklärung des Mehrwerts usw., auch die Geschichtsphilosophie übernommen; und so zieht sich diese wissenschaftlich längst als unhaltbar überwundene Lehre im Schlepptau einer Partei durch die Jahrzehnte.« Es braucht nun nicht wunderzunehmen, daß in dieser Schrift Spengler, mit einigen Wenn und Aber, gewaltig gerühmt wird.

Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

Internationale Kirchenbewegung In dieser Rundschau ist wiederholt auf kirchliche Strömungen und Tagungen hingewiesen worden, die den Gedanken des Sichkennen- und Verstehenlernens, des internationalen Zusammenwirkens in gemeinsamen religiösen und ethischen Zielen der verschiedenen Weltreligionen, Konfessionen, Kirchen, Sekten und Weltanschauungsgemeinschaften dienten und dabei die Ansätze dessen, was durch den Krieg unterbrochen worden war, weiterzuführen strebten. Einen zusammenhängenden Überblick über diese Bestrebungen gibt neuerdings in einer Broschüre Internationale kirchliche Einheitsbestrebungen /Leipzig, Dörffling & Franke/ A. W. Schreiber, der als Mitglied des Internationalen Komitees des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen selbst führenden Anteil an der Bewegung hat. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stehen 3 Tagungen, die im August 1920 in der Schweiz stattgefunden haben, nämlich die Allgemeine Konferenz der Kirche Christi, die Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung und die 4. Tagung des Internationalen Komitees des Weltbundes für Freundschaftsdienst der Kirchen. Im folgenden seien einige Tatsachen aus dem Bericht Schreibers und anderm einschlägigen Material (The World Alliance for Promoting International Friendship through the Churches, Report of Mission to the Churches of Eastern Europe and Results of Organisation Work in 1920, von George Nasmyth/Beatenberg/) mitgeteilt, um schließlich noch auf zwei gleich wichtige, in Schreibers Bericht nicht mitberücksichtigte Bewegungen, nämlich die Bilthovener Tagung und die von Marburg ausgehende Bewegung Religiöser Menschheitsbund hinzuweisen.

Die Allgemeine Konferenz der Kirche Christi fand vom 9. bis zum 11. August 1920 zu Genf statt. An den deutschen Evangelischen Kirchenausschuß, der die Gesamtheit der deutschen protestantischen Landeskirchen vertritt, war aus Mißverständnis eine Einladung nicht gelangt, so daß diese Körperschaft nicht offiziell vertreten war. Dagegen kamen aus Deutschland Delegierte der Freikirchen, des Reformierten Bundes für Deutschland, der Konferenz deutscher evangelischer Arbeitsorganisationen und des Deutschen Arbeitsausschusses des Weltbunds für Freundschaftsarbeit der Kirchen; außerdem einzelne Persönlich-

keiten von Bedeutung. Die Tagung war vom amerikanischen Federal Council of the Churches of Christ in America einberufen worden, das mit seinen 31 Mitgliederbünden (darunter Baptisten, Methodisten, Presbyterianer) die maßgebende Vertretung der nordamerikanischen Kirchen reformierten Gepräges darstellt und durch die von Carnegie gestifteten Mittel schon vor dem Krieg zusammen mit einem britischen Ausschuß kirchlicher Pazifisten auf die politischen Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten Einfluß im pazifistischen Sinn auszuüben bemüht war. Weiter hatte hervorragenden Anteil an dem Zustandekommen dieser Konferenz der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom, der früher, unterstützt von den lutherischen Kirchen Skandinaviens und weiten protestantischen Kreisen Europas und Nordamerikas, eifrig für eine »katholische«, das heißt allgemeine organisatorische Zusammenfassung zunächst der protestantischen und weiterhin der christlichen Kirchen überhaupt, eingetreten war, deren oberstes Organ ein »ökumenischer Kirchenrat« werden sollte, bestehend aus dem Erzbischof von Canterbury, dem Patriarchen von Konstantinopel und 3 von den evangelischen Kirchen Europas und Amerikas gewählten Mitgliedern; dieser Kirchenrat sollte nicht in die einzelnen Bekenntnisse und Kirchenorganisationen eingreifen dürfen sondern nur gelegentlich aus der Tiefe des christlichen Gewissens in gemeinsamen religiösen, sittlichen und sozialen Angelegenheiten zur Menschheit reden. Die anglikanische Kirche hatte von einer Beteiligung an der Konferenz abgesehen, weil Rom nicht eingeladen worden war. Dagegen übermittelte eine feierliche Abordnung Grüße der orientalischen Kirchen. Söderbloms Vortrag über das Ziel der Konferenz lief darauf hinaus von den 3 möglichen Wegen zur Kircheneinheit: 1. Rückkehr nach Rom, 2. gegenseitige Angleichung der Kirchen in Lehre und Ordnung, 3. freier Kirchenbund, den letztgenannten zu empfehlen. Der Fortsetzungsausschuß zur Vorbereitung der nächsten Konferenz, die in 2 bis 3 Jahren in Upsala abgehalten, und zu der außer den gesamten protestantischen Kirchen auch die römisch- und die griechischkatholische eingeladen werden sollen, gliedert sich in 3 Unterabteilungen (Nord- und Südamerika, Britisches Weltreich, außerenglisches Europa). Das Sekretariat für Europa wie den Vorsitz der Gesamtleitung führt Söderblom.

Die Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung tagte im Anschluß an die soeben genannte vom 12. bis zum 16. August 1920 ebenfalls in Genf. Von 80 Kirchen aus 40 Völkern waren 150, fast nur offizielle Vertreter zugegen. Tonangebend waren die Anglikaner. Außerdem waren vertreten die Nonkonformisten, die Patriarchate in Konstantinopel, Jerusalem und Alexandria, der Armenier, die Kirchen in Griechenland, Serbien, Bulgarien. Abgesagt hatten der Papst, der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, die evangelischen Kirchen Hollands, Frankreichs und der Schweiz, diese wegen der dogmatischen Grundlage der Konferenz. Persönliche Einladungen waren an 6 Deutsche ergangen (unter anderen an Melle, Lang, Siegmund-Schultze). Konferenzsprachen waren Englisch, Französisch, Deutsch, Griechisch. Die Leitung lag bei den Amerikanern. Aufgabe der Konferenz war: die wesentlichen Punkte klarzustellen, in denen die Kirchen von einander abweichen und in denen sie übereinstimmen. Naturgemäß gaben die Äußerungen der Vertreter zum Thema Die Kirchen und die Natur der Einheit der Kirche ein buntes Bild. Die Orientalen forderten einen Kirchenbund. Die Bischöfe der anglikanischen Kirche forderten als Grundlage der Einheit die Anerkennung der Heiligen Schrift, des Apostolischen und Nicäanischen Glaubensbekenntnisses, der Taufe und des Abendmahls sowie eines von der Universalkirche anerkannten Amts. Die Nonkonformisten wünschten als Grundlage der Einheit einfach den Glauben an Christus und die Arbeit für die Christianisierung der Welt. Die Skandinavier wollten die Einheit mehr auf die Tat gegründet wissen als auf Lehre und Organisation. Demgegenüber trat ein früherer Oxforder Bischof lebhaft für eine gewisse Einheit in Lehre und Verfassung ein, um den Gegensatz zwischen Episkopalen und Presbyterianern zu überwinden. Die Reformierten erinnerten an den protestantischen Gedanken von der unsichtbaren Kirche als Einheit gegenüber allen durch besonderes Bekenntnis verschiedenen sichtbaren Kirchen. Auch bei der Beratung über die Stellung der Bibel und des Glaubensbekenntnisses bei der Gründung einer geeinten Kirche gingen die Meinungen weit auseinander. Sowohl die Episkopalen und Anglikaner, wie die Orientalen wünschten das Nicäanische Glaubensbekenntnis als Grundlage der geeinten Kirche, während ein schottischer Pres-

byterianer für die Kirche, also auch den Kirchenbund, das Recht in Anspruch nahm jederzeit ein neues Bekenntnis festzulegen. Für die nächste Tagung wurde der Frühherbst 1921 ins Auge gefaßt. Ein aus 12 Gruppen bestehender Fortsetzungsausschuß soll sich mit der Vorbereitung der nächsten Tagung befassen. Er besteht aus Altkatholiken, Anglikanern, Armeniern, Baptisten, Disciples, Kongregationalisten, Methodisten, orientalischen Orthodoxen, Presbyterianern, Quäkern, Uniertevangelischen und Lutheranern und beruht auf dem Grundsatz den Deutschen eher ein Maximum als ein Minimum an Vertretung zuzubilligen. In der Kommission, die sich mit der Feststellung der Tagesordnung für den nächsten Kongreß befassen soll, sitzen 3 Angelsachsen, 1 Grieche und 2 Deutsche.

Die 4. Tagung des Internationalen Komitees des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen fand am 24. August in Genf respektive Beatenberg über dem Thuner See statt. Dieser Bund ist am 2. August 1914 in Konstanz, am 5. August 1914 in London gegründet worden. Er bezweckt Beeinflussung der Völker, Volksvertretungen und Regierungen im Sinn christlicher Versöhnlichkeit und internationaler Freundschaft. Und zwar soll diese Beeinflussung planmäßig und in gegenseitigem Einvernehmen der nationalen Landesgruppen vor sich gehen. Er strebt in jedem Land Vereinigungen einer Kirche für sich und verschiedener Kirchen unter einander an und sieht eine wesentliche Aufgabe der angeschlossenen Kirchen darin, daß sie sich als solche um Förderung internationaler Freundschaft und Vermeidung von Kriegen bemühen. Vorsitzender des deutschen Ausschusses und zugleich Mitglied des Internationalen Vorstandskomitees ist F. Siegmund-Schultze, der Herausgeber der Vierteljahrsschrift Die Eiche /Berlin, Zillessen/. Durch einen vom internationalen Komitee bestellten Organisator wurden im Lauf der folgenden Jahre nach einheitlichem Plan Landesausschüsse und Stammgesellschaften (Constituent Councils) in den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Dänemark, Skandinavien, Finnland, Rußland, Italien und auf dem Balkan gegründet. Die ersten Tagungen des Komitees fanden statt: 1914 zu Konstanz respektive London, 1915 zu Bern, 1919 zu Oud Wassenaar in Holland. Seit 1919 wirkte als internationaler Organisator des Komitees ein junger amerikanischer Gelehrter, George Nasmyth, der schon in der internationalen Studentenbewegung (Corda Fratres) sowie in der Norman Angell-Bewegung mit großem Erfolg organisatorisch tätig gewesen war. Ihm verdankt das Komitee hauptsächlich die Einrichtung neuer Stammgesellschaften in Griechenland, Österreich, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Serbien. Leider erlag er, nachdem er noch auf der Konferenz in Beatenberg unermüdlich mitgewirkt hatte, am 20. September 1920 in Genf dem Typhus. Der Verfasser dieser Rundschau, der sich mit Nasmyth durch langjährige Freundschaft verbunden fühlte, kann mit dem Komitee von Herzen den schmerzlichen Verlust mitempfinden, den es durch den so plötzlichen und tragischen Tod dieses energischen Idealisten erlitten hat. Bei der 4. Tagung des Komitees waren 23 Landesgruppen durch 85 Mitglieder und eine Anzahl Gäste vertreten. Zum Vorsitzenden wurde der Erzbischof von Canterbury gewählt (bei Stimmenthaltung der Deutschen), zu einem der Vizepräsidenten der Deutsche Spiecker. Beschlossen wurde unter anderm die Begründung von Landesgruppen in Polen, Rußland, Spanien, Portugal, die Herausgabe eines englischen Zentralorgans und die Einleitung umfassender Pressearbeit, Fühlungnahme mit anderen internationalen Organisationen wie der Christlichen Studentenbewegung und den Christlichen Vereinen junger Männer.

Menschheitsversöhnung

Während die Schweizer Tagungen vorwiegend im Zeichen des offiziellen Kirchentums standen, war die Zusammenkunft, die Anfang September 1920 in Bilthoven /Holland/ stattfand, mehr durch die Beteiligung solcher Kreise gekennzeichnet, die ohne ausgesprochen kirchliche Bindung auf dem Boden eines Christentums stehen, das mit der Ablehnung des Kriegs durch die Tat Ernst machen will: des englisch-amerikanischen Versöhnungsbundes (Fellowship of Reconciliation), der Quäker, der deutschen Neuwerkbewegung usw. Anwesend waren auf dieser Tagung Vertreter aus 18 Ländern Europas, Amerikas, Afrikas und Asiens. Die Fragen, die behandelt wurden, waren solche wie: Stellung des Christen zur Gewalt (Krieg, Kriegsdienst, Klassenkampf), praktische Mitwirkung am deutsch-französischen Wiederaufbau auf sozialistischer Grundlage (siehe darüber besonders den Artikel Walther Kochs Die christliche Internationale und

die deutsch-französische Verständigung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1920 II, Seite 784 ff.), Überwindung des Kinderelends in Mitteleuropa, Grundfragen christlich-sozialistischer Erziehung. Kennzeichnend für den Geist, in dem hier die Erörterungen geführt wurden, ist die von einem schwedischen Teilnehmer formulierte und vom Kongreß angenommene Kundgebung, die den Lesern durch ihre wörtliche Wiedergabe in dem oben erwähnten Artikel Kochs bereits bekannt ist.

Die bisher genannten Bewegungen suchten diejenigen Gemeinschaften zu erfassen, die sich auf die Lehre Christi gründen. Die von dem Marburger Gelehrten Rudolf Otto ausgehende Bewegung Religiöser Menschheitsbund setzt sich weiter umfassende Ziele. Dieser Bund beruht auf folgenden Erwägungen und Zielen: Die Erlösung der Welt aus ihrer gegenwärtigen Not hat zur Voraussetzung einen starken Willen aller Verantwortlichen der Kulturwelt durch gemeinsame Zielsetzung und gemeinsame, planmäßige Kulturarbeit des Übels Herr zu werden. Diese Verantwortlichen sollten das Kulturgewissen der Menschheit repräsentieren und durch die von ihnen geführten Organisationen das Gefühl der Verantwortung für alle sittlichen Nöte der Menschheit weit hinein in die Massen tragen, um so eine öffentliche Meinung der Welt schaffen zu helfen, die nicht von den materiellen und politischen Sonderinteressen der jeweils am Gipfel der Weltmacht befindlichen Großstaaten oder Staatenbünde geleitet wird. Zur Schaffung eines solchen Weltgewissens sollten sich in erster Linie die großen Weltreligionen mit ihren Gemeinschaftsbildungen und ihrem Führertum berufen fühlen. Also nicht nur Christenheit und Judentum, sondern auch die religiöse und kirchliche Welt des Orients (Islam, Buddhismus, Konfuzianismus usw.) sowie andere Gemeinschaften, die sich, unabhängig von organisierter Religion, die Pflege sittlicher Kultur in der Menschheit zum Ziel setzen. Gelänge es die Führer dieser Organisationen für die großen Gemeinschaftsaufgaben der Menschheit zu gewinnen, für die Herrschaft des Rechtsgedankens im Leben der Völker, der Minderheitsgruppen, der Rassen, Klassen und Geschlechter, für Zusammenwirken statt der Befehdung, für allgemeine Zweckmäßigkeit an Stelle des Sonderinteresses der jeweils Herrschenden, so könnte der geistige Nährboden in der Welt geschaffen werden, aus dem dann dauernde Formen überstaatlicher Satzung und Organisation der Völker und Bevölkerungsschichten hervorgehen könnten. Nicht um die Schaffung einer Esperantoreligion oder um Verwischung der religiösen Eigenart der Angeschlossenen würde es sich dabei handeln sondern um die Lösung folgender 3 Aufgaben: 1. in Gestalt eines religiös-ethischen Parlaments, das heißt in regelmäßigen Zusammenkünften berufener Vertreter vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt die großen und brennenden Fragen gemeinsamer sittlicher Menschheitskultur, die Forderungen der Gerechtigkeit zwischen Völkern und Klassen und die Ziele genossenschaftlichen Zusammenwirkens der Völker, Schichten und Klassen, an Stelle des Widerstreits und der Sonderinteressen auf Kosten der anderen, zu vertreten und zu behandeln; 2. diese Ideen und Ziele innerhalb der eigenen Gemeinschaft durch Predigt und Erziehung immer mehr zu verbreiten und in dieser Hinsicht eine gemeinsame öffentliche Meinung und ein allgemeinverbreitetes Verantwortungsgefühl zu schaffen; 3. durch 1 und 2 ein moralisches Forum herzustellen, das mit den Mitteln sittlichen Eindrucks auf die öffentliche Meinung der Welt und auf das Handeln der Machthaber einwirkt.

Krieg und Christentum Eine Zusammenstellung der Lehren, die sich im Neuen Testament, bei Luther, Zwingli und Oekolampadius sowie den Führern der Täuferbewegung (Schweizer Brüder, Mährische Brüder, Mennoniten) über die Stellung des Christentums zum Kriegsdienst finden, gibt der nordamerikanische Mennonit John Horsch in einem Buch Die biblische Lehre von der Wehrlosigkeit Stuttgart, J. F. Steinkopf '. Die Stellung des Verfassers kennzeichnet der Satz: »Der Weltkrieg hat erst recht ans Licht gebracht, welch eine große Ursache der Schwäche die Verneinung des Prinzips der Wehrlosigkeit für die Kirche ist.« Die Richtigkeit dieser These wird von dem Verfasser durch die Schilderung von der Schwenkung besonders eindrucksvoll gemacht, die das offizielle Kirchentum in den Vereinigten Staaten vom Pazifismus zur Religion des *heiligen Krieges* gegen die *Hunnen* gemacht hat. Man sagt sich, wenn man die von Horsch angeführten Belege aus dem amerikanischen Kirchentum der Kriegs- und Nachkriegszeit auf sich wirken läßt, unwillkürlich: Ganz wie bei uns. Wie sympathisch und echt berührt gegenüber

jenem Kirchentum, das sich je nach der politischen Lage in Friedens- oder in Kriegspredigten ergossen hat, die schlicht konsequente, wenn auch *unliberale* Haltung der amerikanischen Mennoniten, die gleich den Quäkern lieber Verachtung und Martyrium auf sich genommen haben, als daß sie sich bald gegen den Krieg bald für ihn bekannten: man sehe hier die Eingabe, die die Hutterischen Brüder von Süddacota und Montana während des Krieges, im Juli 1917, an den Präsidenten Wilson gerichtet haben, ferner das kürzlich in London veröffentlichte Buch Anna B. Thomas' Saint Stephens House Friends Emergency Work in England 1914 to 1920, das über die Kriegsarbeit der englischen Quäker Rechenschaft ablegt.

Das Thema Bergpredigt und Kultur der Gegenwart hat der Kieler protestantische Theologe Otto Baumgarten in umfangreicher Weise in den Religionsgeschichtlichen Volksbüchern /Tübingen, Mohr/ behandelt. Er hat sich dabei über die Frage der Vereinbarkeit der Bergpredigt mit dem Krieg folgendermaßen geäußert: »Es ist eine nichtsnutzige Zurechtmachung durchaus klarer, eindeutiger Worte, um sie den Weltkindern mundgerecht zu machen, wenn man die Vereinbarkeit der Bergpredigt mit dem Krieg behauptet.« Andrerseits stellt er auf Seite 9 provisorisch fest: »Wie das wissenschaftliche und Kunstleben, das Rechtsleben, das Verkehrs- und Handels-, das Wirtschaftsleben, das auf Ehrbehauptung und Rechtsbehauptung sich aufbauende Gesellschaftsleben, so muß auch das alle diese Kulturgebiete ermöglichende, tragende und regelnde Staatsleben ein geradezu entgegengesetztes Ethos befolgen als es die Bergpredigt von uns fordert, nicht bloß nach ihrem Buchstaben sondern gerade nach ihrem Geist.« So besteht eine Kluft zwischen den Forderungen der Bergpredigt und den Forderungen, die die Kultur der Gegenwart im Interesse ihrer Erhaltung stellen muß. Baumgarten ist der Meinung, daß die kompromißlose Erhebung der Bergpredigt zum Grundgesetz unseres Lebens uns den Gehorsam gegen die »gottgegebene Wirklichkeit unseres Lebens« kosten würde. Und doch heißt es auf Seite 117 wieder, daß Jesus »auch zu unserer Kultur der Gegenwart noch mit dem Anspruch an unsere Folgsamkeit spricht, die aus seiner göttlichen Vollmacht stammt«. Die Schrift Baumgartens ist, wie auch die gegen Ende des Krieges von ihm veröffentlichte Schrift Christentum und Weltkrieg /Tübingen, Mohr/, aus Vorlesungen hervorgegangen und verkörpert sozusagen in Reinkultur den Geistestypus des liberal-protestantischen Theologieprofessors.

Soziales Schaffen

Religiössoziale Bekenntnisse der Jugend aus dem Protestantismus, Katholizismus und Judentum bringt eine vom Deutschen Verband sozialer Jugendgemeinschaften in Stuttgart herausgegebene Broschüre. Sie gibt 3 Vorträge wieder, die von Hannah Karminski (Der soziale Gedanke im Judentum), Maria Laarmann (Katholisch und Sozial) und Luise Stöckert (Evangelisch und Sozial) auf der Jenaer Tagung der sozialen Jugendgemeinschaften im Herbst 1920 gehalten worden sind. Die Schrift verdient es gelesen zu werden.

Die Ursachen für das Versagen des Protestantismus als eines Prinzips der Gesellschaftsgestaltung liegen nicht nur in den Kompromissen, die das protestantische Kirchentum der Gegenwart zwischen den Forderungen des Jesusevangeliums mit seinem schweren Entweder-Oder und der »gottgegebenen Wirklichkeit unseres Lebens« gemacht hat (siehe oben den Abschnitt Krieg und Christentum) sondern gehen bereits auf die Auslegung von Luthers Welt- und Sozialgestaltung durch das kirchliche Epigonentum zurück. Eine Menge wertvoller Gedanken zu dieser Frage enthält die Schrift Georg Wünsch' Der Zusammenbruch des Luthertums als Sozialgestaltung /Tübingen, Mohr/, in der der Versuch gemacht wird der »zweierlei Moral« des deutschen Luthertums und der vom Calvinismus herkommenden Kirchenbildungen der westlichen Demokratieen die Prinzipien einer neuen christlichen Sozialgestaltung entgegenzustellen, die »sowohl den Bedürfnissen des Ortes entspricht, an dem die Geschichte steht, als auch der Größe und Reinheit des Evangeliums«. Diese neue Sozialgestaltung knüpft nach Wünsch beim Sozialismus an, bleibt aber bei ihm nicht stehen sondern arbeitet da, wo er sich als unzulänglich erwiesen hat, an seiner Vertiefung aus dem Geist der Bergpredigt, das heißt sowohl aus ihren Motiven wie aus ihrer letzten Zielsetzung. Wie diese Sozialgestaltung statt der jetzt in Kirchenkreisen häufig zu beobachtenden Vielgeschäftigkeit und Vereinsmeierei aussehen müßte, wird in einem kurzen, aber gehaltvollen Kapitel Die Sozialgestaltung nach den Grundsätzen der Berg-

predigt, das vor allem die Behandlung der sozialen Frage und das Problem des Zusammenlebens der Völker bespricht, anschaulich gemacht.
Christlicher Solidarismus nennt sich eine Broschüre Matthias Erzbergers /München-Gladbach, Verlag der Westdeutschen Arbeiterzeitung/, in der der Verfasser darlegte, wie er sich den Gedanken des christlichen Solidarismus im Völkerleben, in Familie, Staat und Wirtschaft durchgeführt dachte. Der Schrift ist eine Art von Programm angefügt, das die Richtlinien für dessen praktische Durchführung in Form von Leitsätzen enthält. Daß der jetzt Ermordete einer der geistig regsamsten Köpfe Deutschlands war, zeigt auch diese Veröffentlichung.

Kurze Chronik Von der Theologischen Fakultät der Universität Berlin wurde dieses Jahr das folgende Thema als Preisaufgabe gestellt: »Der Begriff der Gotteserkenntnis im Alten Testament und seine Bedeutung für die Geschichte der hebräischen Religion.« ◇ In Barmen-Elberfeld wurde eine Vereinigung von Freunden der Quäker gegründet, die an der Verbreitung des Quäkergedankens arbeiten will. Auch in Heilbronn hat sich, unter Führung von G. Kropp, ein Deutscher Zweig der Quäker gebildet. ◇ Vom 11. bis zum 14. Juni wurde in Stuttgart die 1. Christrevolutionäre Tagung abgehalten. Einer der Führer dieser Bewegung ist Karl Strünckmann, der Herausgeber der Zeitschrift Weltenwende /Stuttgart, Zimmer/ und Vertreter einer aus urchristlichem Geist geborenen sozialistischen Lebensform. ◇ Eine Theologische Woche hält die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der evangelischtheologischen Wissenschaft in Verbindung mit der Berliner Theologischen Fakultät vom 18. bis zum 21. Oktober in Berlin ab. Die Vorträge sind für Geistliche und Laien bestimmt. ◇ Der Züricher Pfarrer L. Ragaz hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinen Amtsgenossen sein Amt niedergelegt. Er will sich fortan freier Settlementsarbeit widmen. ◇ Der Tübinger Professor Otto Scheel, bekannt als Lutherbiograph, ist dem Ruf an die Universität Berlin gefolgt. ◇ Der Tübinger Hans Schmidt ist Ordinarius für alttestamentliche Theologie in Gießen geworden. ◇ In der Katholischtheologischen Fakultät der Universität Bonn habilitierte sich Lorenz Dürr für alttestamentliche Exegese.

Literatur Materialien zu einer »experimentalphilosophischen Darstellung von Entstehung und Entwickelung der Religion zu geben ist die Absicht einer von G. F. Henthaus verfaßten Schrift, die den Titel Ursprung und Entwickelung der Religion trägt und im Selbstverlag des Verfassers in Essen erschienen ist. Die Broschüre ist als der 1. Teil eines umfassender angelegten Werkes gedacht und sucht die Religion auf das Jacobische Entwickelungsgesetz vom Schaffen des Schönen in der menschlichen Gesellschaft zurückzuführen. Als objektiver Standpunkt für die Erforschung der Religion gilt dem Verfasser die Psychologie als Teil der Anthropologie, nämlich die Entwickelung der Sublimität, das ist das Bewußtwerden des Entwickelungsziels«. ◇ Die Religionen der Völker nennt sich eine Arbeit Albert Meerkatz' /Breslau, Priebatsch, die den Horizont der Schuljugend über die Grenzen der Konfessionen hinaus erweitern will und in dieser Absicht eine abrißmäßige Darstellung von der Religion der Naturvölker, der Chinesen, Japaner, Ägypter, Semiten, Inder, Iranier, Griechen, Römer, Kelten, Germanen und Slawen gibt. ◇ Die Weltreligionen (Die Religion Chinas, Die indischen Religionen, Judentum, Islam) nennt sich ein von Heinrich Weinel zusammengestelltes Heft aus der von der Volkshochschule Thüringen herausgegebenen Serie Quellenbücher der Volkshochschule Langensalza, Beyer, das aus der Praxis des um die Volkshochschulbewegung in Thüringen hochverdienten Jenenser Gelehrten hervorgegangen ist und eine erfreuliche Ergänzung zu den von ihm in der selben Sammlung herausgegebenen Heften Sozialismus und Christentum, Männer und Programme und Die Geschichtlichkeit Jesu bildet. ◇ Einen ähnlichen Zweck verfolgt Paul Eberhardt mit seiner Religionskunde Gotha, F. A. Perthes/. Doch wird hier der Abteilung Die Erscheinung der Religion in der Zeit ein Kapitel Glaubenslehre vorangestellt, in dem das Wesen der Religion in überkonfessioneller, nicht speziell dogmatischer Weise zur Erörterung gestellt wird. Der Verfasser beabsichtigt diesem darstellenden 1. Band, in dem der Gegenwart noch immer nicht ihr volles Recht wird, und dem ein sehr wertvoller und ausführlicher Literaturnachweis beigefügt ist, einen 2. folgen zu lassen, der eine Auswahl aus den einschlägigen Quellen bringen soll.

KUNST

Musik / Erwin Lendvai

Busoni: Turandot. Arlecchino

Einige Monate nach der Aufführung von Turandot und Arlecchino (siehe darüber hier die Rundschau Bühnenkunst, 1921 I, Seite 578 f.) schwindet das Nebensächliche, und nur das Wesentliche will zu Wort. Die Oper hat ihre Gesetze und ihr Publikum. Eugen d'Albert kennt Gesetze und Publikum, also findet er Mittel und Wege (ich sage es mit Heine), um das Hohle mit dem Leeren zu verbinden. Ganz anders stellt sich Ferruccio Busoni zur Opernkomposition. Aus ihm redet ein feiner, witziger Sinn, ein schmales Lächeln, das um die Dinge weiß. Ein Bernard Shaw der Musik. Doch während Shaws Publikum mitgeht, steht Busoni verlassen da. Shaws Publikum agiert auf den Brettern, während Busonis Zuhörer auf ihren Parkettsitzen gefoppt sein möchten. Das geht mit der großen melodischen Geste von vorgestern, die aber Busoni geschmackvoll meidet. Er ist prickelnd graziös bis ins Ironische, romanischer buon gusto leitet ihn, ein riesiges Können ebnet ihm seine Wege zu sich selbst, in die breite Masse des Publikums nicht; sie ist nicht seine Absicht, wenn ihn auch ihre Stupidität kränkt. Busoni war nie stehen geblieben. Er hatte seine Beethoven-, seine Bach-, seine Mozart-, seine Liszt-, seine Debussy-, seine Schönbergepisoden. Seine Elastizität ist bewundernswert. Aber nicht ohne Gefahr ist man verwandlungsfähig. So wie ein Schauspieler, der durch den ständigen Wechsel seiner Masken seine ihm eigene Physiognomie verliert, hat Busoni durch seine sich in fremde Seelen einfühlende Seele an autonomer Kraft eingebüßt. Er kennt den Bachstil wie kaum ein anderer, er setzt Bachs letztes abgebrochenes Werk fort. Er kennt auch Mozart, er formt das Don Juan-Vorspiel zu einer abgeschlossenen Ouvertüre. Wir kennen ein Violinkonzert, das Beethovengeist in jedem Takt scheint. Debussys Klangimpressionen werfen ihre Schleier über des Mannes Wiegenlied. Schönberg erschließt in einem Klavierstück die Skalen der intellektuellen Erotik. Busoni macht sich eine Ehre daraus dieses Stück (Opus 11 Nummer 2) zum Konzertgebrauch schillernder zu gestalten. Hätte Busoni sich selbst gefunden, sich im Eigenen verkapselt (ohne Sichfestlegen: das verarmt), hätte er gemerkt, daß Liszts Stärke, die Caritas, in ihm zur Schwäche wird, weil ihm die Gegengewichte des Ego fehlen, hätte er erkannt, daß E. T. A. Hoffmanns Bizarrerie bei ihm aus Mangel an Humor des Herzens die Zunge seiner Lebenswage in ständiger Zitterbalance halten muß, seine geistreiche Oper und sein witziges Pasticcio wären anders ausgefallen. Mit Shaws Prosaulk geht man leicht mit. Will man mit Busonis musikalischer Ironie Schritt halten, so muß man ein musikalisch wie literarisch geschulter Kenner sein, um über das kühle Herz hinwegzukommen. Das Herz d'Alberts steht am Gefrierpunkt, aber er versteht es mit Quasimelodie zu täuschen. Busoni verschmäht es in schmachtsüßen Nonakkorden dahinzuschmelzen, er meidet amorphe Phraseologie, bringt klanglich-formal Geschlossenes; seine Sänger sind keine Instrumentalisten, sein Orchester ist kein Experimentkaninchen. Wie oft glühte es in mir vor Freude, wenn das Orchester Busonis Persönlichkeit auf die Bühne strahlte. Dann lachte in mir das Quartett Heine-Hoffmann-Shaw-Busoni. Aber das Letzte wurde in mir nicht wach. Worauf es ankommt.

Was hält Busoni von Goethes silbernen Schalen, den Frauen? Turandot ist ein böses und feiges Frauenzimmer, das ihren Verehrern 3 Fragen stellt. Abgehackte Köpfe schrecken den Helden nicht. Nun, er löst die 3 Fragen. Als aber der Turandot nur ein Rätsel als Revanche angeboten wird, läßt Busoni das Weib dumm und feig durch *Schiebung* obenauf sein. Arlecchino hat zwei silberne Schalen. Man kann sie nehmen und absetzen, wie und wo man will. Armes Innenleben wird keine goldenen Früchte in die Silberschalen legen. Da haben wir die rührende Gestalt des italienischen Schneiders mit seiner Danteschwärmerei. System der Operette: Männer der Wissenschaft, der Wissenslust, werden als Trottel traktiert. Daß auch ein Busoni nicht tiefer sehen will, ist schmerzlich. Busoni sucht die Pforte des Lebens. Demut ließe ihn sie finden. Intellekt hält ihn ab. Sich allein auf Esprit verlassend, irrt er lange umher, immer im Capriccioton, der wie Seifenblase zerplatzt.

Schweren Herzens schreibe ich diese Worte. Denn Busoni ist einer der seltenen Wertmesser unserer Zeit.

Violinmusik

Der begabte und nicht ungeschickte Guido Guerrini, dessen Cellostück in der letzten Rundschau (1921 I, Seite 515) empfohlen werden konnte, hatte kein

Glück mit seiner Leggenda per violino e pianoforte /Bologna, Pizzi/. Nordisches Muster lag ihm im Ohr. Jene Legende von Sinding ist jedoch geformt. Guerrinis Form aber ist geklebt. Sein Syndetikon klebt alles, nur nicht Musikteile, die mit einander in keiner Beziehung stehen.

Eine G-Dur-Sonate für Violine und Klavier ist das 5. Werk Alexander Maria Schnabels /Berlin, Raabe & Plothow/. Eine geschickte Sonatenformfüllung ist indessen noch lange keine »wichtige Neuheit«, wie der Verleger glaubt. Zu physiognomiearmen Themen der Geige sekundiert eine abgeklapperte Triolenbewegung à la Anno Tobak, die in Beethovens Mondscheinsonate ihre Schuldigkeit getan hat.

Schnabels Pedanterie hat etwas Bestechendes, solange man Remy Principes Concerto per violino e orchestra /Bologna, Pizzi/ betrachtet. Denn hier geht es kunterbunt zu. Floskeln im Tremolonebel retten geigerisches Passagenwerk nicht. Principe kennt die Geige und mutet ihr halsbrecherische Kapriolen nicht ohne das positive Bewußtsein, daß sie auch ausführbar sind, zu. Solange in Instrumentalkonzerten das symphonische Element das musikalisch Primäre dem Effekt das Wort reden läßt, können wir die Konzertliteratur nicht um eine Bereicherung beglückwünschen. Principe hat etwas von atonaler Musik gehört, ist aber im ununterbrochenen Modulationsstil stecken geblieben. Er wollte ein modernes Violinkonzert geben, war aber nicht stark genug seine löbliche Absicht auszuführen.

Der in Amerika lebende Italiener Rosario Scalero hat die Aufmerksamkeit des großen Verlagshauses Breitkopf & Härtel auf sich gezogen. In der Hauptsache widmete er sich der Violinmusik. Das Beste von ihm sind Motetten für gemischten Chor, über die im gegebenen Fall hier ausführlicher berichtet werden soll. Scaleros Violinsonate fand ich schwach. Doch sein Opus 15 Suite in altem Stil und sein Opus 17 Drei Stücke (beides Werke für Violine und Klavier) bedeuten schon eine Bereicherung der Violinliteratur. Sie zeugen von einer ungewöhnlichen tonsetzerischen Begabung. Sie sind in formaler wie in klanglicher Beziehung fern von jeder Schablone. Scaleros Satzkorrektheit fußt auf Bachscher Gesinnung. Alles Gesagte kommt klipp und klar, ein um die Sache Herum gibt es nicht. Präzision im Rhythmus steigert die Werke ins architektonisch Prächtige, wie wenn Palladio zu Musik würde. Da die Stücke keine sehr großen Schwierigkeiten bieten, kann man sich mit ihnen, die musikalisch Lichtblicke in unserer Zeit darbieten, leicht befassen.

Eine Suite für 2 Soloviolinen hat, als sein Opus 11, Robert Denzler erscheinen lassen /Zürich, Hüni/. Beide Violinen sind ebenbürtig, will sagen, es gibt keine 2. Geige hier, beide Geiger müssen Solisten sein, die interessante Harmoniebildungen und kontrapunktische Satzverschlingungen rein zu Gehör bringen können. Man wird zwar durch fremde Gärten geleitet, aber es verlohnt sich Denzlers Wünschen nachzugehen. Ein gewisses Noblesse oblige im Rhythmus zeigt einen Musiker von auserlesenem Geschmack, und die witzige Fuge in vielen Sechzehntelnoten den sicher gestaltenden Könner, der auf die Verbindung der Spiegelschrift und Umkehrung des Themas nicht wenig stolz zu sein scheint. Alles in allem ist die thematisch einheitliche Suite ein vorbildliches Stück Musik, das unbedingt Beachtung der Geigerwelt verdient.

Im Züricher Musikhaus Hüni erschien auch eine Sonate Fritz Bruns für Klavier und Violine. Eine leidenschaftliche Zwiesprache der beiden Instrumente, in der das Klavier die Oberhand gewinnt, ohne die Violine durch Überton zu ersticken. Über diese Sonate läßt sich viel Gutes sagen. Vor allem die satztechnische Meisterschaft ist ihre stärkste Seite. Brun versteht bis ins kleinste seinen Formwillen kundzutun. Nirgends Überladung oder Dürftigkeit. Wenn im Klavierpart weitgetrennt die rechte und und die linke Hand spielen (vornehmlich im Finale), so entsteht ein drollig brummiges Klanggebilde, das aber nie beleidigt. Hartnäckig-Trotziges setzt Brun kampflustig gegen Meditierend-Weiches, und er versteht die Zuhörer bis zum letzten Takt zu fesseln.

Solche Stärke wie Brun in diesem Werk erreicht Karol Szymanowski in seiner Sonate D-Moll für Violine und Klavier (Opus 9) (Wien, Universaledition) nicht. Auch er entzündet den 1. Satz in wilder Leidenschaft, doch seine kontrastierenden Themen sind viel zu unbedeutend, um mit dem zackigen Hauptthema eine spirituelle Ehe eingehen zu können. So ergibt sich ein Fall, den selbst die geschickt eingefügte Reprise des Hauptthemas nicht in Vergessenheit bringen kann. Die transponierte Wiederkehr des Seitensatzes wirkt total ernüch-

ternd. Mit dem 1. Satz ist das Wesentlichste gesagt. Der langsame Satz ist wohlklingend, sonst nichts. Hingegen das Finale steht in derbem Opernton. Nichtssagendes und Tremoliertes füllen die Sonatenform, die des öftern eine leise Variation des thematischen Materials des 1. Satzes birgt.

Nun zu den stärksten Schöpfungen.

An erster Stelle steht der Italiener Giacomo Orefice mit seiner 1. Sonate für Violine und Klavier /Bologna, Pizzi/. Diese Sonate ist das köstlichste Stuck Musik, das ich in letzter Zeit kennen gelernt habe. Auf den ersten Blick erscheint es vielleicht oberflächlich, aber es ist nur die Oberfläche der Tiefe. Die vollreife Satzmeisterschaft ist bei Orefice Selbstverständlichkeit. Er musiziert vom Geistigen zum Ethischen, doch läuft alles in leichten Sandalen. Einige César Franck-Reminiszenzen schaden dem lebendigen Werk nicht. Die Form ist so intensiv, daß sie jede Einzelheit restlos in sich aufzunehmen imstande ist. Ein Meisterwerk in unseren Tagen, höchster Beachtung wert.

Auch die C-Moll-Sonate für Violine und Klavier Paul Büttners /Leipzig, Leuckert/ gibt Bestes. Wir befinden uns da im Reich Beethovens. Wer einen solchen langsamen Satz komponiert wie Büttner, wer einen so überzeugenden Finalsatz aufbauen kann, der ist zum Höchsten befähigt. Zwei Aufführungen 1917 in Dresden und Berlin, in denen Gustav Havemann seine Kunst der herrlichen Sonate widmen durfte, wirkten tief beseligend.

Und zum Schluß 8 Fantasietten (Intime Melodieen) in 2 Heften von Lothar Windsperger /Mainz, Schott/. Hier ist der Mann, der der Violine in kleiner Form Bedeutendes schenkt. Windsperger geht eigene Wege. Kein Takt ist gedanklich herkömmlich. Entgegen seiner oft viel zu herben Herbheit fesseln diese Filigranwerke auch in einem ganz eigenartigen Klangzauber. Alles blüht und leuchtet um den Kern des musikalisch straff Geformten. Hier wiederum der Beweis: Größe liegt in der Wesenheit des Werkes und nicht in seiner zeitlichen Ausdehnung.

Oper

Der Tänzer Unserer lieben Frau, eine Legende nach altem Text von Fr. J. Weinrich. Musik von dem Karlsruher Komponisten Bruno Stürmer, kam am 22. April im Stadttheater Krefeld zur wohlgelungenen Uraufführung.

Sonnenstürmer heißt ein 1aktiges Mysterium, das Hans Stieber gedichtet und komponiert hat. Die erneute Inangriffnahme des Problems von Kains Brudermord erlebte am 29. April im Chemnitzer Stadttheater einen stürmischen Erfolg. Wenn der Autor auch im dramatischen Geschehen traditionelle Spuren nicht verläßt ‹die angedeutete Parallele der feindlichen Brüder: Frankreich-Deutschland, ist nicht ernst zu nehmen›, so bringt er doch gesangstechnisch Neues: Dezimenintervalle für die menschliche Stimme, und er erreicht so in der Tat eine treffende Charakteristik des Urmenschen. Obwohl diese Rundschau sich nicht mit Solistenkritik befaßt, muß doch Else Schulz-Dornburgs Leistung als etwas Besonderes hervorgehoben werden. In ihr vereinten sich absolute musikalische Intelligenz, gesangliches Können und Bühnenspiel. Man darf sie als eine der bedeutendsten Bühnensängerinnen Deutschlands ansehen.

Die Uraufführung der 3aktigen neuen Oper Bernhard Sekles' Die Hochzeit des Faun, eines burlesken Traumspiels, wird im Stadttheater in Wiesbaden stattfinden. Das Werk, das dort vom Intendanten Hagemann mit allen Mitteln neuzeitlicher Regie- und Inszenierungskunst vorbereitet wird, will dem modernen Musikdrama ganz neue Bahnen eröffnen. Es erscheint im Verlag von B. Schotts Söhnen in Mainz.

Deutsches Tonkünstlerfest 1921

Der Allgemeine deutsche Musikverein hat im Zentrum einstiger deutscher Kultur, in der Meistersingerstadt Nürnberg, sein 50. Tonkünstlerfest erlebt. Mannigfaltiges wurde dargeboten: vom konservativen Professorismus bis in die schwankenden Gebiete des Dada. Starres Festhalten und in die Wand Rennen. Die Wahrheit liegt aber dort, wo Beherrschung und Beschränkung die Tat vollbringen.

5 Konzertveranstaltungen schließen mit dem messianisch erwarteten Meisterwerk: Heinrich Kaminski, ein Süddeutscher, trägt die Krone. Sein riesengroß angelegter Psalm Bachscher Erkenntnis ragt turmhoch über alles sonst Gebotene. Stupendes Können steht hier einem Menschen von Bedeutung zu Gebot, und der göttliche Funke schlägt aus der Partitur in Hunderte von Sängern und Singekindern, in Orchestermusiker und Publikum über. Aber der leitende August Scharrer versteht es auch ein großes Werk groß zu packen. Und doch, dieses

Werk für Tenorsolo, Doppelchor, 4stimmigen Kinderchor und Orchester findet keinen Verleger, und so wird es kaum wieder erklingen. Man denke sich: Michelangelo ohne Marmor. Ein Werk von hohen künstlerischen Qualitäten ist das Bläserquintett Heinrich Kaspar Schmids. Kleine Formate Spitzwegscher Art verraten eine sensible Seele, die sich ein deutsches Arkadien wünscht. Auch des Schweizers Fritz Brandt nobles Streichquartett und Wilhelm Petersens polyphone Symphonie erfreuten mit ihrer Lebendigkeit, mit ihrer Kraft des Ausdrucks. Über ein großes kontrapunktisches Können verfügt Otto Taubmann. Doch die Form seiner Symphonie ist zu breit geraten; der Inhalt geht in ihr unter. Josef Rosenstock ist ein ungemein witziger Kopf. Seine Ouvertüre hat Schmiß und Farbe, sie wird gewiß oft gespielt werden. Der Hamburger Heinrich Sthamer dürfte sich von der Treibhauskunst der Programmusik scheiden. 5 dynamische Höhepunkte sind baulogisch widersinnig. Weniger wäre mehr gewesen. Im Orchesterklang jedoch leistet Sthamer Vorbildliches. Von Max Trapp hörte man einige ungemein sympathische Lieder, die wie feine Bleistiftskizzen erschienen. Max Ettinger versuchte Omar Chajjams Orientweisheit für Chor, Orchester und Schlagzeughölle zu verdolmetschen. Das Resultat war trauriger Dilettantismus. ⟨Es gibt auch eine fröhliche Sorte.⟩ Ein Orgelpräludium und Fuge des Deutschamerikaners Wilhelm Middelschulte blieb trotz Günther Ramins hervorragendem Orgelspiel Papiermusik. Von dem Verfasser dieser Rundschau wurden 3 A cappella-Männerchöre aus dem Zyklus Flamme vorgetragen. 6 der 9 Gedichte Brögers sind Volkswille und Friedensliebe. Die Jury will scheinbar einen baldigen frischen, fröhlichen Krieg und hat daher nur die neutralen Texte gewählt, wodurch es an Kontrast fehlte. Mir schien, als hätten der musikalisch intelligente Nürnberger Lehrergesangverein und sein Dirigent August Scharrer keine unnütze Mühe mit der Einstudierung gehabt.

Die größte Enttäuschung bot eine Opernaufführung: Max Wolffs Frau Berthes Vespergang. Wer zeichnet im Komitee für dieses Hintertreppenkinozeug verantwortlich? Wer für diese gedankenleere Kapellmeistermusik?

Und nun zu den Problematikern. Ernst Krenek und Karl Salomon. Ein Streichquartett und Lieder des Michelangelo. Diese Modernen vermeiden die Regeln der musikalischen Technik, das heißt, sie achten peinlichst auf die Vermeidung des Normalen. Was erhalten wir? Fratze, Ohrschinderei, nervöse Mache. Das Unkünstlerische der ungebändigten Tonmasse wird zum Kunstprinzip erhoben. Das Böse, das sich in uns bei einer Feuersbrunst über die Schönheit der fressenden Flammen freut, unser unterbewußt Böses wird mit Klangen traktiert und lacht über den Sieg der Negation. Zugegeben, daß Momente auch den rohen Klex vertragen, auf die Dauer lähmt solche Art, und um und in uns wird es öde.

Nicht minder trostlos verlief die Vereinssitzung. Des Gründers Franz Liszt Genius verläßt immer mehr und mehr die führenden Herren, die sich aus ungeschickten Diplomaten und geölten Bureaukraten rekrutieren. Oft mußte man denken: Wenn der Abbé nun hereinträte, was würde er zu den 4½ verlorenen Stunden sagen, in denen ein hypothetisches wirtschaftliches Wohl der Schaffenden mit autokratischer Geste aufgedrängt wurde? Es wurde diktiert. Die Kulturabgabe soll zur Herstellung von teuren Partituren und zur Deckung der unerschwinglichen Konzertarrangements verwandt werden. Welche Katastrophe dem Schaffenden bevorsteht, der sich wieder unbesoldet mit Applaus und schlechter Kritik abzugeben hat, übersieht der kluge Präsident Rösch nicht. Verlegerhonorare fallen weg, keine Aufführung von Werken ohne pekuniare Hilfeleistung von seiten eines Konsortiums, mit dem man sich gut stellen muß; ansonsten kein Verleger, keine Aufführung. Die Wohltattyrannei wird sich böse rächen. Da aber außer Rösch niemand das Recht genießt seine Meinung ohne mitleidig lächelnde Abfuhr zu äußern, müssen wir das Übel stoisch hinnehmen. Eine spätere gerechter denkende Zukunft wird die Notgroschen besser zu verteilen wissen.

Kurze Chronik Der Verlag Tischer & Jagenberg in Köln hat ein Preisausschreiben für Kammermusik mit Kontrabaß erlassen. Der Endtermin für Einsendungen ist der 1. Oktober dieses Jahres ◇ Am 23. Juni wurde im Gewandhaus zu Leipzig unter Straubes Leitung Sepp Roseggers Weltliches Requiem aufgeführt. Es hinterließ bei der Zuhörerschaft im Konzert wie in der Hauptprobe tiefe Eindrücke ◇ Der auf

Java verstorbene Berliner Pianist Alfred Friedenthal hatte von seinen Konzertreisen über die ganze Erde exotische Musikinstrumente mitgebracht. Sie sind jetzt durch Vermächtnis in die staatliche Sammlung alter Musikinstrumente zu Berlin übergeführt worden. <> Der Staat Hamburg hat das Geburtshaus Johannes Brahms' durch Kauf erworben. Die Deutsche Brahmsgesellschaft war nicht mehr imstande es instand zu halten. <> Den Konzertsängern und Gesangspädagogen Adolf und Margarete Henke, als Veranstalter des Collegium Musicum bekannt, ist die künstlerische Leitung einer großen Volkskunstgemeinde, des Bundes für Volkskunstabende, übertragen worden. Dieser Bund veranstaltet im September und Oktober dieses Jahres in den Schulaulen verschiedener westlicher Vororte Berlins 40 Abende. Die mitwirkenden Künstler gehören der Berliner, Dresdener und Wiener Staatsoper an. Angeschlossen ist eine Kammermusikvereinigung, sowie ein Orchester. <> Der Organist und Komponist Hermann Stephani aus Eisleben wurde Nachfolger des Universitätsmusikdirektors und außerordentlichen Professors der Musikwissenschaft O. Freiberg in Göttingen.

Literatur Die mannigfachen Faktoren der Musiklehre in knapper Form klarzulegen ist eine schwierige Aufgabe. Aber man darf sagen, daß ihre Lösung Friedrich Worret in seinem Leitfaden der allgemeinen Musiklehre /Karlsruhe, Braun/ gelungen ist. In 16 katechistischen Kapiteln verschafft der Verfasser die gewünschte Aufklärung über Tonsystem in Dur und Moll, Chromatik, Dreiklänge und ihre Umkehrungen, ⟨leider nur⟩ Dominantseptimenakkorde und ihre ⟨nur angedeuteten⟩ Umkehrungen. Sodann, zurückkehrend auf unsere Notenschrift, Takt, Tempo, Rhythmus, Melodie, Verzierungen und Dynamik, beginnt er eine kurze Darstellung der Formenlehre. Eine Grundlage der Klaviertechnik, eine überaus wertvolle Anleitung zum Mechanismus des primitiven Klavierspiels wird auch noch gegeben. Der einzige Irrtum Worrets ist die Aufstellung von 8 Stufen der Tonleiter; die 8. Stufe ist doch die Oktave, die nur eine transponierte 1. Stufe sein kann. Sonst ist das, kaum 100 Seiten umfassende Werk uneingeschränkt zu loben, und es ist durchaus verständlich, daß es bereits in 5. Auflage vorliegt.

KULTUR

Kunstgewerbe / Adolf Behne

Buchkultur Die seit Jahresfrist erscheinende Monatsschrift Qualität (Redaktion und Ausstattung Carl Ernst Hinkefuß) /Berlin, Internatio/ scheint in ihrer Arbeit nach den eingesehenen Heften typisch für eine weitverbreitete Spezies unserer *Geistigen* und typisch für die unzulänglichen Vorstellungen, die sie vom Begriff der Qualität haben. Was ist Qualität? Aus der hier bereits angezeigten Zeitschrift Die Kornscheuer /Berlin, Hermann Reckendorf/ seien aus meinem Aufsatz Neue Wege der kaufmännischen Auslandspropaganda hier einige Sätze zitiert: »Qualität ist selbstverständliche Voraussetzung, aber sie ist an und für sich noch stumm. In einer geistigen Leistung ist sie ohne weiteres und mit Notwendigkeit enthalten. Und in einer andern Arbeit macht sie uns auch nicht glücklich. Die Qualität allein bringt die Welt nicht weiter, nicht um einen Schritt. Wir könnten heute noch Feuersteinwerkzeuge benutzen, wenn es unseren Vorfahren immer nur darauf angekommen wäre Qualitätsarbeit zu leisten. Auch die vollendetste Qualität in Feuersteinmessern bedeutet uns heute nichts. Das Entscheidende war immer eine neue Erkenntnis. Wir könnten heute in vollendeter Qualität Arbeiten ausführen, die in den Aufgabenkreis eines primitiven häuslichen Handwerks gehören ..., wenn nicht die Zeit inzwischen weitergeschritten wäre.« Die einzige Qualität, die mehr bedeutet als moralische Selbstverständlichkeit, ist der Dienst an einer Idee. Die Idee der Zeitschrift Qualität besteht in einem Riesenformat und einer monumentalen *Aufmachung*. Daß sie nach den allgemeinen sogenannt modernen Anschauungen gut gedruckt und anständig gesetzt ist, sei gern anerkannt, bedeutet aber allein noch recht wenig. Was diese Art zu drucken dirigiert, ist nichts Wesentlicheres als ein bißchen guter Geschmack, der aber der Sache nicht gerecht wird. Zum Beispiel die Bildüberschriften sind in Majuskeln hochnobel gesetzt, aber sind sie auch leserlich? Kommt es denn bei diesen Dingen nur immer auf das gute Aussehen an? Würde es nicht einer Zeitschrift, die programmatisch mit einem Hymnus auf die moderne Technik beginnt, besser anstehen technische Qualität zu beweisen, indem sie zunächst einmal alle dekorative Ungeistigkeit über Bord würfe und, statt eines hochnoblen Satzbilds, ein

konsequent aus der Lesbarkeit entwickeltes gäbe, unter ganz anderer Ausnutzung der Maschinenmöglichkeiten als bisher? Das ganz absurde Riesenformat, das zu dem Wert der meisten mir bekannt gewordenen Aufsätze in einem schlimmen Mißverhältnis steht, ist dabei offenbar eine Hemmung. Was könnte nicht allein mit dem Papier geleistet werden, das hier aus Prestigegründen unbedruckt gelassen wird? 3 Zeitschriften, konzentriert in Inhalt und Form, könnten davon leben und damit wirken. Und hier werden gleichgültige Fabrikmarken und Handelszeichen, kleine, simple Geschmacklichkeiten, wie sie heute so ziemlich jeder Kunstgewerbeschüler leisten kann, in einer Größe reproduziert, als handle es sich um Werkzeichnungen für Lichtreklame. Das widerspricht jedem Qualitätsgefühl und grenzt an Verantwortungslosigkeit, da es eine sinnlose Verschleuderung von Mitteln und Werten ist. Das wird dann besonders unerträglich, wenn der Schöpfer solcher Nichtigkeiten in einem Stil gefeiert wird, der sich aus folgenden Proben erkennen läßt: »Deffke ist der hervorragende Vertreter echten Germanentums... Er ist ein Führer, wie ihn das Jahrhundert nur einmal hervorbringt.«

Wie sehr unterscheiden sich von dieser Art ausländische Zeitschriften wie De Stijl /Leiden/, La Ronda und Valori Plastici /Rom/ oder L'Esprit Nouveau und L'Action /Paris/. Bei uns ist immer wieder die Verwechslung von Aufwand und Sache. In den genannten ausländischen Zeitschriften wird nicht mit Qualität des Drum und Dran geprotzt, der Nachdruck liegt vielmehr auf der Mitteilung, und da man wirken will und um der menschlichen Wirkung willen schreibt, dient alles nur dem geistigen Ziel. Mit dem Papier, dem Satz, der Type, dem Format irgendwelchen Kult zu treiben ist man noch nicht saturiert genug, und etwa einer dekorativen Wirkung zuliebe bedeutende Teile des Papiers auszusparen, was nach deutschen Vorstellungen hochnobel und also qualitätsvoll wirkt, sieht man einfach als Verrat am Geist an. Satz und Druck sind dort einfach und korrekt. Eine gleichsam unmaterielle Nüchternheit und anständig strenge Zurückhaltung im Äußerlichen sind gemeinsam: Eigenschaften, die unsere Kunstzeitschriften samt und sonders vermissen lassen. In dem von Theo van Doesburg geleiteten Stijl und auch in Wendingen /Amsterdam/ wird dem Satzbild über die traditionelle Form hinaus eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Aber wie wesentlich anders gerichtet ist diese Sorgfalt als in unseren Salonblattern. Wirkt in Wendingen ein immerhin noch etwas dekorativer Geschmack, so geht der Stijl voran mit der Ausbildung eines Drucksatzes, der ganz und gar aus unserm modernen Empfinden kommt: antibibliophil, knapp, klar und bestimmt, ganz auf geistig wirksame Mittel gestellt. Alle Proportionen: Format, Rand, Kl.-scheegröße, Zeilen und Typenabstand usw., sind neu durchdacht und unter radikalem Verzicht auf alle Dekoration zu einer schönen Einfachheit und Einheit gebracht. Auch in Einladungsformularen, Geschäftsbriefen, Visitenkarten usw. hat Theo van Doesburg ganz Vortreffliches geleistet, immer bedacht auf eine feine Artikulation bei aller Strenge und Geschlossenheit des Satzbildes. Immer sind seine Arbeiten, auch wenn die früheren unter einer gewissen Schwierigkeit der Lesbarkeit leiden, mit einem sichern Taktgefühl allem Aufwand, aller Wichtigtuerei enthoben. Doesburgs letzter Umschlag zum Stijl ist eine einwandfreie, vorbildliche Leistung.

Mit dem dort Gewagten vergleiche ich in puncto Druck den Verlagsbericht des Euphorionverlags in Berlin über sein 1 Arbeitsjahr. Scheinbar kann auch hier die Liebe zur Sache nicht größer sein Der kleine Prospekt ist mit einer Originalradierung von Marcus Behmer und einer Originallithographie von Hermann Struck geziert. Sehr lobenswert. Aber die an sich schon etwas barocke, völlig auf sich selbst gestellte, peinlich fleischliche Radierung Behmers (Raupen, Knospen, Blüten, Blätter und Insektenleiber) ist im Format ganz fremd zum Heft selbst; dazu in ganz unangenehmen Proportionen zu den Lettern, der Schrift. Und das Ganze wieder beziehungslos zur Seite. Die Letter unabgewogen, ohne Feingefühl, ohne jede Einheit mit dem Lineament der Zeichnung; auch in ihrer Schwärze nicht gut zum Ton des von der Kupferplatte abgezogenen Bildes. Gar die Zeilenabstände sind unbefriedigend, nicht durchdacht. In der Durchbildung dieser Dinge aber äußert sich die Liebe zur Sache viel nachhaltiger als in der doch ziemlich bequemen Beigabe namhafter Originale: Gewiß, die Graphik konnte glänzend sein — so lesen wir auf Seite 8 eines im gleichen Verlag veröffentlichten Buches von Julius Zeitler (Bibliophiles Lustgärtlein), aber dergleichen hatte doch etwas Kentauren-

haftes [der Abschnitt handelt von der graphischen Überwucherung im Buchkunstgewerbe«]. Das Typographische kam dabei zu schlecht weg; wie kümmerlich, geschmacklos und ärmselig sah zumeist der Drucktext aus.« Und an anderer Stelle: »Dekorative Elemente brauchen nicht völlig abgelehnt zu werden, aber sie müssen organisch aus der Type hervorwachsen als abstrakte Gebilde.«

Nun sei auch aus dem genannten Prospekt ein Satz zitiert: ›Die Erkenntnis, daß jene Altmeister des Buchdrucks unerreicht sind, vermindert nicht unser künstlerisches Bedürfnis nach immer neuen buchkünstlerischen Lösungen, die dem Stil der Zeit entsprechen ... Jede Zeit hat ihre Bedürfnisse und ihre Hemmungen.« Mir scheint aber, daß die Ausgaben des Verlags diesem hier ausgesprochenen richtigen Ziel nicht eigentlich gerecht werden. Ich kenne die Ausgabe der Cervanteserzählung von der Macht des Blutes mit den Radierungen von Klaus Richter. Die ganz seltene Liebe und Sorgfalt in allen Einzelheiten (bis auf die langweilige und banale Schrift Behmers) ist unverkennbar und verdient jedes Lob. Aber ist nicht das Buch dieser Art durchaus retrospektiv? Die Aufgabe: das neue Buch aus den Möglichkeiten und Bedürfnissen unserer Zeit zu gestalten ist damit noch nicht gelöst, ja noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. Die Cervantesausgabe ist als Einfühlung in die als handwerklich zu bezeichnende Buchdruckerkunst des 16. und 17. Jahrhunderts sehr geschmackvoll und geschickt, aber doch schließlich müßige Wiederholung; und dazu ein Kompromiß: nicht barock und nicht modern.

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß das neue Buch durch Anlehnung an die alte, handwerkliche Buchkultur gewonnen werden könnte. Das neue Buch wird aus dem Maschinensatz und aus dessen bisher kaum durchgeprobten Möglichkeiten entwickelt werden müssen, und auch in dieser Arbeit geht uns das Ausland voran. Wir finden namentlich in Frankreich Versuche das neue Buch als einen dem alten gleichberechtigten Typ aus dem modernen Druckverfahren zu entwickeln. So erst wird das schöne Buch als Allgemeingut denkbar, während es jetzt den bezeichnenden Namen Privatdruck führt. Nach dem handschriftlichen Buch der romanischen und gotischen Zeit, nach dem Buchhandwerk der Renaissance und des Barock bekommen wir nun das maschinell hergestellte moderne Buch, das keineswegs weniger schön sein muß.

Die stärksten Vorarbeiten verdanken wir bisher Fernand Léger, der unter anderm Blaise Cendrars J'ai tué typographisch durchgebildet hat. Das am meisten Charakteristische der Leistung ist wohl die erst jetzt vollendete Beweglichkeit der Type. Das gute Satzbild war bisher ausschließlich das korrekte, gleichgesetzte, durchgehende, wagerechte Reihensystem. Aber keineswegs ist dies das A und O allen Maschinensatzes. Die Maschine erlaubt (und wo noch Hemmungen sind, können sie bald überwunden werden) die Seite und die Zeile in Farbe und allen Formverhältnissen zu differenzieren, derart, daß es möglich wird Wort und Satzbild in Übereinstimmung, zur Einheit zu bringen. Eine Durchgeistigung der Materie auch hier. Durch Zuhilfenahme der Schablone des Übereinanderdrucks usw. läßt sich ein Satzbild erzielen, das eine neue Schönheit gibt, die sich gleichwertig neben die handschriftliche und handwerkliche stellt, und die unserer Zeit angehört. Es wäre erfreulich, wenn sich ein so fleißig und ernsthaft arbeitender Verlag wie der Euphorionverlag auch dieser aus unserer Zeit gestellten Aufgabe zuwenden wollte, wozu er ja fast nach den zitierten Sätzen in seinem Prospekt sich verpflichtet halten müßte.

Neben Léger wären als Anreger Paul von Ostayen (Autor) und Oskar Jespers (Zeichner) zu nennen, die im Verlag Het Sienjaal in Antwerpen das Buch Bezette Stad herausgaben, das vielleicht nur im Format etwas zu groß geraten ist. Auch hier haben wir den Versuch einer rhythmischen Typographie, einer Einheit von Wort und Satzbild. Manche Seiten sind von einer entzückenden, graziösen Lebendigkeit. Nach dem Wunsch der Verfasser ist es »ein Buch ohne bibliophile Schönheit, ein Buch für Doktoren und Analphabeten«, ein Buch jedenfalls, in dem der Buchstabe wieder lebt. Daß für diese Arbeiten die Spielereien und Experimente der Dadaisten sehr wertvoll sind, sei nicht vergessen.

Suchen wir nun bei uns nach Proben eines geistig-disziplinierten Drucks, so finden wir wertvolle Ansätze in einigen guten Plakaten von Oskar Schlemmer und Willi Baumeister /Stuttgart/ und E. F. Fritsch /Berlin/. Von Baumeister sind auch die vortrefflichen Drucksachen der Uechtgruppe und die Blätter des Deutschen Theaters in Stuttgart. Beachtenswert waren die Nummern der Freien

Straße, die von Raoul Hausmann typographisch bearbeitet wurden. Verschiedene Einladungskarten usw. von ihm sind Arbeiten von einer streng durchdachten Sachlichkeit. Auch die besten deutschen Dadadrucke rühren von Hausmann her.

Ornament

Eine seltene Begabung für das Ornamentale beweisen Hanna Höchs geistreiche Muster zu Tapeten, Vorsatzpapieren, Stoffen usw. Ihre Formverknüpfungen sind wirklich voller Phantasie, reich an Kontrasten und frei von aller stilistischen Manier. Sie halten den Flächencharakter strikt inne und haben den großen Vorzug, daß sie in lebendigem Rhythmus laufen. Man hat vor den Arbeiten Hanna Höchs niemals das Gefühl, daß sich ein auf andere Dinge gerichteter Mensch auf Ornamente *einstellt*, sondern daß diese Begabung im Ornamentalen ganz ursprünglich schöpferisch ist: ein seltener Fall. Dazu ist ein durchaus modernes Farben- und Formengefühl in den Entwürfen, ein Moment des Unmateriellen, eine anmutige, feine Straffheit. Die gleichen Vorzüge haben Hanna Höchs Zeichnungen für Buchumschläge, so der Umschlag für die Kornscheuer, für ein Heft der Novembergruppe und ähnliches.

Bauwesen

Die Studentenschaft der Architekturabteilung an der Berliner Technischen Hochschule hat, einem gleichen Schritt der Freien Architektenschaft folgend, eine dringliche Eingabe an das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichtet. Sie fordert darin die notwendigsten Reformen ihres Fachstudiums nunmehr sofort durchzuführen. Im Vordergrund steht dabei die Forderung dem Architekturschüler mit Reifezeugnis die Freiheit zu geben, statt der Unterstufe der ersten 4 Semester Hochschulstudium, mit gleicher Berechtigung für das etwaige Staatsexamen die Baugewerkschule zu absolvieren und damit eine ausgesprochen auf die Praxis eingestellte Ausbildung zu wählen.

Der Senat der Preußischen Akademie der Künste hat sich unter dem Vorsitz des Präsidenten Max Liebermann mit der von den Reichsbehörden beabsichtigten Verwendung von Parkmauern in der Königgrätzer und Budapester Straße für dauernde Plakatreklame beschäftigt und gegen diese angebliche Verunstaltung Berlins an den Reichskanzler einen Einspruch gerichtet, der wirklich sehr akademisch anmutet. Hat übrigens die Akademie jemals gegen die unendlich viel schlimmere Verschandelung der schönsten Plätze und Straßen Groß Berlins durch Wilhelm II. Einspruch erhoben? Ob sich Schinkel dem Protest der Akademiker gegen die Benutzung seiner Mauer anschließen wurde? Kaum. Stammt doch von ihm das Wort: »Die Baukunst ist nichts, wenn sie nicht neu ist. Eine ganz unakademische Ansicht.

Zu dem Ausgang des Wettbewerbs um das Dresdener Hygienemuseum ist in dieser Rundschau (1921 I, Seite 166 f.) bereits Stellung genommen worden. Die Wasmuthschen Monatshefte für Baukunst gaben zu einem Aufsatz von Hugo de Fries noch einige der konkurrierenden Projekte in Abbildungen wieder. Von den bisher an verschiedenen Stellen publizierten und sonst gezeigten Entwurfen scheint mir der von Lüttwitz-Gorkaus der wertvollste zu sein, da er noch am ehesten den Versuch macht den Baukörper nicht durch auf- und angehängte Formen sondern in sich selbst zu bewegen. Abschließend kann man durchaus den Worten des Architekten K. Paul Andra beistimmen: »Die schon im Stadtplan ausgezeichnete Lage des Bauplatzes in unmittelbarer Nähe der großen baukünstlerischen Tradition Dresdens fordert von vornherein einen Architekten von ganz außerordentlichen Fähigkeiten. Ist dieser Mann nicht zu finden, so ergibt sich als einzige Konsequenz: Es darf nicht gebaut werden! Dieser Platz bietet noch die einzige Möglichkeit im Innern Dresdens Städtebau und Architektur im großen Stil zu schaffen. Für ein Durchschnittsprojekt und eine Verlegenheitslösung ist er zu gut.«

Am 28. Juli ist der Grundstein für die neue Bibliothek in Löwen gelegt worden. Der amerikanische Architekt Withney Warren soll sie wieder aufbauen, und zwar im Charakter der Brabanter Architektur des 17. Jahrhunderts. Zugleich soll der Bau an den herzoglichen Palast in Venedig erinnern.

Der in Rom lebende Amerikaner Hendrik Anderson tritt mit dem Projekt einer internationalen Weltstadt an die Öffentlichkeit, nicht etwa in Anlehnung an ein schon bestehendes Gemeinwesen, sondern einer von Grund auf neu zu erbauenden Stadt, die der Gemeinschaft der Völker der Erde dienen und daher nur die für internationale Verwaltungs- und Wohlfahrtszwecke erforderlichen Bauten enthalten soll.

Kurze Chronik Im Kölner Kunstgewerbemuseum wurde vom Bund deutscher Dekorationsmaler eine Ausstellung von Entwürfen zu angewandten dekorativen Malereien veranstaltet. ◇ In Mannheim ist die 26. Ausstellung des Freien Bundes zur Einbürgerung der bildenden Kunst in der städtischen Kunsthalle eröffnet worden. Der Grundgedanke ist die Darstellung der künstlerischen Verwendungsmöglichkeiten von Porzellan und Majolika im Sinn neuzeitlichen Kunst- und Lebensgefühls. ◇ Der Magistrat in Halle hat beschlossen die Burg Giebichenstein mit einem Kostenaufwand von 3 Millionen Mark für die Erweiterung seiner kunstgewerblichen Schule auszubauen. ◇ Die Würzburger Residenz wurde zu museumsartiger, ungestörter Besichtigung gelegentlich einer Ausstellung von Balthasar Neumanns Plänen und einer Ausstellung fränkischer Künstler eröffnet. ◇ In Jerusalem ist die 1. durch die Pro Jerusalem-Vereinigung ins Leben gerufene Kunstgewerbeausstellung eröffnet worden. Die Ausstellung besteht aus 3 Abteilungen; die eine ist dem Verein jüdischer Künstler, die andere der mohammedanischen Kunst, die 3. der Pro Jerusalem-Vereinigung und den Wettbewerben für den Jerusalemer Stadtplan überlassen. Unter den ausgestellten Gemälden findet man auch zahlreiche Einsendungen nicht in Judäa ansässiger Künstler. ◇ Der im Dezember 1918 in Berlin geschaffene Arbeitsrat für Kunst wurde am 30. Mai 1921 aufgelöst. ◇ Eine Dozentur für Keramik ist in der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Berlin neu begründet und dem Privatdozenten Berthold Rieke, dem Chemiker bei der Berliner Porzellanmanufaktur, übertragen worden. ◇ Der Leiter der Charlottenburger Kunstgewerbeschule Wilhelm Thiele wird Direktor der Kunsthochschule in Königsberg. ◇ An der städtischen Kunstgewerbeschule in Essen übernimmt Heinrich Campendonk eine Klasse für Textil- und Flächenkunst. ◇ Nach 43-jähriger Tätigkeit ist Emil Döpler der Jüngere aus seinem Lehramt für dekorative Malerei an der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums geschieden.

Literatur Dem Verlag Ernst Wasmuth in Berlin verdanken wir eine ausgezeichnete wertvolle Publikation: Helmuth Th. Boßerts Alt Kreta, Kunst und Kunstgewerbe im ägäischen Kulturkreis. Die historische Darstellung Boßerts ist erfreulich durch den menschlich einfachen Ton, bei aller wissenschaftlichen Fülle und Gediegenheit. Boßert betont mit Recht, daß ägyptische Kunst, die man eine Zeitlang als Anregerin ansah, und ägäische Kunst durchaus Gegensätze sind. »Der Ägypter ist nach der monumentalen und plastischen Seite hin veranlagt, der Kreter neigt zu zierlicher Kleinarbeit und malerischer Durchbildung.« Größere Bedeutung als bisher vermutet spricht Boßert den Beziehungen zum altbabylonischen Kulturkreis zu. Unsere Kenntnis der Materie weist viele Lücken auf, da die kretischen Inschriften bisher stumm blieben. Die Religion der Kreter ist unbekannt. Im Kultus spielt offenbar die Frau die Hauptrolle, wie die gesamte kretische Kultur das Weibliche betont. »Die Frau hat im damaligen Leben eine so hervorragende Rolle gespielt, wie vielleicht nie mehr in den Jahrtausenden, die geschichtlich zu übersehen sind.« Das uns erhaltene köstliche Kunstgewerbe, das in vielen vorzüglichen Abbildungen hier wiedergegeben wird, ist in seinem Wesen luxuriös und raffiniert und dabei doch energisch und gespannt. Es ist charakteristisch, daß obszöne Darstellungen fast ganz fehlen. Etwas Amazonenhaftes ist dem kretischen Frauenideal zueigen, und [illegible] dungen zur sagenhaften H[illegible] Amazonen, Kleinasien, sind zu erkennen. Lektüre u[illegible] des Buches sind ein k[illegible] nuß. (Es sei noch er[illegible] neueröffneten Muse[illegible] in der Berliner [illegible] Saal gute Nac[illegible] Arbeiten zusa[illegible] Buch A. E. [illegible] Stadtbau[illegible] /Frank[illegible] 2., ve[illegible] erste Ein[illegible] ganz nütz[illegible] Befriedigung [illegible] lich an der Ob[illegible] Art eines Feuilletons geht die Arbeit nicht wesentlich hinaus.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG / DRUCK VON HANS DOHRN / SÄMTLICH IN BERLIN